

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Finanz- und Personalausschusses

Sitzung: Donnerstag, 08.12.2016, 15:00 Uhr

Raum, Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100
Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)
3. Mitteilungen (Finanzen)
4. Braunschweiger Verkehrs-GmbH 16-03289
Wirtschaftsplan 2017
5. Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH 16-03113
Wirtschaftsplan 2017
6. Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH 16-03292
Wirtschaftsplan 2017
7. Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH - Wirtschaftsplan 2017 16-03401
8. Volkshochschule Braunschweig GmbH 16-03365
VHS Arbeit und Beruf GmbH
Haus der Familie GmbH
Wirtschaftspläne 2017
9. Braunschweig Stadtmarketing GmbH Wirtschaftsplan 2017 16-03370
10. Braunschweig Zukunft GmbH - Wirtschaftsplan 2017 16-03400
11. Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH 16-03366
Wirtschaftsplan 2017
12. Anträge (Finanzen)
13. Anfragen (Finanzen)

Braunschweig, den 2. Dezember 2016

Betreff:

**Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) - Direktvergabe
Implementierung eines Anreizsystems**

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

08.12.2016

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

08.12.2016
24.01.2017

Status

Ö
N

Sachverhalt:

Die BSVG ist ab dem 1. Oktober 2015 im Wege der Direktvergabe gemäß Art. 5 Abs. 2 der EU-VO 1370/2007 auf Basis eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages (öDA) mit der Erbringung von Personenverkehrsdiensten im Linienverkehr des Teilnetzes 40 Braunschweig – Stadtbahn und Stadtbus) durch die aus dem Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) und der Stadt Braunschweig bestehende sog. „Gruppe von Behörden“ als interner Betreiber beauftragt worden. Hierzu wird auf Drucks.-Nr. 16453/13 und 15-00133 verwiesen. Die Direktvergabe hat eine Laufzeit bis zum 31. Mai 2028.

Neben den bereits abgestimmten Anlagen 1 – 5 des öDA ist nach Nr. 7 des Anhangs der o. g. VO zusätzlich die Implementierung eines Anreizsystems zwingend vorgeschrieben. Hierdurch soll im Rahmen der erfolgten Direktvergabe von ÖPNV-Leistungen an die BSVG eine wirtschaftliche Unternehmensführung gesichert und eine Überkompensation ausgeschlossen werden.

Die EU-VO selbst macht hierzu jedoch keine Vorgaben. Diese Rahmenbedingungen sind im Verhältnis zwischen der Gruppe von Behörden (ZGB und Stadt) und der BSVG festzulegen. Auf Basis eines von der Rechts- und Steuerkanzlei bbt, Hannover ausgearbeiteten Vorschlags für eine Anreizregelung erfolgte hierzu eine entsprechende Abstimmung, wobei derzeit die finale Zustimmung des ZGB noch aussteht.

Das vorgesehene Anreizsystem ist aus der Anlage 6 zum öDA ersichtlich, die anliegend beigelegt ist. Im Einzelnen basiert die Anreizregelung auf folgenden Kriterien:

	Baustein mit definierten Zielgrößen	Wichtung	Erläuterung
1.	Verbesserung des Jahresergebnisses	40 %	<ul style="list-style-type: none"> ○ Jahresergebnis 2017 um > 300 T€ besser Wirtschaftsplan ○ Jahresergebnis 2018 ff um > 150 T€ besser Wirtschaftsplan
2.	Verbesserung der Fahrgastentwicklung	20 %	<ul style="list-style-type: none"> ○ + 250 TKunden/a über Vorjahresplanwert (Basis 40,75 Mio. Kunden im Wirtschaftsjahr 2016)
3.	Verbesserung der Dienstleistungs- und Servicequalität	20 %	<ul style="list-style-type: none"> ○ Jahresergebnis 50 Beschwerden besser als jeweiliger Vorjahreswert oder weniger als 1000 Beschwerden/a.
4.	Verbesserung der Energie- und Schadstoffeffizienz	20 %	<ul style="list-style-type: none"> ○ Erreichung des gemeinsam festgelegten Zielwertes (oder Verbesserung) ○ Der zu erreichende Zielwert unter Zugrundelegung einer angemessenen Schwankungsbreite ist auf Basis des Gesamtenergieverbrauchs des Jahres 2016 festzulegen. ○ Ab dem Jahr 2017 ist die Erreichung oder Verbesserung dieses Zielwertes auch unter Berücksichtigung eines qualitativ verbesserten Fahrzeugparks (z. B. Ausrüstung mit Klimaanlage) Voraussetzung für eine anteilige Bonusgewährung.

Das Budget für den im Rahmen der Anreizregelung zu gewährenden Bonus wurde einvernehmlich auf 300 T€ pro Jahr festgelegt. Für eine Bonusgewährung bestehen folgende Voraussetzungen:

- Für das Wirtschaftsjahr 2017 ist von der BSVG eine Ergebnisverbesserung von insgesamt 300.000 € zu erwirtschaften. Hierbei wird nach derzeitiger Einschätzung davon ausgegangen, dass erstmalig Kosteneinsparungen bei interlokalen Buslinien aufgrund von Leistungsoptimierungen/Angebotsanpassungen und der Finanzierung einzelner Linien durch den ZGB oder der Landkreise und angrenzenden Gemeinden in Höhe von 150 T€ pro Jahr zu erzielen sind.
- Da dieser Effekt bereits im Rahmen der folgenden Wirtschaftsplanungen der BSVG zu berücksichtigen ist, ergibt sich das Anreizbudget (300.000 €) aus einer zu erzielenden Ergebnisverbesserung der BSVG um 150.000 € gegenüber dem im jeweiligen Wirtschaftsplan festgelegten Zuschussbedarf und aus einem städtischen Finanzierungsanteil in gleicher Höhe.

Weitere Einzelheiten hierzu ergeben sich aus § 3 der Anreizregelung.

Bei Zielerreichung der o. g. Kriterien erfolgt die Bonusgewährung entsprechend der vorgesehenen Gewichtung.

Der Aufsichtsrat der BSVG wurde in seiner Sitzung am 1. Dezember 2016 über die vorgesehene Anreizregelung informiert. Die Zustimmung des ZGB soll zeitnah eingeholt werden.

Geiger

Anlage/n:

Anlage 6 zum öDA

<i>Betreff:</i> Braunschweiger Verkehrs-GmbH Wirtschaftsplan 2017

<i>Organisationseinheit:</i> DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat	<i>Datum:</i> 01.12.2016
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	<i>Sitzungstermin</i> 08.12.2016	<i>Status</i> Ö
---	-------------------------------------	--------------------

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH den Wirtschaftsplan 2017 in der vom Aufsichtsrat am 1. Dezember 2016 gebilligten Fassung zu beschließen.“

Sachverhalt:

Sämtliche Geschäftsanteile der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) werden von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) gehalten.

Gemäß § 12 Ziffer 3 des Gesellschaftsvertrages der BSVG entscheidet die Gesellschafterversammlung der BSVG über die Feststellung des Wirtschaftsplans. Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der SBBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der BSVG der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchst. a der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 1. November 2016 wurde die Zuständigkeit hierfür für die Dauer der laufenden Wahlperiode auf den Finanz- und Personalausschuss übertragen.

Im Hinblick auf die Harmonisierung des europäischen Rechtsrahmens wurde das neue Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) am 7. Januar 2015 beschlossen. Dies führt vom Geschäftsjahr 2016 an zu kleineren Ausweisänderungen u. a. in der Gewinn- und Verlustrechnung, im Anhang und im Lagebericht. Insbesondere bedeutet dies, dass künftig fast alle Erlöse den Umsatzerlösen zuzuordnen sind und kaum noch Beträge unter den sonstigen betrieblichen Erlösen auszuweisen sind. Zusätzlich entfallen auch die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen, die künftig im Betriebsergebnis auszuweisen sind.

Die Wirtschaftsplanung der BSVG für das Geschäftsjahr 2017 wird vom Aufsichtsrat am 1. Dezember 2016 beraten. Sollte der Aufsichtsrat der Gesellschafterversammlung eine Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2017 nicht empfehlen, wird ergänzend berichtet.

Basierend auf der Entwicklung der maßgeblichen Ergebnisfaktoren (Entwicklung der Umsatzerlöse sowie Personalaufwand) weist der Wirtschaftsplan 2017 der BSVG einen Ertrag aus Verlustübernahme von 19.913 T€ aus. Der Verlust wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages von der SBBG ausgeglichen und erhöht sich gegenüber dem Planwert des Vorjahres bzw. gegenüber der Prognose für 2016 um rd. 1.065 T€ bzw. 1.158 T€.

Maßgeblich für diese Ergebnisveränderungen sind insbesondere folgende Faktoren:

- Die im Rahmen der Konsolidierung für 2016 ermittelten Einsparungen durch Leistungsänderungen innerhalb Braunschweigs in den Jahren 2017 bis 2019 im Umfang von jährlich 600 T€ waren nicht durchsetzbar und konnten demzufolge auch nicht in der Planung berücksichtigt werden.
- Durch die Entscheidung, den derzeitigen Linienverlauf der Buslinie 426 nicht anzupassen, obwohl das Land die Finanzierungsvereinbarung zum 31. Dezember 2016 gekündigt hat, entstehen Ergebnisbelastungen im Umfang von 350 T€ im Jahr 2017 bzw. von rd. 400 T€ pro Jahr im Zeitraum 2018 bis 2020.

In die Planung nicht aufgenommen wurden:

- Mittel für das städtische Projekt „Stadtbahnerweiterung“, da derzeit erst die Folgekostenrechnungen erarbeitet werden, sodass noch keine Aussage zur Wirkung des Ausbaus auf die Unternehmensergebnisse der BSVG möglich ist. Eine Präsentation der Ergebnisse im Rahmen einer Gremienvorlage für den Aufsichtsrat der BSVG und für die städtischen Gremien ist erst für Anfang des nächsten Jahres vorgesehen.

Sollten nach Beschlussfassung des Rates zur Umsetzung des Stadtbahnausbaukonzepts bereits im Wirtschaftsjahr 2017 Planungsmittel benötigt werden, könnten diese ohne eine Ausweitung des Wirtschaftsplans durch Umwidmung der im Jahr 2017 vorgesehenen Finanzierungsrate in Höhe von 145 T€ für die Maßnahme „Volkmarode Nord Neue Wendeschleife Moorhüttenweg“ (s. Ziffer 36 des Finanzplans) bereitgestellt werden. Bei einem Ratsbeschluss zur Realisierung einer Stadtbahnverlängerung nach Volkmarode Nord würde der Neubau einer Wendeschleife dort entfallen können.

- mögliche Risiken auf die Ertragssituation der BSVG durch die von der Verbundgesellschaft Region Braunschweig GmbH (VRB) beabsichtigte Neuregelung der Einnahmenaufteilung auf der Basis vorzunehmender Fahrgasterhebungen. Die sich hieraus ergebenden wirtschaftlichen Auswirkungen auf die BSVG sind derzeit noch nicht bezifferbar, stellen nach Einschätzung der Geschäftsführung aber ein nicht unerhebliches Risiko dar.

Unter diesen Planungsprämissen stellt sich die Ergebnisentwicklung wie folgt dar:

		Ist 2015	Plan 2016	Prognose 2016	Plan 2017
		- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -
1.	Umsatzerlöse	38.616	39.519	39.357	40.435
1a.	% zum Vorjahr / Ist bzw. Plan		+2,34 %	+1,92 % -0,41 %	+ 2,74 %
2.	sonstige betriebliche Erträge (incl. aktivierte Eigenleistungen)	1.628	1.322	1.828	1.516
3.	Materialaufwand	-14.728	-15.328	-15.160	-15.387
4.	Personalaufwand	-28.564	-28.776	-29.215	-30.228
5.	Abschreibungen	-9.495	-9.170	-9.080	-9.789
6.	sonst. betriebl. Aufwendungen*	-3.239	-2.739	-3.224	-3.120
7.	Betriebsergebnis (Summe 1 - 6)	-15.782	-15.172	-15.494	-16.573
8.	Zins/Finanzergebnis	-3.281	-3.580	-3.161	-3.244
9.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0
10.	Ergebnis nach Steuern (Summe 7 - 9)	-19.063	-18.752	-18.655	-19.817
11.	sonstige Steuern	-85	-96	-100	-96
12.	Jahresergebnis (Summe 10 - 11) (Verlustausgleich durch SBBG)	-19.148	-18.848	-18.755	-19.913

* incl. Außerordentliche Aufwendungen 2015 gem. BilRUG

Die Steigerung der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahresplan um rd. 0,9 Mio. € bzw. gegenüber der Prognose 2016 von rd. 1,1 Mio. € basiert auf einer auch weiterhin positiv eingeschätzten Fahrgastnachfrage mit einer Steigerung um 300.000 Fahrgäste sowie der zum 1. Januar 2017 vorgesehenen Anpassungen des VRB-Verbundtarifs. Die Ausgleichszahlungen für die Schwerbehindertenbeförderung bzw. für die rabattierte Beförderung von Schülern bewegen sich mit 2.200 T€ bzw. 2.877 T€ in etwa konstant auf Vorjahresniveau. Werbeeinnahmen werden in Höhe von 803 T€ erwartet, hiervon entfällt ein Teilbetrag von 300 T€ auf die neu angebrachte Außenwerbung der Traminos.

Für die ehemalige Ausgleichsleistung des Landes nach § 45a PBefG zur Finanzierung der Fehlbeträge durch Ausgabe von preisrabattierten Wochen-, Monats- oder Jahreskarten im Linienverkehr an Schüler, Studenten und Auszubildende ist eine Neuregelung vorgesehen. Hierbei soll es ab dem Jahr 2017 zu einer Verlagerung der Aufgabe und ihrer Finanzierung von der Landesnahverkehrsgesellschaft u. a. auf die Ebene des Zweckverbandes Großraum Braunschweig (ZGB) kommen. Eine beihilferechtskonforme Regelung wird derzeit vom ZGB erst entwickelt. Daher ist in Abstimmung mit dem ZGB in der Planung 2017 der BSVG ein Ausgleich auf Basis des Vorjahres (2.877 T€) vorgesehen.

Die aktivierten Eigenleistungen, die auf eigenen Projektaufwendungen der Gesellschaft basieren, die dann auf die entsprechenden Projekte gebucht werden, zeigen eine relativ konstante Entwicklung im Finanzplanungszeitraum bis 2020.

Der Materialaufwand 2017 wird sich auf insgesamt 15.387 T€ belaufen und setzt sich aus den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (7.176 T€) sowie aus den bezogenen Leistungen (8.211 T€) zusammen. Erstere bestehen neben den Materialkosten insbesondere aus Energiekosten für den Fahrbetrieb (Fahrstrom und Dieselposten), hier ist im Finanzplanungszeitraum pro Jahr eine ganz leichte Steigerung der Beschaffungspreise berücksichtigt. Im Rahmen des bestehenden Sicherungsgeschäfts sind Aufwendungen für Dieselbeschaffungen im Umfang von 60 % des Bedarfs bis zum Jahr 2018 abgesichert.

Unter den bezogenen Leistungen (8.211 T€) werden Fremdleistungen für die Instandhaltung und Reinigung der Fahrzeuge (3.142 T€) sowie Anmietverkehre (5.069 T€) veranschlagt. Die erste Position weist gegenüber der Prognose für das Jahr 2016 (2.834 T€) aufgrund der im Interesse der Kundenzufriedenheit vorgesehenen höheren Reinigungsleistungen eine Steigerung um rd. 11 % im Planjahr 2017 auf. Die Anmietung von Fahrleistungen bei der Kraftverkehr Mundstock GmbH, die diese Leistungen zu Marktkonditionen über einen Haustarifvertrag erbringt, reduziert sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um rd. 2,5 % auf 5.069 T€, zeigt aber im Finanzplanungszeitraum bis 2020 wieder einen leichten Anstieg.

Im Personalaufwand, der gegenüber der Prognose für das Jahr 2016 eine Steigerung von rd. 1 Mio. € ausweist, wurden die sich ergebenden Auswirkungen aus dem Stellenplan berücksichtigt. Die Mitarbeiterzahl wird sich gegenüber dem Vorjahr (596 Mitarbeiter) um 11 auf 607 Mitarbeiter (inkl. Auszubildende) erhöhen. Während im Wirtschaftsjahr 2017 von Tarifsteigerungen in Höhe von 1,5 % ausgegangen wird, wurden für die Jahr 2018 – 2020 jeweils Steigerungen von 2 % zugrunde gelegt. Im Jahr 2017 ist letztmalig eine Auflösung aus Altersteilzeitrückstellungen enthalten.

Im Jahr 2017 werden für Abschreibungen 9.787 T€ geplant, im Finanzplanungszeitraum bis zum Jahr 2020 erhöhen sich diese kontinuierlich. Auf Basis der bereits in den Vorjahren realisierten Investitionsmaßnahmen führen insbesondere die im Finanzplan vorgesehenen Investitionen für die Bus- und Trambeschaffungen, die geplante Sanierung des Betriebshofs Lindenberg und die Gleissanierungsmaßnahmen zu dem gezeigten Aufwuchs.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Wegenutzungsentgelt, Dienstleistungen und Sponsoring) wird mit 3.120 T€ gegenüber dem Vorjahr ein leicht rückläufiger Mittelbedarf erwartet.

Das Zins- und Finanzergebnis steht in direktem Zusammenhang mit den im Finanzplan enthaltenen Investitionen und berücksichtigt den entsprechenden Fremdkapitalbedarf. Als Planungsprämisse wurde für 2017 ein durchschnittlicher Aufnahmezins von 1,9 % p. a. zugrunde gelegt.

Die gegenüber dem Planwert 2016 im Wirtschaftsjahr 2017 vorgesehenen Ergebnisverbesserungen im Bereich der Umsatzerlöse, der sonstigen betrieblichen Erträge sowie im Zinsergebnis von insgesamt 1.447 T€ reichen insgesamt nicht aus, um die genannten Mehraufwendungen zu decken, sodass sich eine Verlustausweitung gegenüber dem Vorjahr von insgesamt 1.065 T€ ergibt.

Der **Finanzplan 2017** weist einen Finanzbedarf für Investitionen in Höhe von 29.477 T€ (Brutto-Finanzbedarf) aus. Aufgrund der erwarteten Zuschüsse von 15.747 T€ wird sich ein Netto-Finanzbedarf in Höhe von 13.730 T€ ergeben. Als Investitionsschwerpunkte 2017 sind zu nennen:

• Stadtbahnbeschaffungen	5.959 T€
• Omnibusbeschaffungen	3.786 T€
• Teilneubau/Sanierung Betriebshof Lindenberg	4.020 T€
• Gleisbauprojekt Helmstedter Str. West	2.532 T€
• Gleisbauprojekt Donaustraße: Münchenstraße bis Isarstraße	2.066 T€
• mobile Fahrausweisautomaten	950 T€

Der Wirtschaftsplan 2017 der BSVG ist als Anlage beigefügt.

Geiger

Anlage/n:
Wirtschaftsplan 2017 der BSVG

Wirtschaftsplan 2017

Braunschweiger Verkehrs-GmbH



Mittelfristige Unternehmensvorschau 2018 bis 2020

Inhaltsübersicht

<u>I. Erfolgsvorschau der Braunschweiger Verkehrs-GmbH</u>	Seite
1. Allgemeines und Entwicklung der Mitarbeiteranzahl	3
2. Ergebnisdarstellung	3 – 5
3. Erfolgsplan Braunschweiger Verkehrs-GmbH	6
4. Erläuterungen zu Aufwand und Erträgen	7 – 10
<u>II. Finanzvorschau</u>	
1. Investitionsvorhaben	11 – 13
2. Finanzierung	13
<u>III. Bilanzplan</u>	14

I. Allgemeines und Entwicklung der Mitarbeiteranzahl

1. Allgemeines

Die Verkehrs-GmbH konnte auch weiterhin das verbesserte Geschäftsergebnis seit Ende der Restrukturierung strukturell beibehalten und damit nachhaltig gute Gesamtergebnisse für die Stadt Braunschweig erarbeiten. Für 2016 wird das Ergebnis der Vorschau unterhalb des Geschäftsjahresabschlusses 2015 sowie des Wirtschaftsplanwertes für 2016 liegen.

Erneut sind zwei Kernbegründungen dafür einschlägig. Da ist zum einen die weiterhin sehr erfreuliche Steigerung in der Fahrgastnachfrage zu nennen, was der Erfüllung des Kernauftrages in einer möglichst umfänglichen und qualitativ hochwertigen Beförderung der Braunschweiger Bürger durch den ÖPNV entspricht. Weiter befand sich im Geschäftsjahr 2016 das nicht in der Preisfestschreibung befindliche Niveau des Dieselpreises auf ansteigendem aber dennoch vergleichbar geringem Stand.

Gegenläufig wirken natürlich die Investitionen, die zur Aufrechterhaltung und Fortentwicklung der Verkehrs-GmbH hin zu einem modernen und auch zukünftig leistungsfähig aufgestellten Unternehmen unumgänglich sind. Zu nennen sind exemplarisch die Investitionen in klimatisierte Stadtbahnfahrzeuge Tramino, die Gleisbaumaßnahmen an zentraler Stelle wie z. B. die Stobenstraße in 2016, die über die Abschreibungen aufwandserhöhend aber gleichzeitig auch unternehmenswertsteigernd wirken.

Auch in 2016 werden die Prozesse der Leistungserbringung, Planung und Betriebsvorbereitung unter Kosten- und Qualitätsaspekten analysiert und entsprechende Verbesserungen entwickelt und umgesetzt. Aufgrund der umgesetzten Restrukturierungsphase der Gesellschaft sind ohne Eingriffe in Qualität oder Leistungsumfang keine wesentlichen Kostenreduzierungen mehr zu erwirtschaften. Die sowohl aus Kundengesichtspunkten als auch politisch formulierten Qualitätsanforderungen für die zukünftige Ausprägung eines ÖPNV stehenden Anforderungen wirken eher aufwandssteigernd und werden voraussichtlich nicht voll ertragsseitige gegen zu finanzieren sein. Ebenso verhalten sich die Intentionen einer Verbundgründung und Aufgabenerweiterungen im Verbundgebiet.

Für den Planzeitraum sind investive Leuchtturmprojekte wie die Sanierung des Busbetriebshofes Lindenberg, die Ablösung der letzten niederflurigen 7 Stadtbahnen durch moderne Trams sowie Infrastrukturprojekte wie die Sanierung der Gleisanlage Donaustraße, oder der umfängliche Umbau der Gleisanlage Helmstedter Straße Nord beinhaltet. Die verbundseitig beantragte Einführung einer Echtzeitfahrgastinformation ist ebenso wie Fahrscheinautomaten in den Stadtbahnen zentraler Bestandteil des vorliegenden Wirtschaftsplans.

Dieser Wirtschaftsplan ist erneut unter erwarteten Konsolidierungsbeiträgen der Gesellschaft hinsichtlich des städtischen Haushaltes aufgrund der bekannten Gewerbesteuererisiken entstanden. Parallel dazu sind Leistungsreduzierungen, z. B. Linieneinsparungen nach der deutlichen Reduzierung der Flüchtlingsbeförderung und den somit wegfallenden Landesmitteln, nicht enthalten. Generell wird die Verkehrs-GmbH diesen Wirtschaftsplan jedoch vorbehaltlich plankonformer Markt- und Energiepreisentwicklungen und eines stabilen Geschäftsprozess, wie mit der Stadtverwaltung einvernehmlich abgestimmt, umsetzen können.

Mangels Beschlusslage und verbindlicher Kostenstrukturen sind keinerlei Auswirkungen aus dem übergreifenden gesamtstädtischen Projekt „Stadtbahnerweiterung Braunschweig“ im Wirtschaftsplan bis 2020 enthalten. Im Falle einer Umsetzung werden investive Auswirkung in die Gleisinfrastruktur, Fahrzeuganzahl sowie aufwandseitige Effekte durch veränderte Fahreranzahl und Energieverbrauch etc. eintreten. Dieses Großprojekt soll Anfang 2017 nach Bürgerbefassung in den städtischen Gremien der Stadt beraten werden. Parallel erfolgt die fördergeberseitige Abstimmung mit Bund, Land und dem ZGB. In dem Zusammenhang werden auch die wirtschaftlichen Effekte, wie bundesweit gefordert, standardisiert, gesamtwirtschaftlich und gesondert konkret auf das Braunschweiger Projekt betriebswirtschaftlich explizit auf die Verkehrs-GmbH bezogen ermittelt. Auf Basis dieser Ergebnisse kann die Realisierungsentscheidung seitens der Stadt Braunschweig erfolgen und abhängig davon sind die konkreten monetären Wirkungen in den Wirtschaftsplan des Unternehmens einzustellen.

Ebenso sind keine ertragsseitigen Auswirkungen eines neuen Einnahmenaufteilungsverfahrens (EAV) berücksichtigt, das derzeit in der Verbundgesellschaft Region Braunschweig (VRB) entwickelt wird. Hintergrund sind Verträge zwischen dem ZGB und den im VRB beauftragten SPNV-Unternehmen, die verpflichtende Anreizsysteme beinhalten. Seitens der Verkehrsunternehmen werden in der Konsequenz eigen zu finanzierende Fahrgasterhebungen erforderlich. Der dafür entstehende Aufwand sowie etwaige Mindererträge aus dem EAV sind mangels Kenntnis nicht im vorliegenden Plan enthalten.

Signifikante Verbesserungen der Jahresergebnisse sind aufgrund der Kompensationsnotwendigkeit von allgemeinen Kostensteigerungen und ansteigenden systemischen Bedarfen ohne Leistungsreduzierungen oder Einschränkungen der Kundenerwartungen nicht mehr möglich.

Die Geschäftsführung geht derzeit weiter davon aus, dass die allgemeine Preissteigerung durch Ertragsanstiege und die weitere stringente Kostenkontrolle noch kompensiert werden kann. Moderate Energiepreisentwicklungen, angemessene Tarifabschlüsse, eine entsprechende Witterung, ein plankonformer Investitionsverlauf und ausbleibende nicht gegenfinanzierte Forderungen von jedwedem Dritten sind dafür Voraussetzungen.

Die Verkehrs-GmbH verfügt nach der angestregten Restrukturierung und permanenten Kostenoptimierung im Vergleich zu anderen kombinierten Stadtbahn-Busunternehmen über einen außergewöhnlich geringen Bestand an Mitarbeitern, die nicht im Fahrdienst beschäftigt sind. Dies führt zu Deckungsbeiträgen von rd. 68 %, die ohne die vergleichbar in der Branche üblichen separaten Zahlungen von Infrastrukturzuschüssen, verkehrsvertraglichen Leistungsvergütungen oder weiteren finanziellen Ausgleichen verbundspezifischer Kosten im Tarif erreicht werden.

Die sonstigen Planansätze sind mit dem Kenntnisstand Oktober 2016 getroffen und unter vorsichtiger Einschätzung der relevanten Einflussfaktoren erstellt worden.

Personalbilanz Verkehrs-GmbH:

(zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Planjahres)

Busfahrer/innen *

Straßenbahnfahrer/innen

= Mitarbeiter/innen Fahrpersonal Bus/Schiene

Mitarbeiter/innen nicht im Fahrdienst **

Braunschweiger Verkehrs-GmbH - Gesamt

	2016 Vorschau	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan	2020 Plan
Busfahrer/innen *	241	244	244	244	244
Straßenbahnfahrer/innen	139	139	139	139	139
= Mitarbeiter/innen Fahrpersonal Bus/Schiene	380	383	383	383	383
Mitarbeiter/innen nicht im Fahrdienst **	217	224	222	226	222
Braunschweiger Verkehrs-GmbH - Gesamt	597	607	605	609	605

* Die Fahreranzahl Bus ist trotz weggefallener vertraglicher Regelung mit dem Land mit der Fortführung der Linie 426 dargestellt.

** von denen im Umfang von rd. 7 Personalen Fahr- und SIFA-Dienste geleistet werden, inkl. Azubis ab 2017

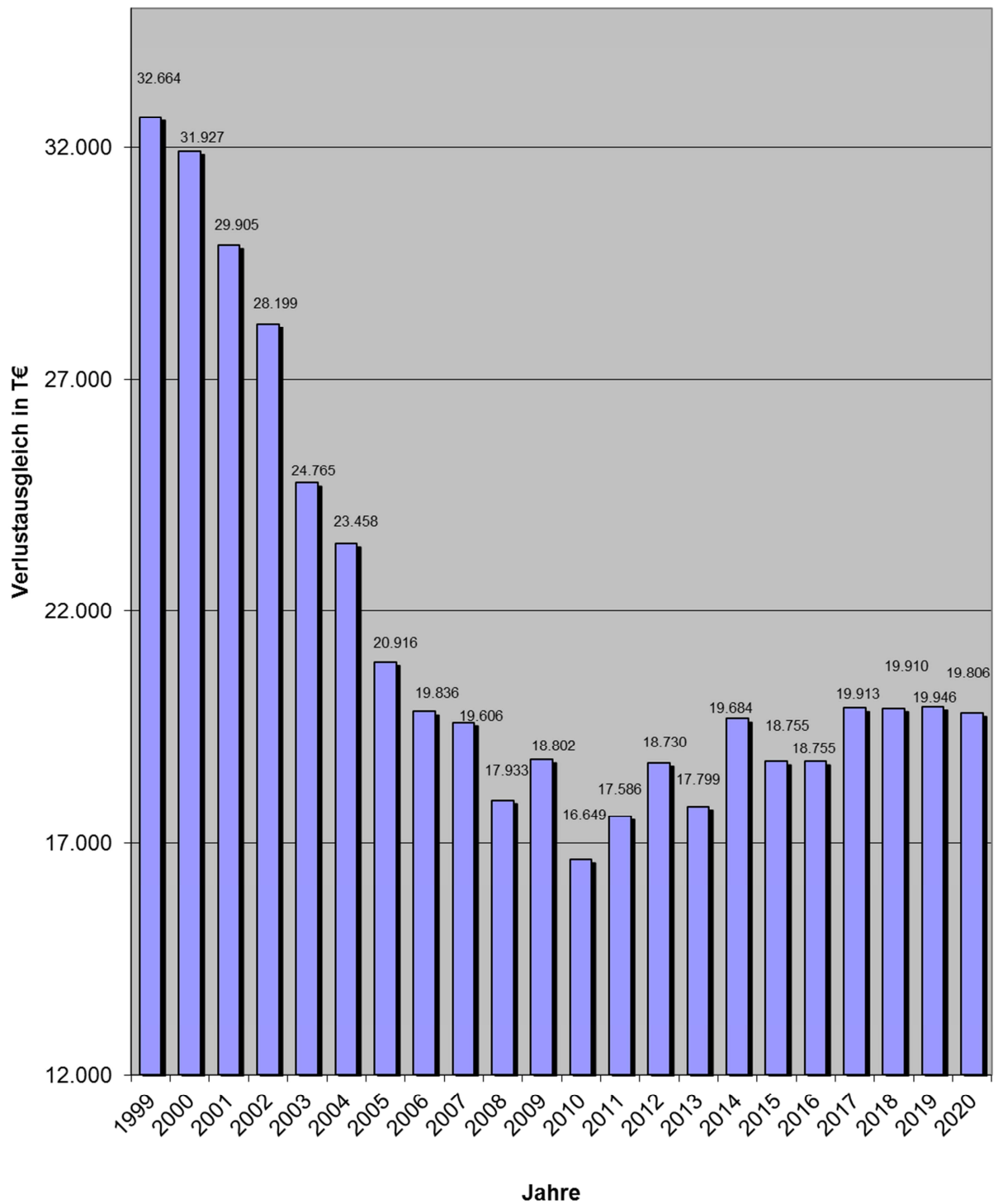
2. Ergebnis

Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH erwartet für die Planjahre folgende Ergebnisse :

	2016 Vorschau	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan	2020 Plan
Verlustübernahme	18.755	19.913	19.910	19.946	19.806

Der jeweilige Verlust ist nach dem geltenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag von der Obergesellschaft der Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH auszugleichen.

Ergebnisentwicklung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH



4. Erfolgsplan 2017 - 2020 und Vorschau 2016

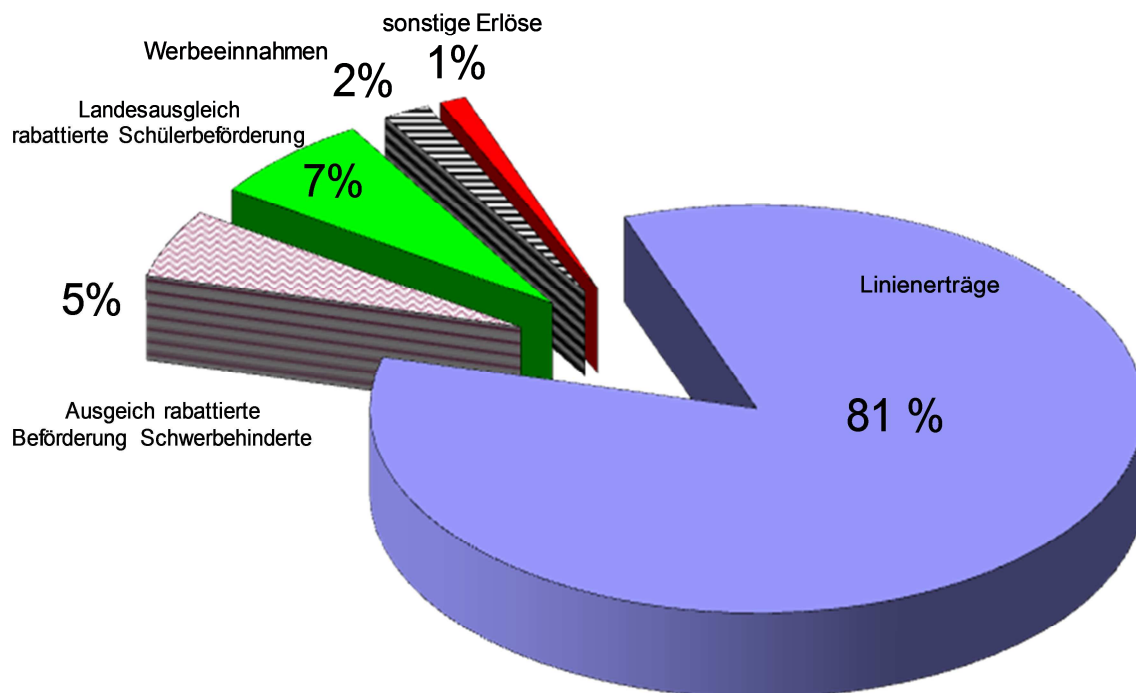
	2016 Vorschau	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan	2020 Plan
1. Umsatzerlöse	39.357	40.435	41.550	42.698	43.697
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	712	718	714	700	656
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.115	799	808	817	826
	41.184	41.952	43.072	44.215	45.179
4. Materialaufwand					
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-7.126	-7.176	-7.385 ▼	-7.574	-7.641
b) Bezogene Leistungen	-8.034	-8.211	-8.354 ▼	-8.437	-8.595
<i>davon Anmietung</i>	-5.200	-5.069	-5.172	-5.278	-5.408
5. Personalaufwand	-29.215	-30.228	-30.467	-30.849	-31.038
a) davon Löhne und Gehälter	-23.051	-23.850	-23.881	-24.340	-24.489
b) davon Soziale Abgaben / Altersversorgung	-6.164	-6.378	-6.386	-6.509	-6.549
6. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-9.080	-9.789	-10.166 ▼	-10.562	-10.859
<i>davon geplante Neuinvestitionen</i>	-	-1.178	-2.073	-2.915	-3.909
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.224	-3.120	-3.130	-3.132	-3.085
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	231	95	95	95	95
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.392	-3.339	-3.478	-3.603	-3.762
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-18.655	-19.817	-19.812	-19.847	-19.706
11. Sonstige Steuern / Auwendungen	-100	-96	-98	-99	-100
12. Erträge aus Verlustübernahme	18.755	19.913	19.910	19.946	19.806
13. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

5. Erläuterungen zu den Erträgen und Aufwendungen

Zu 1. Umsatzerlöse

	2016 T€ Vorschau	2017 T€ Plan	2018 T€ Plan	2019 T€ Plan	2020 T€ Plan
1.1 Erlöse aus der Fahrgastbeförderung	33.108	34.086	35.134	36.248	37.278
1.2 Ausgleichszahlung für Schwerbehindertenbeförderung § 148 SGB IX 9. Buch	2.200	2.200	2.200	2.233	2.266
1.3 Ausgleichszahlung für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Straßenpersonenverkehr § 45a PBefG	2.877	2.877	2.877	2.877	2.877
1.4 Werbeflächenvermietung und Videowerbung	787	803	819	835	852
1.5 Sonstige Umsatzerlöse	385	469	520	505	424
	39.357	40.435	41.550	42.698	43.697

mittlere Erlösstruktur bis 2020



zu 1. Erlöse aus der Fahrgastbeförderung

Die Verkehrs-GmbH konzentriert sich auch weiterhin auf die mit der Fahrgastbeförderung größte und wichtigste Einnahmequelle und Kundengruppe. Primärziel ist somit ein qualitativ hochwertiges, modernes ÖPNV-Angebot bereit zu stellen, um Kunden zu binden und viele Neukunden zu gewinnen. Eine attraktive und zukunftsgerichtete Infrastruktur, ein zum benannten Teilziel passender Fahrzeugpark sowie gut ausgebildete und kundenorientierte Mitarbeiter sieht das Unternehmen als Voraussetzung für gute Geschäftsergebniszahlen samt einer Fortführung der erfolgreichen Entwicklung.

Die Kernerlöse und damit gute Kostendeckungsbeiträge werden insbesondere in den von diversen Kundengruppen sehr gut ausgelasteten Hauptverkehrszeiten eines Stadtverkehrs erzielt. Fahrtarifanpassungen mit Augenmaß und der Fokus auf die jeweilige Kernkundschaft im VRB sind ein Fundament der positiven Erlösentwicklung. Stärker als die Preismaßnahmen wirkt die kontinuierliche Steigerung der Fahrgastzahlen. Daher plant die Verkehrs-GmbH auch zukünftig z. B. mit der Abozentrale, der Unterstützung im Projekt Echtzeit und der EFA einen engagierten Beitrag im VRB zu leisten, um diese positive Entwicklung verbundweit ermöglichen zu können. Dies ist ein Baustein der Gesellschaft, um auch zukünftig die engagierten wirtschaftlichen Zielvorstellungen erreichen zu können. Ertragsrisiken, von derzeit nicht kalkulierbarem Ausmaß, bestehen aus Wirkungen eines zukünftigen reformierten Einnahmeaufteilungsverfahrens im Verbund. Zudem würden derzeit politisch diskutierte Veränderungen bei der Fahrpreisstruktur von Schülerverkehren und Ticketarten wie dem BS-Mobil ertragsenkend wirken.

Erneut wird 2016 nach derzeitiger Einschätzung das bereits hohe Niveau der beförderten Kundenanzahl der Vorjahre leicht gesteigert werden können. Ebenfalls ist dieses nicht auf eine Witterung zurück zu führen, da das Geschäftsjahr 2016 einen kurzen, recht trockenen und milden Winter verzeichnete. Einzig im späten Frühjahr gab es vergleichsweise viele Regentage bei milden Temperaturen. In der Zusammenfassung sind somit die Nachfrageentwicklungen nach Wertung der Gesellschaft auf die gelungene Abwicklung und Kommunikation von Baumaßnahmen, der Inbetriebnahme des klimatisierten, modernen Stadtbahnfahrzeugs Traminos, zukunftsgerichteter Engagements wie das Elektobusprojekt „emil“ zurückzuführen. Darüber praktiziert die Gesellschaft ein nachhaltiges, ökologisches Engagement. So führen der stringente Ausbau des Onlineshops, die Weiterentwicklung der Fahrplan-App und auch das Projekt Echtzeit zu einem Alleinstellungsmerkmal, welches von den Kunden gut angenommen wird. Zudem wurde das Leistungsangebot in guter Qualität umgesetzt. Der stetig verbesserte Unternehmensauftritt wird durch einen steigenden Kundenzuspruch honoriert.

Im Planungszeitraum 2017 ff wird von einer optimistischen Einnahmeentwicklung von im Schnitt rd. 3 % ausgegangen.

Durch die vertraglichen Regularien innerhalb der geschlossenen Verträge zwischen dem Zweckverband Großraum Braunschweig und den SPNV-Unternehmen sowie der Umsetzungsbeschlüsse zur Entwicklung eines Verkehrsverbundes sind für die Verkehrs-GmbH nicht vermeidbare Risiken auf die zukünftige Einnahmehöhe entstanden.

In 2017 ist in der Folge der seit 1997 bestehende Einnahmeaufteilungsvertrag umfänglich zu reformieren. Hierbei sind durch die VRB-Unternehmen die vollen Eigenkosten zu tragen, die Ertragsabflüsse vom Unternehmen zur Folge haben können. In der beigefügten Wirtschaftsplanung 2016 ff sind diese sich einstellenden Ertragsrisiken aber mangels Berechenbarkeit ebenso wie etwaige Erhebungskosten unberücksichtigt.

Die Ausgleichszahlung für die Beförderung von Schwerbehinderten § 148 SGB IX 9. Buch

Die im Jahre 2015 erhobenen Zählergebnisse zeigen eine leichte Verbesserung gegenüber den Werten aus 2013 auf. Derzeit gibt es noch Abstimmungsbedarf aus einer umsatzsteuerlichen Frage, die die Ausgleichshöhe der Jahre 2015 ff jedoch nicht beeinträchtigt.

Die Ausgleichszahlung für die rabattierte Beförderung von Schülern (ehemals § 45a PBefG)

Die Landesregierung hat das bisherige vertragsbasierte Ausgleichsverfahren zum Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen nach § 45a PBefG aus beihilferechtlichen Erwägungen reformiert.

Mittlerweile wurde das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz geändert. In der Folge werden die Landesmittel in Teilen an den ZGB übertragen. Dieser muss in der Folge die Verteilung an die in seinem Verantwortungsbereich agierenden Verkehrsunternehmen umsetzen. Zur Verteilung ab 01.01.2017 fand ein erster Abstimmungstermin statt. Voraussichtlich wird zeitbegründet zunächst einmal pauschal ausgeglichen und nach Vorliegen eines Verfahrens spitz abgerechnet. Die finanziellen Folgen sind daher noch nicht abschließend darstellbar, finanzielle Verwerfungen sollen allerdings vermieden bzw. mindestens abgedeckt werden.

Aktivierete Eigenleistung

Die Eigenleistungen in Projekten werden durch die erforderlichen Planungs- und Steuerungsmaßnahmen im Planungszeitraum zum Berichtsjahr 2016 nicht wesentlich ansteigen.

Zu 4. **Materialaufwand**

	2016 T€ Vorschau	2017 T€ Plan	2018 T€ Plan	2019 T€ Plan	2020 T€ Plan
a) <u>Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</u>					
Materialkosten	2.302	2.437	2.565	2.605	2.564
Kosten für Energie und Wasser	502	512	522	532	548
Fahrstrom für Straßenbahnbetrieb	1.380	1.326	1.353	1.380	1.407
Treibstoffkosten	2.942	2.901	2.945	3.057	3.122
	7.126	7.176	7.385	7.574	7.641
b) <u>Bezogene Leistungen</u>					
<u>Fremdleistungen</u>	2.834	3.142	3.182	3.159	3.187
Anmietung von Fahrleistungen	5.200	5.069	5.172	5.278	5.408
	8.034	8.211	8.354	8.437	8.595
Materialaufwand - Gesamt	15.160	15.387	15.739	16.011	16.236

a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Die Kosten für den Fahrstrombedarf basieren auf einer Beschaffungsstrategie, aus der heraus nach Wertung der Strompreisentwicklung direkt an der Leipziger Strombörse die Eindeckung über Chargen beim Lieferanten erfolgt. Dieses reduziert die kursbedingten Rohstoffpreisschwankungen. Für 2017 konnten zum Vorjahr vergleichbar gute Konditionen erwirtschaftet werden, das mittelfristige Konditionsniveau ist an der Börse derzeit sogar noch besser. Der Gesamtenergiepreis wird durch die Neufestlegung der EEG-Umlagebestandteile bei den Energiesteuern belastet.

Derzeit laufen Gespräche auf Bundesebene, die eine Stromsteuerbefreiung auch auf E-Bussysteme ermöglichen sollen, um eine Angleichung zur teilweisen Steuerbefreiung bei Schienenbahnen zu erreichen. Der Dieselbezugspreis wurde in Teilen zu Ende Oktober 2015 auf Basis des damals sehr guten und leicht steigenden Preisniveaus bis 2018 fixiert. Es erfolgte eine Preisnormalisierung zu April und September 2016.

Bestandteil des Materialaufwandes für die Gesamtplanung ab 2017 sind die für den beschlossenen Nachtverkehr zusätzlichen Energie- und Wartungsaufwendungen. Der Nachtverkehr wird nach politischer Beschlussfassung marginal reduziert fortgeführt.

b) Bezogene Leistungen

In dieser Position werden neben der Subunternehmerleistung die Fremdleistung aus Instandhaltung sowie der Fahrzeuginnenreinigung Stadtbahn, Bus gezeigt.

Hier musste aufgrund der deutlichen Kundenhinweise als auch zur dauerhaft angemessenen Pflege des Anlagevermögens die Fahrzeuginnenreinigung etwas verbessert werden. Gleichzeitig war ein Anstieg des Preisniveaus nach Ausschreibung zu verzeichnen.

Anmietung von Fahrleistungen

Der zentrale Subunternehmer der Verkehrs-GmbH ist das Schwesterunternehmen Kraftverkehr Mundstock GmbH, die diese Leistung zu Marktkonditionen über einen Haustarifvertrag erbringt. Die Subunternehmerleistung wurde im Planungszeitraum zunächst konstant dargestellt.

Zu 5) Personalaufwand

Der Personalaufwand verhält sich im Planungszeitraum relativ konstant und berücksichtigt bereits die verwaltungsseitig ausgewählten Sparvorschläge der Gesellschaft, die Effekte der Fortführung des Nachtverkehrs ab 2016.

Etwaige zusätzliche Schienenersatzverkehre durch Stadtbahnbauarbeiten sind im Planungszeitraum mangels Planbarkeit nicht enthalten, werden jedoch auf die Baumaßnahme aktiviert und zeigen somit keine direkte Wirkung im Jahresabschluss.

Zu 6) Abschreibungen

Die Abschreibungen errechnen sich aus der Realisierung des geplanten mehrjährigen Investitionsprogramms sowie den Abschreibungen auf bereits durchgeführte Investitionen der Vorjahre. Berücksichtigt wurde bei den Projekten im Rahmen des Niedersächsischen Konjunkturprogrammes jeweils eine Förderquote nach dem GVFG. Im Planungszeitraum bis 2019 sind ebenfalls Maßnahmen gem. dem Niedersächsischen Konjunkturprogramm enthalten, da dieses durch das Land Niedersachsen unbefristet verlängert wurde.

Im Wirtschaftsplan sind keine Umsetzungen der ehemaligen RegioStadtBahn enthalten. Ebenso wenig sind mangels konkreter Kenntnis über die Kostenhöhe und Umsetzungstermin monetäre Effekte aus dem seitens der Stadtverwaltung gemeinsam mit dem ZGB und der Verkehrs-GmbH projektierten Stadtbahnerweiterungsprojekt Planungsbestandteil. Hingegen sind die notwendigen Bestandsbaumaßnahmen, die aus technischen Erwägungen der Verkehrs-GmbH sehr zeitnah zu sanieren sind, um einen regulären Betrieb zu ermöglichen, in dem Plan aufgenommen. Der Neubau einer Stadtbahnwendeschleife mit Busanbindung in Volkmarode ist aus diesem Grund derzeit im Wirtschaftsplan enthalten und wäre bei Realisierungsentcheid einer Streckenverlängerung Volkmarode-Nord zu aktualisieren.

Zudem ist eine Pönalezahlung Stadtbahn anschaffungswertmindernd eingebracht.

Zu 7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Das Wegebenutzungsentgelt wird in unveränderter Höhe zur Nutzung öffentlicher Flächen für die Erbringung des ÖPNV an die Stadt abgeführt.

Dienstleistungen der Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH

Von der Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH werden für die Braunschweiger Verkehrs-GmbH die Arbeiten der Finanzbuchhaltung durchgeführt. Hierfür sind Dienstleistungsaufwendungen zu entrichten.

Die Position Sponsoring soll im Planungszeitraum weiter reduziert werden.

Zu 9) Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen resultieren aus dem um die Investitionsfördermittel bereinigten Fremdkapitalbedarf der Gesellschaft. Diese sind eng mit dem steigenden Mittelbedarf aus den beschriebenen Investitionsprojekten verbunden.

Die Verkehrs-GmbH beschafft sich die benötigten Mittel nach Ausschreibung über den externen Kapitalmarkt. Der zu Grunde gelegte Zinssatz wurde nach Projektion des derzeitigen Marktniveaus angesetzt. Erfreulich ist neben dem guten Zinsniveau die derzeit am Markt umsetzbare Möglichkeit ohne den Einsatz von Zinsswaps nahezu fristenkongruenten Kreditvergaben zu Laufzeiten von 20 Jahren tätigen zu können.

Zu 12) Erträge aus Verlustübernahme

Das Geschäftsjahr 2016 wird die Braunschweiger Verkehrs-GmbH nach derzeitigen Erkenntnissen mit einem Verlust in Höhe von rd. 18,76 Mio. € abschließen, der nach dem Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag von der Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH ausgeglichen wird.

Die Verkehrs-GmbH ist nach jahrelanger Ergebnisverbesserung durch Rationalisierung, Restrukturierung und nachfragebezogener Angebotsüberprüfung nunmehr an einem Produktionskostenlimit angelangt. Kostensteigerungen sowie zusätzliche Anforderungen Dritter oder gesetzliche Änderungen sind nicht mehr zu kompensieren.

Finanzplan Verkehrs-GmbH

Investitionsvorhaben

	T€ 2016 Vorschau	T€ 2017 Plan	T€ 2018 Plan	T€ 2019 Plan	T€ 2020 Plan
1 Fahrausweisautomaten, mobil	0	950	600	950	0
2 Tramino 18 Neufahrzeuge Tram	6.525	499	0	0	0
3 Neufahrzeuge Stadtbahn Lieferung ab 2018	0	5.460	3.640	2.730	6.370
4 Fahrzeugsteuerung Tram Bj. 1995	0	388	146	150	0
5 Modernisierung Tram Bj. 1995	0	120	120	120	120
6 Modernisierung Tram BJ. 2007	0	120	120	120	120
7 Blindenleitsystem - App	0	310	150	0	0
8 Förderprojekt Echtzeit Digitalfunk	0	448	828	1174	0
9 Förderprojekt Echtzeit -TFT in Strassenbahn	164	71	733	233	0
10 Förderprojekt Echtzeit - TFT in Bus	557	778	109	291	0
11 Förderprojekt Echtzeit - DFI in Stadtgebiet	0	311	931	931	931
12 DFI in Stadtgebiet Anteil v. Stadt BS	0	272	818	818	818
13 Gelenkornibusse	1.802	2.496	630	630	2.835
14 Standardornibusse	422	1.290	2.795	2.795	1.290
15 Ersatzbeschaffung Entwerter	63	73	65	65	65
16 Fahrgastzählsystem	107	189	0	0	0
17 Primove: 2 E-Glenkbusse	0	546	0	0	0
18 Betriebshof Lindenberg - Teil-Neubau/Sanierung	680	4.020	7.000	7.400	4.400
Gleisbauprojekte					
19 Sanierung Stromversorgung / Gleichrichterunterwerke	583	900	700	580	665
20 Wendeschleifen + Umsteigeanlagen	45	202	80	70	70
21 Aufschweißungen - Gleissanierung	150	200	220	120	120
22 Stöckheim (Rechtsstreit Ende)	30	500	0	0	0
23 Kurt-Schumacher-Straße 2. Bauabschnitt	80	273	0	0	0
24 Wendenstraße	190	90	0	0	0
25 Gifhorner Str. : Nordhoffstr. - Rüsterweg	230	65	0	0	0
26 Donaustrasse: Münchenstrasse - Isarstrasse	71	2.066	348	0	0
27 Leonhardplatz: 2. Ausbaustufe	670	176	0	0	0
28 Hagenmarkt Interimsmaßnahme - inkl. elastische Lagerung	230	35	0	0	0
29 Gleisbauprojekt Stobenstraße	2.350	583	0	0	0
30 Helmstedter Str. West: Johanniskirche - Hauptgüterbahnhof	350	2.532	1.975	519	0
31 Bohlweg Nord: Ausbesserung Steinweg - Hagenmarkt	30	30	1.042	0	0
32 Hagenmarkt Ertüchtigung Maßnahme aus 2015	0	0	300	65	0
33 Berliner Strasse: Kurzekampstrasse - Querumer Strasse	0	41	903	400	0
34 Berliner Strasse: Querung Petzvalstrasse + Moorhüttenweg	0	0	299	0	0
35 Erweiterung Stadtbahnwerkstattfläche im Süden FB 2a	0	100	100	0	0
36 Volkmarode Nord Neue WS Moorhüttenweg	0	145	2.370	462	0
37 Brückenbauwerk A39 - Landesbaumaßnahme Brücke A 39	10	10	100	1.600	1.083
38 Erneuerung FL-Maste Wolfenbütteler Strasse Süd	0	0	45	357	0
39 Wendeschleife Ottenroder Straße	0	0	53	912	0
40 Georg-Eckert-Straße	0	0	3	1.873	0
41 Gleisbau und eingleisige Strecken	0	0	0	365	378
42 Wendeschleife Radeklint	0	0	0	60	1.191
43 Umbau / Sanierung Schienenpflöge	429	305	10	5	0
44 Verschiedene Investitionsvorhaben, mit Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten < 250 T€	2.002	2.591	1.023	1.228	2.353
Investitionen Braunschweiger Verkehrs-GmbH gesamt	17.769	29.185	28.256	27.023	22.809
Preissteigerung - Baupreisindex (1 %/a)		292	565	811	912
Finanzbedarf Investitionen Verkehrs-GmbH	17.769	29.477	28.821	27.833	23.722
Netto-Finanzbedarf Investitionen Verkehrs-GmbH abzgl. Zuschüsse	11.530	13.730	15.252	14.215	12.779

Wesentlicher Einzelinvestitionsgegenstand im Planungszeitraum ist die Sanierung des Busbetriebshofes am Lindenberg sowie die Anschaffung von sieben Stadtbahneufahrzeugen, die je mit einer 50%-igen Förderung im Plan berücksichtigt wurden. Entsprechende Förderanträge wurde beim Land Niedersachsen gestellt und bezogen auf die Stadtbahnen sogar bereits durch Zuwendungsbescheid des Landes Niedersachsen positiv beschieden.

Diese beiden Projekte entfalten nachhaltig positive Effekte. Durch die 7 neuen Stadtbahnen werden auch in der Sparte Tram durch die vollständige Niederflrigkeit sowie den Anstieg der Fahrzeugquote mit Klimatisierung ein hoher Mehrnutzen für die Kunden erreicht. Zudem wird eine Erweiterungsoption mit ausgeschrieben, um bei einem heute noch unbekanntem Mehrbedarf aus dem Stadtbahnerweiterungskonzept handlungsfähig zu sein. Mit dem sanierten Busbetriebshof wäre die Verkehrs-GmbH bei zwei komplett sanierten bzw. neu erstellten Betriebshöfen für die Zukunft langfristig bestens aufgestellt.

Die Verkehrs-GmbH hat Förderanträge bei den weiteren Maßnahmen wie Donaustraße ebenfalls beim Land gestellt und plant diese über das niedersächsische Konjunkturförderprogramm zu co-finanzieren. Die 2015 durch das Land Niedersachsen beschlossene Möglichkeit zur Busförderung wird ebenso in eine verstetigte Busbeschaffung bei leichter Verbesserung des Durchschnittsalters überführt.

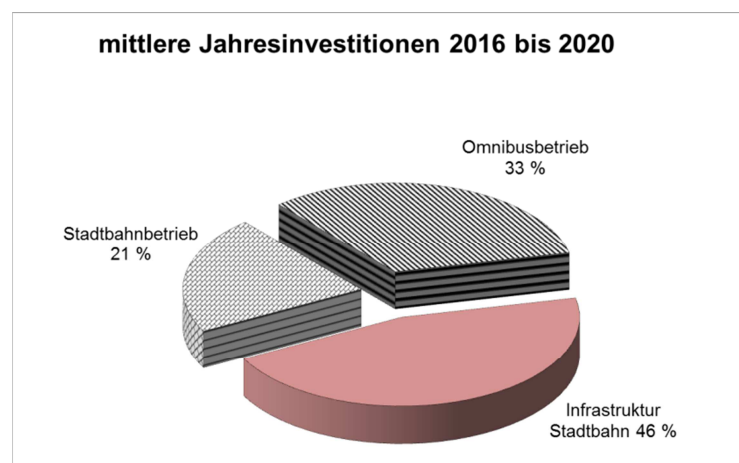
Ein weiteres Großbauprojekt ist die mit der Stadt Braunschweig und der SBBG kombinierte Maßnahme an der Helmstedter Straße, die auch aufgrund der umfangreichen Kanalarbeiten über zwei Bausaisons läuft.

Die Stadtbahnerweiterungsmaßnahmen innerhalb Braunschweigs werden derzeit durch eine Projektgruppe bestehend aus Stadt Braunschweig und WVI, BPR und der Verkehrs-GmbH auf Sinnfälligkeit, Wirtschaftlichkeit und gesamtheitliche Notwendigkeit geprüft. Aktuell werden die abschließenden Projektergebnisse erarbeitet und dem Rat der Stadt Braunschweig sowie den Bürgern Anfang 2017 präsentiert. Im Wirtschaftsplan sind in der Konsequenz keine Finanzmittel für Stadtbahnerweiterungsmaßnahmen aus diesem Projektzusammenhang dargestellt. Jedoch sind zwei dringend erforderliche Maßnahmen eingebracht, sollte das Stadtbahnerweiterungsprojekt an diesen Stellen nicht (zeitnah) umsetzbar sein. Hierbei handelt es sich um die abgängigen Wendeschleifen Grenzweg/Volkmarode und Radeklint. Gleisbautechnisch sehr dringend sanierungsbedürftig ist auch der Abschnitt Bohlweg Nord, der aber von der RSB, dem Stadtbahnausbau und stadtgestalterischer Überlegungen abhängig ist.

Der Nettofinanzbedarf berücksichtigt die Fördersummen gemäß vorliegenden bzw. erwarteten Förderbescheiden.

Struktur der mittleren Gesamtinvestitionen

		im Mittel bis 2020 in T€	Anteilig in v.H.
Stadtbahnbetrieb	(i.W. Umrüstung u. Neubeschaffung von Stadtbahnen)	5.374	21%
Omnibusbetrieb	(i.W. Busbeschaffung, Betriebshof Lindenberg, Rest E-Bus)	8.206	33%
Infrastruktur Stadtbahn	(Bau Stadtbahnprojekte, Gleiserneuerung, Betriebshof, Planung, Echtzeit)	11.429	46%
Investitionen im Mittel gesamt (Preisstand 2016)		25.008	



2. Finanzierung

Mittelherkunft

	2016 T€ Vorschau	2017 T€ Plan	2018 T€ Plan	2019 T€ Plan	2020 T€ Plan
1. Ergebnis Braunschweiger Verkehrs-GmbH	18.755	19.914	19.932	19.968	19.828
2. Verlustübernahme Stadt Braunschweig Beteiligungs-GmbH	-18.755	-19.914	-19.932	-19.968	-19.828
3. Abschreibungen auf das Anlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände	-9.080	-9.789	-10.166	-10.562	-10.859
Cash flow	-9.080	-9.789	-10.166	-10.562	-10.859
5. Kapitalzuschüsse Bund, Land	-6.239	-15.747	-13.569	-13.618	-10.943
6. Fremdmittelaufnahme am Kapitalmarkt *	-11.000	-12.800	-13.700	-11.500	-9.400
Gesamte Mittelherkunft	-26.319	-38.336	-37.435	-35.680	-31.202
Mittelverwendung					
1. Finanzbedarf Investitionen	17.769	29.477	28.821	27.833	23.722
2. Tilgung von Fremdmitteln	8.700	8.800	8.700	7.800	7.500
Gesamte Mittelverwendung	26.469	38.277	37.521	35.633	31.222

* bis zur jeweiligen Projektendabrechnung wird die Finanzierung über den Cash-pool der Stadt Braunschweig Beteiligungs-GmbH dargestellt, die langfristige Projektfinanzierung erfolgt nach Marktbefassung am externen Kapitalmarkt.

Das Aufnahmevolumen beinhaltet neben den geschäftsjahresbezogenen Investitionsmittelbedarfen auch Projekte aus der Vergangenheit.

Bilanzplanung 2017- 2020 und Vorschau 2016
Braunschweiger Verkehrs-GmbH

	Vorschau T€ 31.12.16	Plan T€ 31.12.17	Plan T€ 31.12.18	Plan T€ 31.12.19	Plan T€ 31.12.20
Aktiva					
A. Anlagevermögen	121.053	124.986	130.064	133.712	135.632
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	64	44	26	16	14
II. Sachanlagen	120.951	124.912	130.016	133.679	135.601
III. Finanzanlagen	38	30	22	17	17
B. Umlaufvermögen	4.545	13.450	13.450	13.450	13.450
I. Vorräte	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
II. Forderungen u. sonst. Vermögensge.	1.045	9.950	9.950	9.950	9.950
III. Kassenbestand, Guthaben bei	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
C. Rechnungsabgrenzungsposten	50	50	50	50	50
Summe Aktiva (Bilanzsumme)	125.648	138.486	143.564	147.212	149.132

Passiva					
A. Eigenkapital (Planung bei EAV ohne Anreizsystem)	19.578	19.578	19.578	19.578	19.578
I. Gezeichnetes Kapital	17.938	17.938	17.938	17.938	17.938
II. Kapitalrücklage	1.640	1.640	1.640	1.640	1.640
B. Rückstellungen	5.885	5.680	5.714	5.739	5.748
C. Verbindlichkeiten	109.190	112.828	117.872	121.495	123.406
D. Rechnungsabgrenzungsposten	400	400	400	400	400
Summe Passiva (Bilanzsumme)	135.053	138.486	143.564	147.212	149.132

Bilanzkennzahlen:

Eigenkapitalquote: EK/Bilanzsumme	0,16	0,14	0,14	0,13	0,13
Fremdkapitalquote: FK/Bilanzsumme (ohne D. RAP)	0,92	0,86	0,86	0,86	0,87
Verschuldungsquote: FK/EK	5,88	6,05	6,31	6,50	6,60
Anlagendeckungsgrad I EK/AV	0,16	0,16	0,15	0,15	0,14

Die wesentlichen Bilanzpositionen sind auf Basis der geplanten Investitionsaktivitäten der Verkehrs-GmbH fortgeschrieben.

Die Fremdkapitalquote des aktuell im hohen Maße investiv tätigen Verkehrsunternehmens mit einem Stadtbahnbereich und voller Fertigungstiefe ist im Vergleich zur Eigenkapitalquote eines mit Gewinnabführungsvertrag unterlegtem kommunalen Verkehrsunternehmens klassischer Weise als hoch anzusehen. Der sich daraus ergebende Verschuldungsgrad kann aus selbigen Gründen, ohne eine Infrastrukturunterstützung durch Dritte, ebenso nicht niedrig sein.

Dieser Sachverhalt ist seitens der Verkehrs-GmbH als strukturelles Problem seit langem thematisiert. Insbesondere die Sicherstellung der langfristigen Fremdkapitalausstattung, die ausschließlich über den externen Bankenmarkt durchgeführt wird, ist durch o.g. Bilanzkennzahlen tendenziell erschwert (Basel II) und verteuert, was bei Möglichkeit durch die Einholung von kommunalen Bürgschaften nicht durch einen Aufwandssteigerung durch Zinskostenanstieg führt.

Neben den reinen Kennzahlen sind bei einer Bewertung der finanziellen Situation eines Unternehmens zusätzlich Faktoren wie stille Reserven, Fristigkeit des Fremdkapitals, Rechtsrahmen, Sicherheit der Branche, Marktstellung des Unternehmens, genutzte Finanzierungsstrukturen, sowie die Stellung des kommunalen Eigners zum Unternehmen zu bewerten.

Die Bilanzkennziffern zeigen den Effekt der vielfältigen investiven Projektumsetzungen im Planungszeitraum.

*Betreff:***Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH**
Wirtschaftsplan 2017*Organisationseinheit:*

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

Datum:

11.11.2016

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

08.12.2016

Status

Ö

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

1. der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH werden angewiesen,
2. der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

den Wirtschaftsplan 2017 in der vom Aufsichtsrat am 21. Oktober 2016 gebilligten Fassung zu beschließen.“

Sachverhalt:

Die Gesellschaftsanteile der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (Stadtbad-GmbH) werden in Höhe von rd. 94,9 % von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-gmbH (SBBG) sowie in Höhe von rd. 5,1 % von der Stadt Braunschweig gehalten.

Gemäß § 12 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages der Stadtbad bedarf der Wirtschaftsplan der Gesellschaft der Zustimmung der Gesellschafter. Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der SBBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der SBBG sowie der Stadtbad-GmbH herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchst. a der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig vom 1. November 2016 wurde die Zuständigkeit hierfür für die Dauer der laufenden Wahlperiode auf den Finanz- und Personalausschuss übertragen.

Im Hinblick auf die Harmonisierung des europäischen Rechtsrahmens wurde das neue Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) am 7. Januar 2015 beschlossen. Dies führt vom Geschäftsjahr 2016 an zu kleineren Ausweisänderungen u. a. in der Gewinn- und Verlustrechnung, im Anhang und im Lagebericht. Insbesondere bedeutet dies, dass künftig fast alle Erlöse den Umsatzerlösen zuzuordnen sind und kaum noch Beträge unter den sonstigen betrieblichen Erlösen auszuweisen sind. Zusätzlich entfallen auch die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen, die künftig im Betriebsergebnis auszuweisen sind.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat der vorgelegten Fassung der Wirtschaftsplanung 2017 in seiner Sitzung am 21. Oktober 2016 seine Zustimmung erteilt.

Der Wirtschaftsplan 2017 der Stadtbad-GmbH weist einen Zuschussbedarf für den Gesamtbetrieb von 8.367 T€ aus, hiervon entfallen 4.741 T€ (56,66 %) auf die Wasserwelt und 3.626 T€ (43,34 %) auf den Bäderbestand. Zur Ergebnisentwicklung der einzelnen Betriebsteile wird auf die Anlagen 1 und 2 des beigefügten Wirtschaftsplans 2017 verwiesen. Aufgrund der bestehenden Beteiligungsstruktur wird von der SBBG ein anteiliger Verlust von rd. 7.940 T€ übernommen, während auf die Stadt Braunschweig rd. 427 T€ entfallen.

Gegenüber der bisherigen Mittelfristplanung auf Basis des Wirtschaftsplans 2016 (Verlust 2017: 8.802 T€) wird ein um 435 T€ verbessertes Ergebnis erwartet. (Verlust 2017 neu: 8.367 T€). Maßgeblich hierfür sind neben Anpassungen der Ertrags- und Aufwandspositionen insbesondere folgende Faktoren:

- In den Umsatzerlösen ist die zum 1. Dezember 2016 vorgesehene Entgelterhöhung für die Nutzung der Einrichtungen der Gesellschaft von durchschnittlich 10 % berücksichtigt worden. Diese führt ab dem Wirtschaftsjahr 2017 unter Berücksichtigung des zu erwartenden Besucherrückgangs durch den Weiterbetrieb des Badezentrums Gliesmarode durch eine private Betreibergesellschaft zu einem erwarteten Mehrertrag von rd. 159 T€ pro Jahr.
- Die Umsetzung des Konsolidierungsbeitrages aus dem Jahr 2016, die die Aufgabe des Eigenbetriebs der Gastronomie in der Wasserwelt und eine (ab dem 11. Mai 2016) erfolgte Verpachtung an die Bistro Klinikum Braunschweig GmbH zum Inhalt hatte, führt zu einer Verringerung der Personalkosten und des Materialaufwands.

In der Planung berücksichtigt wurde zudem die Ergebniswirkung bei der Stadtbad-GmbH durch den Weiterbetrieb des Badezentrums Gliesmarode durch die Badezentrum Gliesmarode Betriebsgesellschaft mbH im Umfang des geschätzten Einnahmeausfalls von 275 T€.

Hiernach ergibt sich folgende Ergebnisentwicklung:

		Ist 2015	Plan 2016	Prognose 2016	Plan 2017
		- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -
1.	Umsatzerlöse	3.382	3.286	4.165	4.241
1a	% zum Vorjahr / Ist bzw . Plan*		-2,84%	+23,15% +26,75%	+1,82 %
2.	sonstige betriebliche Erträge (incl. aktivierte Eigenleistungen)	871	898	58	0
3.	Materialaufwand	-1.905	-1.936	-1.843	-1.821
4.	Personalaufwand	-5.909	-6.077	-5.728	-5.871
5.	Abschreibungen	-2.237	-2.353	-2.284	-2.370
6.	sonst. betriebl. Aufwendungen	-1.534	-1.523	-1.746	-1.499
7.	Betriebsergebnis (Summe 1 - 6)	-7.332	-7.705	-7.378	-7.320
8.	Zins/Finanzergebnis	-1.070	-1.129	-1.104	-1.045
9.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0
10.	Ergebnis nach Steuern (Summe 7 - 9)	-8.402	-8.834	-8.482	-8.365
11	sonstige Steuern	-1	-3	-2	-2
12	Jahresergebnis (Summe 10 - 11)	-8.403	-8.837	-8.484	-8.367
	Darstellung ab Spalte "Prognose 2016" gem. BIRUG (Umgliederung von der Position "sonst. betriebl. Erträge" in die Position "Umsatzerlöse"). Unter den "sonst. betriebl. Erträgen" sind nur noch bestimmte Positionen auszuweisen (z. B. Abgang Anlagevermögen, Erlöse aus Versicherungsleistungen). Die in der Prognosespalte genannten prozentualen Abweichungen gegenüber den Vorjahren beziehen sich somit auf Abweichungen zwischen der jeweiligen Summe aus "Umsatzerlösen" und "sonst. betriebl. Erträgen".				

Gegenüber der Prognose 2016 wird für das Planjahr 2017 eine Erhöhung der Umsatzerlöse um rd. 76 T€ (+1,82 %) auf insgesamt 4.241 T€ erwartet. Hiervon entfallen rd. 1.985 T€ auf die Umsätze aus Eintrittsentgelten (davon Freizeitbad: 930 T€), 730 T€ auf Miet- und Pachterträge (Anteil Workout: 600 T€), die im Jahresabschluss 2015 bzw. im Planjahr 2016 u. a. unter der Position „Sonstige betriebliche Erträge“ ausgewiesen wurden. Weiterhin werden 761 T€ aus dem Kurs- und Wellnessbereich und den Shopverkäufen sowie 443 T€ aus den Umsätzen im Saunabereich erwartet. Der restliche Betrag von rd. 322 T€ verteilt sich auf verschiedene Einzelpositionen.

Sonstige betriebliche Erträge fallen im Wirtschaftsjahr 2017 nicht an. Bei dem in der Prognose 2016 in dieser Position ausgewiesenen Betrag von 58 T€ handelt es sich um Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen sowie aufgrund von Versicherungsfällen.

Im Materialaufwand werden die Kosten für die zu erwartenden Energieverbräuche und den Wasserbezug sowie bezogenen Leistungen und Waren berücksichtigt. Die Ansätze 2017 verringern sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig. Hierbei zeigen sich Einsparungen durch die Aufgabe der Gastronomie in der Wasserwelt sowie durch bessere Konditionen bei den Zulieferern.

Die Personalkosten reduzieren sich gegenüber dem Planansatz 2016 trotz überproportionaler Tarifierpassungen für das Wirtschaftsjahr 2017 um 206 T€ durch die Aufgabe und Verpachtung des Gastronomiebereichs in der Wasserwelt. Der Pachtvertrag mit der Bistro Klinikum Braunschweig GmbH wurde zunächst für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Gegenüber der Prognose 2016, die die Verpachtung bereits berücksichtigt, ergibt sich ein Anstieg von 143 T€ im Jahr 2017.

Die Abschreibungen im Jahr 2017 erhöhen sich gegenüber dem Plan- bzw. Prognosewert geringfügig um 17 bzw. 86 T€. Durch die in den Jahren 2018 und 2019 vorgesehene Sanierung des alten Teils im Sportbad Heidberg kommt es in den Folgejahren zu einem deutlichen Anstieg der Abschreibungsaufwendungen. Die komplette Fremdfinanzierung der Investitionsmaßnahme führt aufgrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus zu einer Reduzierung des Zinsergebnisses. Die Berechnung der Darlehensaufnahmen erfolgte auf der Basis von Kommunalkreditkonditionen mit einem Zinssatz von 2,5 % p. a.

Gegenüber der Prognose 2016 reduzieren sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Jahr 2017 um 247 T€. Ursächlich hierfür sind geringere Verwaltungsaufwendungen (33 T€), reduzierte Ansätze im Marketing der Wasserwelt (12 T€) sowie ein Absinken der Aufwendungen für Honorarkräfte (14 T€). Weiterhin entfallen im Wirtschaftsjahr 2017 die im Ansatz 2016 enthaltene Rückstellung für Bonuskarten im Umfang von 100 T€ sowie die erforderlich gewordenen Abschreibungen für das Inventar und die Dienstkleidung im Gastronomiebereich nach Verpachtung (Nichtübernahme durch die Pächterin). Da nach Einschätzung der Stadtbad-GmbH davon auszugehen ist, dass die Inanspruchnahme der Bonuskarten in gleichem Maße erfolgt wie die Ausgabe neuer Bonuskarten, ergibt sich für die Jahre 2017ff keine weitere Ergebniswirkung.

Der Investitionsplan für das Jahr 2017 weist einen Mittelbedarf von insgesamt 912 T€ aus. Neben Attraktivierungsmaßnahmen in der Wasserwelt (300 T€) und Investitionen in den Bäderbestand zur Verbesserung der Infrastruktur (462 T€) sind 150 T€ Planungskosten für die vorgesehene Sanierung des alten Teils des Sportbades Heidberg (rd. 4,5 Mio. € netto) eingeplant worden.

Der Wirtschaftsplan 2017 der Stadtbad GmbH ist als Anlage beigefügt.

Geiger

Anlage/n:
Wirtschaftsplan 2017

STADTBAD BRAUNSCHWEIG SPORT UND FREIZEIT GMBH

Wirtschaftsplan 2017

und

mittelfristige Unternehmensvorschau 2016 - 2020

Inhaltsübersicht

	<u>Seite</u>
1. Allgemeines	2
2. Personalplan	2
3. Ergebnisplan	3
4. Investitions- und Finanzplan	6
5. Bilanzplan	8

Anlage 1: Erfolgsvorschau Wasserwelt

Anlage 2: Erfolgsvorschau Bäderbestand

1. Allgemeines

Der Gesamtverlust der GmbH wird durch die Gesellschafter Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH und Stadt Braunschweig abgedeckt. Die Planansätze basieren auf dem Kenntnisstand September 2016. In der Planung wurden die folgenden Prämissen berücksichtigt:

- Die Finanzierung der zum Bau des Freizeitbades "Wasserwelt" erforderlichen Grundstücke i. H. v. 3,7 Mio. € an der Hamburger Straße erfolgte durch ein endfälliges Darlehen mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Da bei Grundstücken keine Abschreibungen anfallen, die von den Gesellschaftern über den Verlustausgleich an die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH erstattet werden, kann keine Tilgung des Darlehens erfolgen. Dies führt derzeit zu einer jährlichen Zinsbelastung i. H. v. 158 T€.
- Die Wasserwelt wird komplett fremdfinanziert.
- Die Personalaufwendungen sind in diesem Wirtschaftsplan mit den bereits feststehenden Tarifierhöhungen für 2016 und 2017 berechnet worden. Für die Folgejahre 2018/2020 sind 2,5 % angenommene Tarifsteigerungen und für das Wirtschaftsjahr 2019 ist eine Steigerung von 2,0 % berücksichtigt worden. Darüber hinaus sind zu erwartende Entgelterhöhungen aufgrund der neuen Entgeltordnung ab 01.01.2017 durch höhere Eingruppierungen eingearbeitet worden.
- Bei den Umsatzerlösen ist eine Entgeltanpassung ab dem 01.01.2017 in Höhe von durchschnittlich 10 % eingerechnet. Seit der letzten Entgeltanpassung in 2012 gab es Tarifsteigerungen im Personalbereich in Höhe von 13 %.
- In diesen Wirtschaftsplan ist die Investition für die Sanierung des Sportbades Heidberg 2018/2019 eingeflossen. Im Wirtschaftsjahr 2017 ist ein Betrag in Höhe von 150 T€ für die Planung der Sanierung einbezogen worden. In der mittelfristigen Finanzplanung sind in den Jahren 2018 / 2019 die Umsatzeinbußen für die Sanierung des Sportbades enthalten. Im Gegenzug sind Einsparungen einbezogen. Hierdurch tritt eine Ergebnisverschlechterung von rd. 150 T€ in beiden Wirtschaftsjahren ein.

2. Personalplan in MAK

Stichtag: 31.12. des Planjahres

	2016 Vorschau	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan	2020 Plan
Beschäftigte Bestandsbäder	73,28	71,82	67,23	69,41	69,41
Beschäftigte Wasserwelt	48,98	48,21	49,21	49,21	49,21
Ruhende Arbeitsverhältnisse	5,0	2,0	1,0	1,0	1,0
Summe	127,30	122,03	117,44	119,62	119,62

Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2017 wird bei der Wasserwelt mit einem Personalbestand von 48,21 MAK inkl. 4 MAK Auszubildende kalkuliert. Dieser Wert hat sich von den ursprünglich geplanten 71,43 MAK durch Optimierungen deutlich reduziert.

Die Stadtbad GmbH wird im Wirtschaftsplanjahr 2017 mit einer Mitarbeiterkapazität von insgesamt 120,03 (ohne ruhende Arbeitsverhältnisse) geführt.

3. Ergebnisplan

	2016 T€ Vorschau	2017 T€ Plan	2018 T€ Plan	2019 T€ Plan	2020 T€ Plan
Jahresergebnis Wasserwelt	-4.948	-4.741	-4.777	-4.787	-4.810
Jahresergebnis Bäderbestand (inkl. Verw. u. techn. Abteilung)	-3.536	-3.626	-3.868	-4.059	-4.149
Jahresergebnis Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (gesamt)	-8.484	-8.367	-8.645	-8.846	-8.959
Ausgleichszahlung Gesellschafter					
a) Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	-8.051	-7.940	-8.204	-8.394	-8.502
b) Stadt Braunschweig	-433	-427	-441	-451	-457

Der Ergebnisplan gibt den Zuschussbedarf der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH des Betrachtungszeitraumes 2016 bis 2020 wieder. Der jeweils entstehende Fehlbedarf wird auf Grund des Gesellschaftsvertrages durch die beiden Gesellschafter Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH und Stadt Braunschweig ausgeglichen. Bei der Ermittlung der Ergebnisse sind Gemeinkosten aus den Nebenkostenstellen des Bäderbestandes, angelehnt an die Ergebnisse aus dem BAB 2015, in Höhe von rd. 750 T€ in das Jahresergebnis der Wasserwelt umgegliedert worden.

Erfolgsvorschau - GmbH

	2016 T€ Vorschau	2017 T€ Plan	2018 T€ Plan	2019 T€ Plan	2020 T€ Plan
1. Umsatzerlöse ¹⁾	4.165	4.241	3.902	3.930	4.339
2. Sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	58	-	-	-	-
	4.223	4.241	3.902	3.930	4.339
3. Materialaufwand	-1.843	-1.821	-1.760	-1.807	-1.962
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-122	-123	-125	-128	-130
b) Bezogene Leistungen und Waren	-1.721	-1.698	-1.635	-1.679	-1.831
4. Personalaufwand	-5.728	-5.871	-5.961	-6.068	-6.281
5. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.284	-2.370	-2.373	-2.482	-2.638
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.746	-1.499	-1.432	-1.450	-1.513
7. Sonstige Steuern	-2	-2	-2	-2	-2
Betriebsergebnis	-7.380	-7.322	-7.626	-7.878	-8.056
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-	-	-
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.104	-1.045	-1.019	-968	-903
Zinsergebnis	-1.104	-1.045	-1.019	-968	-903
10. Jahresergebnis	-8.484	-8.367	-8.645	-8.846	-8.959
davon Freizeitbad	-4.948	-4.741	-4.777	-4.787	-4.810

¹⁾ Wegen der Umgliederung nach BilRUG (von den sonstigen betriebl. Erträgen in Umsatzerlöse) sind nur noch wenige Positionen in den sonstigen betriebl. Erträgen ausgewiesen (Beispiel: Abgang Anlagevermögen, Erlöse aus Versicherungsleistungen).

Erläuterungen zur Erfolgsvorschau der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

Zu 1: Umsatzerlöse

	2016 T€ Vorschau	2017 T€ Plan	2018 T€ Plan	2019 T€ Plan	2020 T€ Plan
Freizeitbad Wasserwelt	885	930	930	930	930
Bäderbestand (BBP, SpbH und Sommerbäder)	1.003	1.056	774	778	1.066
Sauna Wasserwelt	313	345	359	373	373
Wellness Wasserwelt	117	126	131	131	139
Saunen BBP und SpbH	84	98	69	69	98
Sonstige Umsatzerlöse Wasserwelt	1.110	1.009	1.062	1.071	1.072
Sonstige Umsatzerlöse Bäderbestand	654	678	577	579	662
	4.165	4.241	3.902	3.930	4.339

Besucherzahlen

Wasserwelt	260.000	240.000	240.000	240.000	240.000
BBP, SpbH und Sommerbäder	380.000	380.000	310.450	310.450	380.000
Sauna Wasserwelt (ohne Workout)	33.500	34.500	35.000	36.000	36.000
Saunen BBP und SpbH	17.000	17.000	12.070	12.070	17.000
Gesamt	690.500	671.500	597.520	598.520	673.000

Zu 1: Umsatzerlöse (nach BilRUG)

In die Umsatzerlöse ist eine Anpassung der Eintrittsentgelte um durchschnittlich 10 % ab dem Wirtschaftsjahr 2017 in Höhe von insgesamt 159 T€ einbezogen worden. Auch sind Entgelteinbußen aufgrund der Eröffnung des Badezentrums Gliesmarode am 23.06.2016 berücksichtigt.

Die Umsatzerlöse sinken aufgrund der Sanierungsarbeiten im Sportbad Heidberg in den Planjahren 2018 und 2019. Die Arbeiten, die in beiden Jahren über acht Monate angesetzt sind, wirken sich folglich auf die Besucherzahlen aus, weshalb in den Jahren 2016 und 2017 mit einem Rückgang von jeweils ca. 70.000 Besuchen im Badbereich der Bestandsbäder gerechnet wird. Der Saunabereich im Sportbad Heidberg bleibt während der Bauarbeiten komplett geschlossen. Allgemein wirken sich die Besucherrückgänge in den Bestandssaunen negativ auf die Umsatzerlöse aus.

In der Saunaanlage der Wasserwelt mit Fünf-Sterne-Premium Zertifizierung wird kein Rückgang, sondern ein leichter Anstieg prognostiziert.

Bei den sonstigen Umsatzerlösen aus Vermietung und Verpachtung handelt es sich für das Freizeitbad um Erträge aus der partiarischen Verpachtung des Fitnessstudios sowie der diesbezüglichen Nebenkostenersatzung. In den anderen Bädern handelt es sich im Wesentlichen um Vermietung an das Rehazentrum, die Verpachtung der Kioske in den Sommerbädern und die Vermietung an einen Friseurbetrieb. Darüber hinaus fließen u. a. die Erlöse aus dem Kursbetrieb ein.

Zu 2: Sonstige betriebliche Erträge

Hier sind Erträge aus dem Abgang des Anlagevermögens sowie Erträge aus Versicherungsleistungen eingestellt. Zinserträge werden nicht erwirtschaftet.

Zu 3: Materialaufwand

Der überwiegende Teil der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind Energieverbräuche und Wasser/Abwasser. Darüber hinaus sind die bezogenen Waren eingestellt. In dieser Position zeigen sich Einsparungen durch die Aufgabe der Gastronomie in der Wasserwelt sowie bessere Konditionen bei den Zulieferern.

Zu 4: Personalaufwand

Der Personalaufwand resultiert aus allen im Unternehmen beschäftigten Mitarbeitern. Aufgrund des Teilbetriebsübergangs und der Fremdvergabe des gastronomischen Bereichs in der Wasserwelt im Mai 2016 sind in 2016 die angefallenen Personalkosten bis dato für diesen Bereich berücksichtigt. Weitere Personalkosten fallen im gastronomischen Bereich ab Juni 2016 nicht mehr an.

Berücksichtigt wurden ebenfalls der anteilige Personalaufwand für den betrieblichen Ruhe Lohn, Beihilfen, die GuV sowie der Aufwand für den Pensionsversicherungsverein und die Unterstützungskasse. Darüber hinaus sind Tarifierpassungen sowie Änderungen der Entgeltgruppen berücksichtigt.

Zu 5: Abschreibungen

Die Abschreibungen steigen durch die in diesem Wirtschaftsplan angegebenen Investitionen, insbesondere durch die Sanierung des Sportbades Heidberg, im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2016 an.

Zu 6: Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Kosten für Marketing, Versicherungen, Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten sowie für Berufsförderungsmaßnahmen enthalten.

Zu 7: Sonstige Steuern

Bei den sonstigen Steuern wird die Grund- und Kfz-Steuer ausgewiesen. Andere Steuern fallen wegen der Gemeinnützigkeit der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH nicht an.

Zu 8: Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Diese werden nicht generiert

Zu 9: Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen resultieren aus der kompletten Fremdfinanzierung der Investitionen. Alle Darlehen wurden zu Kommunalkonditionen aufgenommen. Neuaufnahmen wurden mit einem Zinssatz in Höhe von 2,5 % berechnet und eingestellt.

Die Planung enthält mehrere Variable, die zu einer Verbesserung oder Verschlechterung des Ergebnisses führen können:

Risiken:

- Bisher unklare Eingruppierungen des Personals vor dem Hintergrund der neuen Entgeltordnung. Das Risiko ist in diesem Wirtschaftsplan berücksichtigt.
- Erhöhung der Baukosten durch strittige Forderungen; daraus resultierende höhere Abschreibungen und höherer Zinsaufwand
- Überplanmäßige Preissteigerung bei den Betriebskosten
- Geringere Besucherzahlen, die zu geringeren Erträgen führen
 - a) geringere Besucherzahlen aufgrund Eröffnung Badezentrum Gliesmarode am 23.06.16
 - b) geringere Besucherzahlen (Direktzahler) aufgrund des Eintritts in das Fitnessstudio Workout
 - c) geringere Besucherzahlen in den Sommerbädern durch niedrige Temperaturen in der Sommersaison.

Chancen:

- Bisher unklare Eingruppierungen des Personals vor dem Hintergrund der neuen Entgeltordnung. Das Risiko ist in diesem Wirtschaftsplan berücksichtigt. Chance: Eingruppierung fällt geringer aus.

- Überplanmäßige Besucherzahlen und daraus resultierend höhere Erträge
 - a) höheres Besucheraufkommen aufgrund Rücklauf Besuche im Badezentrum Gliesmarode
 - b) höheres Besucheraufkommen (Direktzahler) aufgrund des Austritts aus dem Fitnessstudio Workout
 - c) höhere Besucherzahlen in den Sommerbädern durch höhere Temperaturen in der Sommersaison.
- Der in diesem Wirtschaftsplan ausgewiesene Zinsaufwand für anstehende Darlehensaufnahmen oder Pro-
longationen ist mit einem Zinssatz i. H. v. 2,5 % gerechnet worden. Bei einem geringeren Zinssatz zum
Zeitpunkt der Darlehensaufnahmen ergeben sich Einsparungen.

Zur Reduzierung der Risiken bzw. zur Realisierung der Chancen werden Marketingmaßnahmen durchgeführt, um die angesetzten Besucherzahlen zu übertreffen und die Umsatzerlöse zu steigern. Dazu zählen z. B. anlassbezogene Werbekampagnen, die Ausweitung der Pressearbeit, Veranstaltungen sowie Maßnahmen des Controllings zur Erfassung des Werbeeffektes und zur Überwachung der Besucherzufriedenheit und der Besucherfrequenzen. Im Mittelpunkt steht dabei die konsequente Umsetzung eines bedarfsgerechten und nachfrageorientierten Badebetriebes.

4. Investitions- und Finanzplan

	2016 T€ Vorschau	2017 T€ Plan	2018 T€ Plan	2019 T€ Plan	2020 T€ Plan
Sachanlagen					
Baunebenkosten (Nachaktivierung WW)	23	-	-	-	-
sonstige Investitionen Wasserwelt	472	300	300	300	300
Sanierung SpbH		150	2.175	2.175	
sonstige Investitionen Bäderbestand	360	462	280	262	280
Summe Sachanlagen gesamt	855	912	2.755	2.737	580
Finanzanlagen	-	-	-	-	-

Der Investitions- und Finanzplan gibt die geplanten Investitionen für die Sanierung des Sportbades Heidberg, die Wasserwelt und die übrigen Bäderstandorte im jeweiligen Jahr wieder. Durch eine höher als in der Rückstellung geplante Schlussrechnung für das Gebäude der Wasserwelt wurden im Vorschaujahr 2016 22,7 T€ nachaktiviert.

	2016 T€ Vorschau	2017 T€ Plan	2018 T€ Plan	2019 T€ Plan	2020 T€ Plan
Mittelherkunft					
Jahresergebnis	-8.484	-8.367	-8.645	-8.846	-8.959
sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen	-70				
Abschreibungen	2.284	2.370	2.373	2.482	2.638
Cashflow	-6.270	-5.997	-6.272	-6.364	-6.321
Verlustausgleichsdeckung Gesellschafter	8.484	8.367	8.645	8.846	8.959
a) Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH	8.051	7.940	8.204	8.394	8.502
b) Stadt Braunschweig	433	427	441	451	457
Fremdkapitalaufnahme		749	2.689	2.741	600
vorhandene Liquidität	1.087	-	-	-	-
Summe Mittelherkunft	3.301	3.119	5.062	5.223	3.238
Mittelverwendung					
Finanzbedarf Sachanlagen	855	912	2.755	2.737	580
Tilgung langfristiger Fremdmittel	2.446	2.207	2.307	2.485	2.658
Summe Mittelverwendung	3.301	3.119	5.062	5.222	3.238

Die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH benötigt nach heutigem Stand zur Finanzierung des neuen Freizeitbades insgesamt ca. 35,4 Mio. € ohne die erworbenen Grundstücke.

Der Cashflow ist im Planungszeitraum dauerhaft negativ. Dieses entsteht dadurch, dass ein Bad auf Grund der sozialverträglichen, nicht kostendeckenden Eintrittsentgelte ein Zuschussbetrieb ist. Weil die Tilgung ab dem Jahr 2016 der Abschreibung weitestgehend angepasst ist, resultiert der negative Cashflow primär aus dem negativen Betriebsergebnis (ohne AfA) sowie dem Zinsaufwand für die Darlehensaufnahmen der Investitionen und dem daraus resultierenden Zinsaufwand, der dauerhaft für den Erwerb der Grundstücke an der Hamburger Straße zu zahlen ist.

5. Bilanzplan

	Ist T€ 31.12.15	Vorschau T€ 31.12.16	Plan T€ 31.12.17	Plan T€ 31.12.18	Plan T€ 31.12.19	Plan T€ 31.12.20
Aktiva						
A. Anlagevermögen	43.952	42.523	41.065	41.449	41.704	39.615
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	66	129	130	131	131	132
II. Sachanlagen	43.886	42.394	40.935	41.318	41.573	39.483
a) Grundstücke und Bauten	37.354	35.470	33.819	32.139	33.537	31.508
b) techn. Anlagen und Maschinen	4.462	4.549	4.435	4.251	5.026	4.895
c) andere Anlagen, Betriebs- u. GA	2.047	2.327	2.484	2.556	2.962	3.032
d) Anlagen im Bau	23	48	198	2.373	48	48
III. Finanzanlagen	-	-	-	-	-	-
B. Umlaufvermögen	2.833	1.956	1.956	1.956	1.956	1.987
I. Vorräte	86	86	86	86	86	86
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	2.160	1.820	1.820	1.820	1.820	1.851
III. Wertpapiere	-	-	-	-	-	-
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	587	50	50	50	50	50
C. Rechnungsabgrenzungsposten	29	29	29	29	29	29
Summe Aktiva (Bilanzsumme)	46.814	44.508	43.050	43.434	43.689	41.631

Passiva						
A. Eigenkapital	1.414	1.524	1.524	1.524	1.524	1.524
I. Gezeichnetes Kapital	1.023	1.023	1.023	1.023	1.023	1.023
II. Kapitalrücklage	-	-	-	-	-	-
III. Gewinnrücklagen	501	501	501	501	501	501
VI. Bilanzverlust	-110	-	-	-	-	-
B. Rückstellungen	2.703	2.733	2.733	2.735	2.734	2.734
C. Verbindlichkeiten	42.350	39.904	38.446	38.828	39.084	37.026
D. Rechnungsabgrenzungsposten	347	347	347	347	347	347
Summe Passiva (Bilanzsumme)	46.814	44.508	43.050	43.434	43.689	41.631

Bilanzkennzahlen:

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020
Eigenkapitalquote: EK/Bilanzsumme	0,03	0,04	0,04	0,03	0,04
Fremdkapitalquote: FK/Bilanzsumme	0,96	0,96	0,96	0,96	0,96
Verschuldungsquote: FK/EK	27,98	27,02	27,27	27,44	26,09
Anlagedeckungsgrad I: EK/AV	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04

Bis zur Fertigstellung der Wasserwelt im Jahr 2014 erhöhte sich die Bilanzsumme deutlich. Dieses war durch die wachsende Kreditaufnahme und die steigende Aktivierung des Baukörpers bedingt. Ab dem Jahr 2015 sinkt die Bilanzsumme wieder, da dann die Abschreibungen und Kredittilgungen eine Reduzierung der Positionen Sachanlagen und Verbindlichkeiten bewirken.

Erst nach endgültiger Klärung der strittigen Forderungen und Gegenforderungen können die Gesamtkosten für den Bau des Freizeitbades beziffert werden.

Die Bilanzkennzahlen sind auf Grund des Umstandes, dass die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH ein auf Dauer angelegter Zuschussbetrieb im Bereich der Daseinsvorsorge ist, nicht aussagekräftig.

Anlage 1

Erfolgsvorschau - Wasserwelt	2016 T€ Vorschau	2017 T€ Plan	2018 T€ Plan	2019 T€ Plan	2020 T€ Plan
1. Umsatzerlöse	2.424	2.409	2.482	2.504	2.513
2. Sonstige betriebliche Erträge	47	-	-	-	-
	2.471	2.409	2.482	2.504	2.513
3. Materialaufwand	-1.039	-999	-1.029	-1.055	-1.083
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-66	-67	-73	-75	-76
b) Bezogene Leistungen und Waren	-973	-932	-956	-980	-1.006
4. Personalaufwand	-2.875	-2.737	-2.858	-2.925	-3.006
5. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.644	-1.703	-1.733	-1.756	-1.760
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-868	-763	-727	-737	-749
7. Sonstige Steuern	-	-	-	-	-
Betriebsergebnis	-3.956	-3.793	-3.865	-3.969	-4.084
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-	-	-
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-992	-948	-912	-818	-726
Zinsergebnis	-992	-948	-912	-818	-726
10. Jahresergebnis Wasserwelt	-4.948	-4.741	-4.777	-4.787	-4.810

Anlage 2**Erfolgsvorschau - Bäderbestand**

	2016 T€ Vorschau	2017 T€ Plan	2018 T€ Plan	2019 T€ Plan	2020 T€ Plan
1. Umsatzerlöse	1.741	1.832	1.420	1.426	1.826
2. Sonstige betriebliche Erträge	11	-	-	-	-
	1.752	1.832	1.420	1.426	1.826
3. Materialaufwand	-803	-822	-731	-752	-879
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-56	-56	-52	-53	-54
b) Bezogene Leistungen und Waren	-748	-766	-679	-699	-825
4. Personalaufwand	-2.853	-3.134	-3.103	-3.143	-3.275
5. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-640	-667	-640	-726	-878
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-878	-736	-705	-713	-764
7. Sonstige Steuern	-2	-2	-2	-2	-2
Betriebsergebnis	-3.424	-3.529	-3.761	-3.909	-3.972
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-	-	-
9. Zinsen und ähnliche Aufwen- dungen	-112	-97	-107	-150	-177
Zinsergebnis	-112	-97	-107	-150	-177
10. Jahresergebnis Bäderbestand	-3.536	-3.626	-3.868	-4.059	-4.149

<i>Betreff:</i> Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH Wirtschaftsplan 2017

<i>Organisationseinheit:</i> DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat	<i>Datum:</i> 25.11.2016
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	<i>Sitzungstermin</i> 08.12.2016	<i>Status</i> Ö
---	-------------------------------------	--------------------

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, den Wirtschaftsplan der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2017 in der vom Aufsichtsrat am 15. November 2016 gebilligten Fassung zu beschließen.“

Sachverhalt:

Gemäß § 12 Ziffer 3 Buchst. a des Gesellschaftsvertrages der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) entscheidet die Gesellschafterversammlung über die Feststellung des Wirtschaftsplanes. Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchst. a der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 1. November 2016 wurde die Zuständigkeit hierfür für die Dauer der laufenden Wahlperiode auf den Finanz- und Personalausschuss (FPA) übertragen.

Im Hinblick auf die Harmonisierung des europäischen Rechtsrahmens wurde das neue Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) am 7. Januar 2015 beschlossen. Dies führt vom Geschäftsjahr 2016 an zu kleineren Ausweisänderungen u. a. in der Gewinn- und Verlustrechnung, im Anhang und im Lagebericht. Insbesondere bedeutet dies, dass künftig fast alle Erlöse den Umsatzerlösen zuzuordnen und kaum noch Beträge unter den sonstigen betrieblichen Erlösen auszuweisen sind. Zusätzlich entfallen auch die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen, die künftig im Betriebsergebnis auszuweisen sind.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat der vorgelegten Fassung der Wirtschaftsplanung 2017 in seiner Sitzung am 15. November 2016 seine Zustimmung erteilt.

Der Wirtschaftsplan 2017 der SBBG weist einen Zuschussbedarf von insgesamt 26.402 T€ aus, der sich aus dem Betriebsergebnis inklusive Steuern (-547 T€) und dem Zinsergebnis (-1.084 T€) der SBBG sowie dem Beteiligungsergebnis der Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften (-24.771 T€) zusammensetzt.

Im Rahmen der Aktivitäten zur Optimierung der Beteiligungsstruktur soll die Hafenerbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (HBG) in den steuerlichen Querverbund der SBBG einbezogen werden. Hierzu sollen noch bis Ende des Jahres 2016 rd. 94,9 % der Anteile rechtswirksam von der Stadt auf die SBBG übertragen werden. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Drucksachen-Nr.: 16-03244, eine Entscheidung ist in der Ratssitzung am 6. Dezember 2016 vorgesehen.

Daher ist auf Basis des zu noch zu schließenden Ergebnisabführungsvertrages im Plan 2017 erstmalig eine Ausschüttung der HBG an die SBBG in Höhe von 250 T€ im Beteiligungsergebnis berücksichtigt worden.

Aufgrund der fortgeschriebenen Ergebnisentwicklungen – vor allem im Beteiligungsergebnis der SBBG – ergibt sich gegenüber dem bisherigen Ansatz im städtischen Haushaltsplanentwurf 2017 von rd. -24.912 T€ ein um rd. 1.490 T€ höherer Verlustausgleichsbedarf für die SBBG.

Die sich ergebenden Veränderungen des Verlustausgleichsbedarfs im städtischen Ergebnishaushalt 2017ff sowie in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 sollen im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltsplanentwurfs 2017ff entsprechend berücksichtigt werden.

Die Ergebnisentwicklung stellt sich wie folgt dar:

	Ist	Plan	Prognose	Plan
	2015	2016	2016	2017
	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -
Betriebsergebnis SBBG*	-231	-654	-721	-367
<u>Erträge aus Beteiligungen</u>				
BVAG & Co. KG (25,1 %)	7.100	7.555	5.568	5.321
Nibelungen-Wohnbau-GmbH BS (49 %)**	0	1.000	1.710	1.483
Kraftverkehr Mundstock GmbH	159	176	158	169
Hafenbetriebsgesellschaft BS mbH	0	0	0	250
BS Bus- u. Bahnbetriebs-GmbH	1	1	1	1
<u>Aufwendungen aus Verlustübernahmen</u>				
Verkehrs-GmbH	-19.148	-18.848	-18.755	-19.913
Stadthalle (rd. 94,8 %)	-4.007	-3.882	-4.072	-4.142
Stadtbad (rd. 94,9 %)	-7.974	-8.386	-8.051	-7.940
Beteiligungsergebnis	-23.869	-22.384	-23.441	-24.771
Zins/Finanzergebnis	-1.195	-1.554	-1.204	-1.084
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	-125	-50	-50	-180
Ergebnis nach Steuern	-25.420	-24.642	-25.416	-26.402
außerordentliches Ergebnis	-67	-67	0	0
Jahresergebnis	-25.487	-24.709	-25.416	-26.402
Erträge aus Verlustübernahme	25.487	24.709	24.559	26.402
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	-857	0
* ohne "Steuern vom Einkommen und Ertrag", incl. "Sonstige Steuern"				
** Ausschüttungen erfolgen um ein Jahr zeitversetzt, da kein Ergebnisabführungsvertrag besteht.				
Darstellung ab Spalte "Prognose 2016" gem. BilRUG (die bisherige Position "ao Ergebnis" ist in der Position "Sonstige betriebliche Aufwendungen" im Betriebsergebnis der SBBG enthalten).				

Die Ergebnisentwicklung der SBBG wird hauptsächlich vom Beteiligungsergebnis bestimmt, das im Jahr 2017 einen Verlust von 24.771 T€ ausweist. Dies entspricht einer Quote von rd. 93,8 % des Gesamtverlustes.

Neben den erfolgten Anpassungen bei der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH sowie im Betriebs- und Zinsergebnis der SBBG hat hier der gegenüber den Vorjahren eingetretene deutliche Rückgang der Ausschüttungshöhe der Braunschweiger Versorgungs-AG Co. KG in Abhängigkeit von den veränderten Rahmenbedingungen auf dem Energiemarkt sowie aufgrund der bestehenden Prozessrisiken aus dem Stromliefervertrag mit der E.ON-Tochtergesellschaft Energy Sales GmbH einen erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der SBBG.

Weiterhin wurde in der Planung 2017 eine Dividendenausschüttung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH in Höhe von 1.483 T€ (disquotale Ausschüttung) berücksichtigt. Hierzu wird auf die Ausführungen zur Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig unter der Textziffer V der Vorlage verwiesen.

Die derzeitige Prognose für das Jahr 2016 weist einen Mehrbedarf von 857 T€ aus. Nach Vorliegen der endgültigen Jahresabschlüsse der SBBG-Konzerngesellschaften könnte sich dieser Betrag noch verändern. Es ist vorgesehen, dass der abschließend benötigte Mittelbedarf überplanmäßig durch den Rat der Stadt Braunschweig bereitgestellt wird (s. auch Erläuterungen auf Seite 7 des Wirtschaftsplans der SBBG).

I. Stadt Braunschweig Beteiligungs-GmbH

Das **Betriebsergebnis der SBBG (inklusive sonstige Steuern)** in 2017 beträgt -367 T€ und berücksichtigt im Personalaufwand unter Verzicht auf die Nachbesetzung einer Stelle eine Tarifierhöhung von 2,35 % im Jahr 2017 für den Personalstand von 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für den Energie- und Gasbezug werden Kostenerhöhungen von jeweils 4 % p. a. angesetzt. Durch die im Jahr 2017 eintretende Vollabschreibung des Gebäudes Taubenstraße 7 verringern sich die Abschreibungen ab diesem Jahr deutlich. In der Position „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind ab der Prognose 2016 entsprechend den neuen BilRUG-Vorgaben auch die bisher im außerordentlichen Ergebnis auszuweisenden Umstellungseffekte bei den Pensionsrückstellungen in Höhe von 67 T€ pro Jahr enthalten.

Im Immobilienbereich entstehen Risiken im Hinblick auf die künftige Vermietungssituation der gesellschaftseigenen Gebäude Taubenstraße 7 (derzeitige Nutzung durch die BVAG & Co. KG und die VOLIM GmbH) und Wilhelmstraße 62 – 71 (derzeitige Nutzung durch die Landesschulbehörde) im Gesamtumfang von rd. 400 T€. Weitere Einzelheiten hierzu ergeben sich aus den Textziffern 3.2 - SBBG ohne Beteiligungsgesellschaften - und 7 - Chancen und Risiken - 2. Spiegelstrich des anliegenden Wirtschaftsplans 2017 der SBBG. Gleichwohl basiert die Planung auf einer Fortschreibung der aktuellen Vermietungssituation dieser Gebäude.

Die SBBG besitzt weiterhin unbebaute Grundstücke nördlich und südlich der Taubenstraße. Es wird angestrebt, diese zur Realisierung des zweiten Bauabschnitts des neuen Wohnquartiers Nördliches Ringgebiet und für die geplante Errichtung des sogenannten „Nordparks“ zu gegebener Zeit zu veräußern. Aufgrund der noch nicht ausverhandelten Einzelheiten sind mögliche Ergebniswirkungen aus diesen Grundstücksgeschäften nicht in die Wirtschaftsplanung 2017ff aufgenommen worden. Nach derzeitiger Einschätzung wird davon ausgegangen, dass sich hieraus für die SBBG selbst keine oder nur geringe Ergebnisauswirkungen ergeben werden.

Das **Zinsergebnis** (-1.084 T€ in 2017) entwickelt sich trotz rückläufiger Zinserträge weiterhin positiv. Maßgeblich hierfür sind planmäßig ausgelaufene Darlehensverbindlichkeiten und günstige Zinskonditionen bei den im Jahr 2016 erfolgten Darlehensneuaufnahmen. Zudem sind im Zinsergebnis auch Abzinsungseffekte im Zusammenhang mit der Bildung von Pensionsrückstellungen enthalten. Durch eine gesetzliche Änderung, nach der hierbei der Durchschnitt der letzten 10 Jahre (bisher 7 Jahre) anzusetzen ist, ergibt sich pro Jahr zunächst eine geringere Rückstellungsbildung.

Das **Beteiligungsergebnis 2017** beträgt -24.771 T€. Die sich im Finanzplanungszeitraum ergebenden Schwankungen – vor allem im Jahr 2020 sind insbesondere durch die Ergebnisabführung der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG bedingt. Zur Ergebnisentwicklung der Beteiligungsgesellschaften wird auf die Ausführungen zu den Textziffern II bis VI verwiesen.

Die bisher im **außerordentlichen Ergebnis** zwingend auszuweisenden Umstellungseffekte bei den Pensionsrückstellungen sind nach dem zum 23. Juli 2015 in Kraft getretenen Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) nunmehr in der Position „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ auszuweisen.

Der **Investitionsplan 2017** der SBBG hat einen Umfang von 375 T€. Neben Ersatzeinvestitionen im Bereich der IT-Ausstattung (15 T€ in 2017 - 2020) sowie der Erstellung von Planungskonzepten für die Gebäude Wilhelmstraße 62 – 71 und Neue Knochenhauerstraße 5 (130 T€) im Hinblick auf eine künftige Verwendung sind im Gebäude Taubenstraße 7 für erforderliche Maßnahmen im Bereich der Sicherheitsbeleuchtung 230 T€ eingeplant.

II. Kraftverkehr Mundstock GmbH (KVM)

Gemäß § 10 Abs. 2 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages der KVM bedarf der Wirtschaftsplan der Gesellschaft der Zustimmung des Aufsichtsrates der KVM. Eine Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung ist nicht vorgesehen. Der Aufsichtsrat der Kraftverkehr Mundstock GmbH wird die Wirtschaftsplanung 2017 in seiner Sitzung am 30. November 2016 beraten. Sollte seine Zustimmung nicht erfolgen, wird ergänzend berichtet.

Die wesentliche Geschäftstätigkeit des Unternehmens besteht in der Durchführung von Auftragsverkehren auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs mit Omnibussen. Hierfür stellt die Gesellschaft auf vertraglicher Grundlage insbesondere der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) Fahrer und Fahrzeuge zur Verfügung, die im Linienverkehr eingesetzt werden. Daneben betreibt die Gesellschaft eigene Linienverkehre auf zwei konzessionierten Linien im Braunschweiger Umland.

Zudem bestehen Dienstleistungsverträge mit der Peiner Verkehrsgesellschaft mbH (PVG) und der Magdeburg Nutzfahrzeug-Service-GmbH (MNS). Gemäß der bestehenden Anwendungsvereinbarung mit der BSVG wurde die Quote für Subunternehmerleistungen auf ca. 20 % reduziert.

Nach Veräußerung eines 49,04 %-igen Geschäftsanteils der MNS wurde der bestehende Ergebnisabführungsvertrag im Jahr 2012 gekündigt. Somit erfolgt eine Ausschüttung erst mit der Beschlussfassung über die Verwendung des Jahresergebnisses und damit um ein Jahr zeitversetzt gegenüber der ursprünglichen Regelung.

Ein Ergebnisabführungsvertrag besteht somit nur mit der Mundstock Reisen GmbH.

Die PVG als weitere Tochtergesellschaft der KVM erbringt seit dem 1. August 2006 ÖPNV-Leistungen im Stadtgebiet und im Landkreis Peine. Die KVM ist für diese Leistungen Inhaber der Linienkonzessionen, die Betriebsführung wurde auf die PVG übertragen.

Die KVM erwartet für das Planjahr 2017 bei unverändertem Personalbestand ein Ergebnis in Höhe von rd. 169 T€, wobei Gewinnabführungen in Höhe von rd. 113 T€ (MNS: 51 T€ und Mundstock Reisen: 62 T€) prognostiziert werden. Im Finanzplan der KVM sind für 2017 Investitionen im Umfang von 365 T€ vorgesehen. Hiervon entfallen 150 T€ auf die Erneuerung der Tankanlage und des Ölabscheiders im Betriebshof Wedtlenstedt sowie 215 T€ auf die Beschaffung eines Solo-Linienbusses im Rahmen der mit der BSVG abgestimmten Beschaffungsstrategie.

Im Jahr 2017 werden nach Abstimmung mit den Gesellschaftern Optimierungen der strategischen Ausrichtung der KVM-Gruppe weiterverfolgt.

III. Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BVAG)

Nach der Wirtschaftsplanung 2017 der BVAG wird für 2017 ein Jahresüberschuss von 21,2 Mio. € erwartet. Der an die SBBG abzuführende Ergebnisanteil beträgt 25,1 % bzw. rd. 5.321 T€.

Durch die unerwartete Klageabweisung durch das Landgericht München im Verfahren gegen die E.ON-Tochtergesellschaft Energy Sales GmbH ist die für 2017 vorgesehene Auflösung der Drohverlustrückstellung in Höhe von rd. 9,7 Mio. € nicht realisierbar. Ein rechtskräftiges Urteil wird nicht vor 2020 erwartet, sodass es zu einer zeitlichen Verschiebung der Auflösung der Drohverlustrückstellung kommt. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen auf den Energiemärkten berücksichtigt der Wirtschaftsplan einen Rückgang des operativen Geschäfts, der durch Gegensteuerungsmaßnahmen ausgeglichen werden soll. Gegenüber der bisherigen Einplanung (Abführung: 8.283 T€) wird daher im Wirtschaftsjahr 2017 der o. a. Rückgang prognostiziert.

Durch den mit Wirkung vom 1. Januar 2005 vollzogenen Formwechsel der BVAG in eine Personengesellschaft wurde erreicht, dass die Möglichkeit der Verrechnung der aus der Beteiligung an der BVAG resultierenden Gewinne ohne Körperschaftsteuerbelastung mit Verlusten aus anderen Sparten auf Ebene der SBBG wieder erfolgen kann.

Im Hinblick auf die Ergebnisentwicklung der BVAG wird auf die Mitteilung an den Finanz- und Personalausschuss (Drucks.-Nr.: 16-03102) zur Sitzung am 20. Oktober 2016 verwiesen.

IV. Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG)

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der SBBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der BSVG der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG. Für die erforderliche Weisung ist ein separater Beschluss des FPA erforderlich. Hierzu wird auf die Drucks.-Nr.: 16-03289 zur heutigen Sitzung verwiesen.

V. Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (Niwo)

Die Ergebnisse der Niwo fließen um ein Jahr versetzt in den Jahresabschluss der SBBG ein, da hier weder ein Ergebnisabführungsvertrag besteht noch Abschlagszahlungen auf das Jahresergebnis zu leisten sind. Unter Berücksichtigung der zwischen der Niwo und ihren Gesellschafterinnen Stadt Braunschweig und SBBG abgeschlossenen Dividendenvereinbarung vom 7. März 2016 entfällt auf die SBBG auf Basis der Ergebnisprognose 2016 der Niwo eine Dividendenzahlung in Höhe von 1.483 T€ im Jahr 2017. Der Anweisungsbeschluss im Hinblick auf die Stimmbindung der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der SBBG zur Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2017 wurde nach Beratung im Aufsichtsrat der Niwo am 23. September 2016 bereits durch den FPA in seiner Sitzung am 20. Oktober 2016 gefasst. Hierzu wird auf die Drucks.-Nr.: 16-03055 verwiesen.

VI. Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH (Stadthalle)

Die Wirtschaftsplanung der Stadthalle für das Geschäftsjahr 2017 ist vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 18. Oktober 2016 gebilligt worden. Der Anweisungsbeschluss zur Stimmbindung der Vertreter der Stadt in den Gesellschafterversammlungen der Stadthalle und der SBBG zur Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2017 erging bereits in der FPA-Sitzung am 20. Oktober 2016. Hierzu wird auf die Drucks.-Nr.: 16-03094 Bezug genommen.

VII. Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (Stadtbad)

Der Anweisungsbeschluss für die Wirtschaftsplanung 2017 der Stadtbad wurde nach Zustimmung des Aufsichtsrates der Gesellschaft am 21. Oktober 2016 bereits in der FPA-Sitzung am 24. November 2016 gefasst (S. Drucks.-Nr.: 16-03113).

Die Wirtschaftspläne 2017 der SBBG und der KVM sind als Anlage beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

Wirtschaftspläne 2017 SBBG und KVM

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Wirtschaftsplan 2017

und

mittelfristige Unternehmensvorschau

Inhaltsübersicht

	<u>Seite</u>
1. Allgemeines	3
2. Personalplan	4
3. Ergebnisplan	5
3.1 SBBG gesamt	5
3.2 SBBG ohne Beteiligungsgesellschaften	8
3.3 Konzern SBBG	11
4. Investitionsplan	12
5. Finanzplan	13
6. Bilanzplan	15
7. Chancen und Risiken	17

1. Allgemeines

Die Kernaufgabe der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) besteht im Halten, Verwalten und in der Steuerung von Beteiligungsunternehmen. In ihrer zentralen Funktion agiert sie somit als Finanzholding. Dabei wird insbesondere die steuerliche Organschaft zwischen dem Verkehrs- und dem Versorgungsbereich sichergestellt, die im Konzern letztlich Ertragsteuern in erheblichem Umfang erspart.

Neben den daraus resultierenden Aufgaben im Bereich des Rechnungswesens, der Beteiligungssteuerung und des Liquiditätsmanagements werden von der SBBG kaufmännische Dienstleistungen speziell im Bereich des Finanz- und Rechnungswesens, des Controllings und der Unternehmensführung erbracht. Darüber hinaus verfügt sie noch über - allerdings nicht betriebsnotwendige - Immobilien und ist insofern im Bereich des Immobilienmanagements aktiv.

Die Planansätze basieren überwiegend auf dem Kenntnisstand Oktober 2016. Bei der Erarbeitung der Planung wurden insbesondere folgende wesentliche Prämissen berücksichtigt:

- Das sogenannte Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) wird vom Geschäftsjahr 2016 an zu kleineren Ausweisänderungen u. a. in der Gewinn- und Verlustrechnung und im Anhang führen. Insbesondere werden die früher im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesenen Sachverhalte nun im Betriebsergebnis gezeigt; die bis zum Plan 2016 noch aufgeführte Position „außerordentliches Ergebnis“ gibt es nicht mehr.
- Im Personalbereich wurde für das Jahr 2017 eine Tarifierhöhung von 2,35 % berücksichtigt. Für 2018 - 2020 sind Tarifierhöhungen von jeweils 1,5 % p. a. eingeplant.
- Für den Energie- und Gasbezug wurden Kostenerhöhungen von jeweils 4 % p. a. berücksichtigt. Für weitere Kostenpositionen sind keine signifikanten Erhöhungen geplant.
- Im Immobilienbereich bestehen zahlreiche Unwägbarkeiten und Risiken. Insbesondere für die Immobilie Wilhelmstraße ist offen, wann das aktuelle Mietverhältnis von Seiten des Mieters beendet wird und ob eine direkte Anschlussvermietung realisiert werden kann. Für diese Immobilie und für die Immobilie Taubenstraße 7 ist im Zahlenwerk der Planung gleichwohl die aktuelle Vermietungssituation fortgeschrieben worden; die bestehenden Risiken werden unter Punkt 7 ausführlich abgebildet und erläutert.
- Es ist vorgesehen, dass noch im Jahr 2016 rd. 94,9 % der Anteile an der Hafenerbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH von der Stadt Braunschweig auf die SBBG übertragen werden. Vom Jahr 2017 an ist deshalb auch die Hafenerbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH in der Planung mit berücksichtigt.
- Kurzfristige Liquiditätsüberhänge werden im Cashpool der Stadt Braunschweig angelegt. Kurzfristige Liquiditätsfehlbeträge werden aus dem Cashpool der Stadt Braunschweig gedeckt. Der in den letzten Jahren entstandene langfristige bis unbefristete Kapitalbedarf, der bisher über den Cashpool der Stadt finanziert wurde, wurde Anfang 2016 umfinanziert; langfristige Darlehensaufnahmen sind insofern im Planungszeitraum nicht vorgesehen.

- Es sind Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafterin Stadt Braunschweig in Höhe der bei SBBG voraussichtlich entstehenden Verluste geplant. Im Haushalt der Stadt Braunschweig erfolgt im Rahmen der Fortschreibung des städtischen Haushaltsplanentwurfs 2017 ff. eine korrespondierende Einplanung.

2. Personalplan

(Alle Daten zum: 31.12. des jeweiligen Jahres)

	2016 Plan	2016 Vorschau	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan	2020 Plan
Mitarbeiter	11,0	11,0	10,0	10,0	10,0	10,0
Personen	11,0	11,0	10,0	10,0	10,0	10,0
Mitarbeiterjahre	9,96	9,96	8,96	8,96	8,96	8,96

Der Personalstand der SBBG wurde zum Ende des Jahres 2015 um eine Stelle reduziert. Die SBBG hat somit aktuell einen Personalstand von 11 Mitarbeitern. Im Jahr 2017 wird ein der SBBG zugewiesener Mitarbeiter ausscheiden, der aber bis dahin überwiegend Aufgaben für andere Konzerngesellschaften wahrnimmt. Hier ist keine Wiederbesetzung vorgesehen. Der Personalstand der SBBG wird insofern vom Jahr 2017 an bei 10 liegen. Sechs Mitarbeiter arbeiten dabei in Teilzeit, so dass z. B. die Kapazität der für 2017 geplanten 10 Mitarbeiter 8,96 Mitarbeiterjahren entspricht.

Sofern sich der aktuelle Aufgabenumfang nicht wesentlich verändert, werden diese Kapazitäten auch künftig benötigt. Für die Stelle eines im Planungszeitraum altersbedingt ausscheidenden Mitarbeiters ist eine Wiederbesetzung eingeplant. Im Zuge der Überlegungen zur Optimierung der Beteiligungsstruktur und –prozesse im Konzern Stadt Braunschweig wird u. a. aber auch das Zusammenspiel zwischen dem Fachbereich Finanzen, der SBBG und anderen Gesellschaften betrachtet. Dabei wird z. B. auch die Erbringung weiterer zentraler Dienstleistungen für die Konzerngesellschaften in die Überlegungen mit einbezogen. Möglicherweise ergibt sich daraus auf mittlere Sicht Anpassungsbedarf, der dann auch auf den Stellenplan der SBBG Auswirkungen haben könnte.

3. Ergebnisplan

3.1 SBBG gesamt

Das Ergebnis der SBBG setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen, dem Beteiligungsergebnis, dem Betriebsergebnis und dem Zinsergebnis. Das außerordentliche Ergebnis gibt es wie o. a. im Zuge des BilRUG nicht mehr; es wird im Plan 2016 letztmalig ausgewiesen und ist von der Vorschau 2016 an im Betriebsergebnis enthalten. Vom Plan 2017 an ist erstmalig die Hafendienstleistungsgesellschaft Braunschweig mbH mit berücksichtigt. In der folgenden Aufstellung ist die Ergebnisentwicklung dargestellt:

	2016 Plan T Euro	2016 Vorschau T Euro	2017 Plan T Euro	2018 Plan T Euro	2019 Plan T Euro	2020 Plan T Euro
Braunschweiger Versorgungs- AG & Co. KG	7.555	5.568	5.321	6.677	5.823	17.796
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	-18.848	-18.755	-19.913	-19.910	-19.946	-19.806
Kraftverkehr Mundstock GmbH	176	158	169	193	184	185
Braunschweiger Bus und Bahnbetriebs- Gesellschaft mbH	1	1	1	1	1	1
Nibelungen-Wohnbau-GmbH	1.000	1.710	1.483	1.000	1.535	2.272
Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	-3.882	-4.072	-4.142	-3.873	-4.031	-4.152
Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	-8.386	-8.051	-7.940	-8.204	-8.394	-8.502
Hafendienstleistungsgesellschaft Braun- schweig mbH	0	0	250	160	160	150
Beteiligungsergebnis	-22.384	-23.441	-24.771	-23.956	-24.668	-12.056
Stadt Braunschweig Beteiligungs-GmbH						
Betriebsergebnis	-704	-771	-547	-762	-829	-698
Zinsergebnis	-1.554	-1.204	-1.084	-874	-790	-677
Außerordentliches Ergebnis	-67	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	-24.709	-25.416	-26.402	-25.592	-26.287	-13.431
Verlustausgleich durch die Stadt BS	24.709	24.559	26.402	25.592	26.287	13.431
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	0	-857	0	0	0	0

Im **Beteiligungsergebnis** werden die auf die SBBG entfallenden Ergebnisanteile der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG, der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, der Kraftverkehr Mundstock GmbH, der Braunschweiger Bus und Bahnbetriebs-Gesellschaft mbH, der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH sowie der Stadtbad Sport und Freizeit GmbH und vom Planjahr 2017 an auch der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH desselben Jahres berücksichtigt. Zusätzlich ist noch der aus dem Vorjahresergebnis an die SBBG ausgeschüttete Ergebnisanteil der Nibelungen-Wohnbau-GmbH enthalten.

Das **Beteiligungsergebnis** wird im Planjahr 2017 rd. -24,8 Mio. Euro betragen.

Die Ergebnisse der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG haben sich ggü. den sehr hohen Gewinnen der Vorjahre rückläufig entwickelt. Dies ist insbesondere auf die Veränderung der Rahmenbedingungen auf den Energiemärkten zurückzuführen, die dazu führen, dass bestehende Kohlekraftwerke und moderne Kraftwerke nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Darüber hinaus werden die vorgesehenen Auflösungen von Rückstellungen aufgrund einer erstinstanzlich verlorenen Klage erst später als ursprünglich geplant vorgenommen werden können. Trotz unverändert positiver Erwartungen hinsichtlich des Klageausgangs kommt es dadurch zu einer Verschiebung von positiven Ergebniseffekten in spätere Jahre.

Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH plant für 2017 einen Verlust von rd. 19,9 Mio. Euro. Für die Folgejahre werden Verluste in derselben Größenordnung entstehen. Eventuelle Streckenaus- oder Streckenneubauten, die im Rahmen eines Stadtbahnentwicklungskonzeptes zurzeit diskutiert werden, sind in der Planung der Gesellschaft nicht berücksichtigt.

Die Kraftverkehr Mundstock GmbH plant einen positiven Ergebnisbeitrag von jeweils rd. 0,2 Mio. Euro p. a. Die Kernaufgabe dieser Gesellschaft besteht in der Erbringung von Fahrleistungen für die Verkehrs-GmbH.

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH entwickelt sich im Planungszeitraum sehr positiv. Sie hat ihr bisheriges Kerngeschäft deutlich erweitert und u. a. den Bau der IGS Weststadt sowie einige andere Projekte organisiert. Im Planungszeitraum wird sie maßgeblich an der Entwicklung der neuen Wohnquartiere Nördliches Ringgebiet und Alsterplatz beteiligt sein. Die Ergebnisse der Gesellschaft werden sich weiterhin positiv entwickeln.

Im Beteiligungsergebnis der SBBG wird die von der Gesellschaft an die SBBG ausgeschüttete Dividende ergebniswirksam gezeigt. Da die Gesellschaft positive Ergebnisse erwirtschaftet, stellte sich in der Vergangenheit stets die kontrovers diskutierte Frage, welche Teilbeträge ausgeschüttet und welche in die Rücklagen eingestellt werden sollen. Anfang des Jahres 2016 wurde dazu eine Vereinbarung zwischen der Gesellschaft, der Stadt Braunschweig und der SBBG über die Ergebnisverwendung abgeschlossen, die die Aufteilung des Jahresergebnisses regelt und den Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt. Diese Vereinbarung wurde erstmals für die Verwendung des Jahresergebnisses 2015 angewendet. Auf Basis der von der Gesellschaft nun geplanten Ergebnisse ergeben sich die abgebildeten Ausschüttungen an die SBBG.

Der auf die SBBG entfallende Verlust der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH wird im Planjahr 2017 bei rd. -4,1 Mio. Euro liegen. In den Folgejahren schwankt dieser Wert zwischen -3,9 Mio. Euro und -4,2 Mio. Euro. Die Sanierung des Stadthalengebäudes ist in der Planung der Gesellschaft noch nicht abgebildet.

Der auf die SBBG entfallende Ergebnisanteil der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH liegt im Jahr 2017 bei -7,9 Mio. Euro. Dieser Wert wird sich im weiteren Planungszeitraum leicht erhöhen, liegt dabei aber unter den Ansätzen der letztjährigen Planung. Hier greifen die eingeleiteten Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung, insbesondere beim neuen Freizeit- und Erlebnisbad „Wasserwelt“.

Wie o. a. sollen noch im Jahr 2016 rd. 94,9 % der Anteile an der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH von der Stadt auf die SBBG übertragen werden. Damit steht der SBBG anteilig auch der auszuschüttende Teil des Jahresergebnisses 2016 zu, über den im Frühjahr 2017 eine Ergebnisverwendungsentscheidung herbeigeführt wird. Für die Ergebnisse der Jahre 2017 ff wird dann ein Ergebnisabführungsvertrag greifen, der aus steuerlicher Sicht notwendig wird. Die Ergebnisse dieser Jahre können dann zeitgleich von der SBBG vereinnahmt werden. Im Jahr 2017 hat die SBBG insofern in ihrer Planung den auf sie entfallenden Ergebnisanteil des Jahres 2016 sowie das Ergebnis des Jahres 2017 abgebildet. Dabei wurde planerisch zunächst von der Prämisse ausgegangen, dass je die Hälfte der künftigen Jahresergebnisse vor Steuern ausgeschüttet und thesauriert werden. Damit soll aber keine Vorfestlegung der genauen Modalitäten, wie künftig eine Ergebnisverwendung bei der Gesellschaft erfolgen soll, verbunden sein. Eine Abstimmung über das künftige Vorgehen muss noch erfolgen; diese soll möglichst im 1. Halbjahr 2017 abgeschlossen sein.

Das **Betriebsergebnis** und das **Zinsergebnis** werden im folgenden Kapital ausführlich dargestellt.

Unter Berücksichtigung aller Teilergebnisse entsteht bei der SBBG für das Jahr 2017 ein **Jahresfehlbetrag** in Höhe von rd. 26,4 Mio. Euro. Es ist vorgesehen, dass dieser Verlust durch die Stadt Braunschweig ausgeglichen wird, so dass sich nach Verlustausgleich ein **Bilanzgewinn / –verlust** von null ergibt.

In den Folgejahren liegen die Verluste zwischen 13,4 Mio. Euro und 26,3 Mio. Euro; die starke Schwankung ergibt sich durch die für das Jahr 2020 geplante Auflösung von Rückstellungen bei der BVAG & Co. KG. Auch hier ist geplant, dass diese Beträge vollständig durch die Stadt Braunschweig ausgeglichen werden sollen.

Die sich ergebenden Veränderungen des Verlustausgleichsbedarfs im städtischen Ergebnishaushalt 2017 ff sowie in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 werden im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltsplanentwurfs 2017 ff entsprechend berücksichtigt. (Anmerkung: Im Jahr 2016 wird der Verlust der SBBG höher sein als ursprünglich geplant. Im Haushalt der Stadt Braunschweig ist die Verlustübernahme insofern mit einem etwas geringeren Wert als nun prognostiziert berücksichtigt. Es entsteht also zunächst eine Differenz, da der tatsächlich entstehende Verlust auf dieser Basis nicht vollständig ausgeglichen werden kann. Es ist gleichwohl vorgesehen, dass die Stadt Braunschweig auch diese Differenz ausgleicht. Da der dazu nötige Beschluss aber erst im Jahr 2017 nach Vorliegen der endgültigen Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften erfolgen kann, wird bis dahin bei der SBBG ein Bilanzverlust gezeigt.)

3.2 SBBG ohne Beteiligungsgesellschaften

In der folgenden Aufstellung ist die Entwicklung des „eigenen“ Jahresergebnisses der SBBG ohne Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsgesellschaften dargestellt. Dabei sind die einzelnen Ergebniskomponenten - das Betriebsergebnis, das Zinsergebnis und (bis zum Plan 2016) das außerordentliche Ergebnis - erkennbar:

	2016 Plan T Euro	2016 Vorschau T Euro	2017 Plan T Euro	2018 Plan T Euro	2019 Plan T Euro	2020 Plan T Euro
Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge	1.831	1.831	1.863	1.785	1.789	1.796
Materialaufwand	-473	-476	-588	-689	-762	-548
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-132	-135	-126	-130	-135	-151
b) Bezogene Leistungen	-341	-341	-462	-559	-627	-397
Personalaufwand	-842	-842	-877	-930	-949	-969
Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-556	-556	-89	-64	-66	-67
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-558	-621	-614	-612	-614	-618
Sonstige Steuern	-106	-107	-242	-252	-227	-292
Betriebsergebnis	-704	-771	-547	-762	-829	-698
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	117	109	70	43	27	13
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.671	-1.313	-1.154	-917	-817	-690
Zinsergebnis	-1.554	-1.204	-1.084	-874	-790	-677
Außerordentliches Ergebnis	-67	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	-2.325	-1.975	-1.631	-1.636	-1.619	-1.375

Im **Betriebsergebnis** der SBBG wird das operative Geschäft der Gesellschaft abgebildet. Der Dienstleistungsbereich ist sehr stabil. Ergebnisschwankungen, Chancen und Risiken ergeben sich insbesondere aufgrund von Entwicklungen im Immobilienbereich. Folgende Punkte sind besonders herauszuheben:

- Immobilien

Nach der in den letzten Jahren erfolgten Bereinigung des Immobilien-Portfolios besitzt die SBBG noch die Gebäude Taubenstraße 7 (Bauteile B1 - B4), Wilhelmstraße 62 - 71 sowie Neue Knochenhauerstraße 5. Darüber hinaus besitzt sie unbebaute Grundstücke, vor allem große Flächen nördlich und südlich der Taubenstraße. Ein Teil davon wurde im Jahr 2014 an die Nibelungen-Wohnbau-GmbH im Zusammenhang mit dem neuen Wohnquartier Nördliches Ringgebiet veräußert.

Die entsprechenden Planungen zum zweiten Bauabschnitt des neuen Wohnquartiers sind zwischenzeitlich weiter vorangetrieben worden. Es wird angestrebt, dass die SBBG im Jahr 2017 weitere Teilflächen an die Nibelungen-Wohnbau-GmbH veräußert, die diese für die Entwicklung des Quartiers benötigt. Für die bisher als Parkplätze genutzten Flächen soll die SBBG Ersatzflächen an der Taubenstraße zur Nutzung überlassen bekommen. Die genauen Einzelheiten werden zurzeit noch verhandelt. Die eventuellen Ergebnisauswirkungen können deshalb noch nicht quantifiziert werden; es wird aber davon ausgegangen, dass letztlich auf Ebene der SBBG keine oder nur geringe Ergebnisauswirkungen entstehen.

Darüber hinaus sollen eventuell weitere Flächen für die geplante Errichtung des sogenannten Nordparks durch die Stadt Braunschweig angekauft werden. Auch hierzu werden Einzelheiten erst noch zu besprechen sein. Es werden aber letztlich keine oder nur geringe Ergebnisauswirkungen erwartet.

Eine explizite Abbildung dieser beiden Vorhaben ist im Plan vor diesem Hintergrund nicht erfolgt.

Das Gebäude Taubenstraße 7 konnte nach dem im Jahr 2012 erfolgten Auszug der E.ON AVACON AG an die BVAG & Co. KG und an die VOLIM GmbH vermietet werden. Der Vertrag mit der BVAG & Co. KG läuft dabei bis zum 31. März 2018 und der Vertrag mit der VOLIM GmbH bis zum 28. Februar 2018. Es gibt zurzeit keine Anzeichen, dass einer der beiden Mieter den Vertrag kündigen könnte. Die Mietverhältnisse werden als störungsfrei und angenehm empfunden. Gespräche über eine Verlängerung der Verträge sind allerdings erst für das Jahr 2017 vorgesehen. In den Planungen wurde zunächst eine Verlängerung beider Mietverträge abgebildet. Unabhängig davon sind die heute als sinnvoll angesehenen Instandhaltungsmaßnahmen eingeplant. Maßnahmen zur Ertüchtigung des Bauteils B3 der Taubenstraße 7 wegen der vor einigen Jahren festgestellten Absenkung werden zurzeit nicht als notwendig erachtet und sind nicht berücksichtigt.

Das Gebäude Neue Knochenhauerstraße 5 ist bis Ende 2017 an die Stadt Braunschweig vermietet, die dort unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unterbringen wird. Entsprechende Mieterträge sind für diesen Zeitraum eingeplant.

Das Gebäude Wilhelmstraße 62 - 71 ist zurzeit an das Land Niedersachsen vermietet. Es wird erwartet, dass das Mietverhältnis vom Land Niedersachsen auf mittlere Sicht gekündigt wird und die in dem Gebäude untergebrachte Landesschul-

behörde zum Standort Grünewaldstraße umzieht. Frühestens wäre eine Kündigung zum Ende des Jahres 2017 möglich; sie müsste dafür bis Ende 2016 ausgesprochen werden. Es ist aus heutiger Sicht aber offen, wann eine Kündigung erfolgt. Von Seiten der SBBG wird für den Fall angestrebt, so schnell wie möglich eine Anschlussnutzung zu realisieren. Dabei wird auch geprüft, ob das Gebäude permanent oder temporär von der Stadt Braunschweig genutzt werden könnte. Alternativ wurden bereits Grundkonzepte für die Entwicklung des Gebäudes sowie des gesamten Standorts vorbereitet, zu dem auch umfangreiche Flächen gehören, die z. B. auch für Wohnzwecke genutzt werden könnten.

Bei einem Leerstand des Gebäudes würde sich das bisher in der Planung gezeigte Ergebnis um rd. 400 T Euro p. a. verschlechtern. Bei einer Anschlussvermietung und / oder einer Entwicklung des gesamten Standortes werden darüber hinaus eine Reihe von Ertüchtigungsmaßnahmen sowie Entwicklungskosten anfallen. Für eine Standortentwicklung müssen detaillierte Konzepte und genauere Daten erst noch erarbeitet werden, um eine Grundlage für entsprechende Entscheidungen zu haben: In der Planung wurde für das Jahr 2017 deshalb zunächst im Investitionsplan ein Betrag von 130 T Euro zur Konzeptentwicklung vorgesehen. Die genaue Höhe der Instandhaltungsmaßnahmen am Gebäude selbst hängt im hohen Maße auch von den naturgemäß noch nicht bekannten Anforderungen eines Nachmieters ab; vorsorglich wurden aber in den Jahren 2018 - 2020 jeweils 150 T Euro in der Planung berücksichtigt.

- Abschreibungen

Das Gebäude Taubenstraße 7 wird im Jahr 2017 vollständig abgeschrieben sein. Die Abschreibungen verringern sich von diesem Jahr an deshalb deutlich.

- Sonstiger betrieblicher Aufwand

In dieser Position werden wie o. a. auf Grund des BilRUG auch die bisher im außerordentlichen Ergebnis abgebildeten Aufwendungen gezeigt. Es handelt sich um einen Betrag von 67 T Euro p. a.

- Steuern

SBBG realisiert durch die steuerliche Organschaft nach wie vor erhebliche Steuervorteile, da die von der BVAG & Co. KG an die SBBG abgeführten Gewinne letztlich zu keiner bzw. nur zu einer geringen Belastung mit Körperschaftsteuer führen. Vom Jahr 2017 an soll auch die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH in die steuerliche Organschaft aufgenommen werden, so dass auch die von dieser Gesellschaft erwirtschafteten Gewinne nicht mehr durch Ertragssteuern belastet werden.

Unabhängig davon muss SBBG aber seit dem Geschäftsjahr 2009 die entstehenden Ergebnisse in mehrere Sparten aufteilen, die steuerlich separat betrachtet werden. In der Sparte 2 werden dabei alle Sachverhalte zusammengefasst, die nicht direkt mit dem Kerngeschäft zusammenhängen, wie z. B. der Reise- und der Immobilienbereich. Diese Sparte weist in der Regel ein positives steuerliches Ergebnis aus und führt somit zu einer Belastung mit Körperschaft- und Gewerbesteuer. Vor diesem Hintergrund ist in der Wirtschaftsplanung eine vorsichtige Einschätzung der möglicherweise in der Zukunft entstehenden Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuerzahlungen erfolgt. Die Steuern werden vor diesem Hintergrund

nach dem Jahr 2016 steigen, da sich durch die wegfallende Abschreibung des Gebäudes Taubenstraße 7 ein höheres Ergebnis in der Sparte 2 ergibt.

Das **Zinsergebnis** liegt im Planungszeitraum zwischen -0,7 Mio. Euro und -1,1 Mio. Euro. Es verbessert sich im Zeitablauf, weil einige Darlehen dann vollständig getilgt sein werden und insofern keine Zinsaufwendungen mehr verursachen. Weiterhin kommt zum Tragen, dass die im Jahr 2016 vorgenommenen Darlehensaufnahmen zu noch günstigeren Konditionen als ursprünglich geplant realisiert werden konnten.

Neben den eigentlichen Zinsen für die Aufnahme von Fremdkapital werden im Zinsergebnis auch Abzinsungseffekte im Zusammenhang mit der Bildung von Pensionsrückstellungen gezeigt. Dabei wurde der Zinssatz, der der Berechnung der langfristigen Pensionsrückstellungen zu Grunde gelegt wird, gesetzlich verändert. Während bisher der anzusetzende Zins als Durchschnitt des Zinses der letzten sieben Jahre ermittelt wurde, ist nun der Durchschnitt der letzten zehn Jahre anzusetzen. Dadurch entsteht ein höherer Durchschnittszins, der im Jahr 2016 zu einer geringeren Rückstellungsbildung als bisher und somit zunächst zu einer geringeren Ergebnisbelastung führt.

3.3 Konzern SBBG

Die SBBG ist Obergesellschaft eines Konzerns. Sie ist insofern verpflichtet, auch einen Konzern-Jahresabschluss aufzustellen. In diesen fließen die Aufwendungen und Erträge ihrer Tochtergesellschaften ein, die der SBBG zuzuordnen sind; Leistungsbeziehungen zwischen den einzelnen Gesellschaften werden eliminiert. Im Jahresabschluss wird auch für den Konzern eine Gegenüberstellung der Ist-Daten mit den geplanten Werten vorgenommen; insofern erfolgt auch auf Ebene des Konzerns SBBG eine Ergebnisplanung.

Die wesentlichen Daten dieser Planung sind in der folgenden Aufstellung abgebildet:

	2016 Plan T Euro	2016 Vorschau T Euro	2017 Plan T Euro	2018 Plan T Euro	2019 Plan T Euro	2020 Plan T Euro
Konzernjahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	-25.602	-25.730	-27.074	-25.063	-25.607	-12.106
Konzerngewinnvortrag (+) / -verlustvortrag (-)	-4.714	-4.714	-5.229	-5.247	-4.065	-2.712
Auf andere Gesellschafter entfallender Verlust	664	656	654	653	673	684
Verlustübernahme durch Stadt BS	24.709	24.559	26.402	25.592	26.287	13.431
Konzernbilanzgewinn (+) / -verlust	-4.943	-5.229	-5.247	-4.065	-2.712	-703

4. Investitionsplan

Die Investitionen stellen sich wie folgt dar:

	2016 Plan T Euro	2016 Vorschau T Euro	2017 Plan T Euro	2018 Plan T Euro	2019 Plan T Euro	2020 Plan T Euro
Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	258	10	375	15	15	15

Im Bereich der Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände sind im gesamten Planungszeitraum kontinuierliche Ersatzinvestitionen von je rd. 15 T Euro geplant. Diese umfassen PC's, Bildschirme und Drucker sowie Software.

Darüber hinaus ist berücksichtigt, dass für das Gebäude Taubenstraße 7 im Jahr 2017 sicherheitsrelevante Maßnahmen im Bereich der Sicherheitsbeleuchtung ergriffen werden müssen. Diese Maßnahme sollte ursprünglich bereits im Jahr 2016 vorgenommen werden, musste aber auf Grund der noch nicht abgeschlossenen Ausschreibung verschoben werden. Hierfür sind 230 T Euro eingeplant. Weiterhin sind für die o. a. Überplanung des Standortes Wilhelmstraße 62 - 71 / Neue Knochenhauerstraße 5 Mittel zur Erarbeitung von Vorplanungen und Konzepten in Höhe von 130 T Euro eingestellt.

Investitionen in das Finanzanlagevermögen sind nicht vorgesehen.

5. Finanzplan

	2016 Plan	2016 Vorschau	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan	2020 Plan
<u>Mittelherkunft</u>	T Euro	T Euro	T Euro	T Euro	T Euro	T Euro
Jahresergebnis	-24.709	-25.416	-26.402	-25.592	-26.287	-13.431
Abschreibungen	556	556	89	64	66	67
Weitere Korrekturposten zwischen Ergebnis- und Liquiditätsebene	25	818	-56	-1.366	854	-11.963
Cashflow	-24.128	-24.042	-26.369	-26.894	-25.367	-25.327
Tilgungsrückflüsse aus langfristigen Ausleihungen an verbundene Unter- nehmen						
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	1.336	1.335	1.010	716	623	450
Nibelungen-Wohnbau-GmbH	50	50	0	0	0	0
Tilgungsrückflüsse aus Arbeitgeber- darlehen	35	39	23	19	17	16
Darlehensaufnahmen	43.000	43.000	0	0	0	0
Einstellung in die Kapitalrücklage	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
Entnahme Cashpool	0	0	2.944	3.219	929	13.763
Verlustausgleich	24.709	24.559	26.402	25.592	26.287	13.431
Summe Mittelherkunft	46.002	45.941	5.010	3.652	3.489	3.333
<u>Mittelverwendung</u>						
Finanzbedarf Sachanlagen	258	10	375	15	15	15
Rückzahlung Cashpool	31.356	30.620	0	0	0	0
Anlage Cashpool	7.892	8.815	0	0	0	0
Tilgung langfristiger Fremdmittel	6.496	6.496	4.635	3.637	3.474	3.318
Summe Mittelverwendung	46.002	45.941	5.010	3.652	3.489	3.333

Die im Finanzplan abgebildete Situation wird auch in der Zukunft grundsätzlich unverändert bleiben.

Zur Tilgung von in der Vergangenheit aufgenommenen langfristigen Fremdmitteln sowie zur Finanzierung der Investitionen bei der SBBG werden liquide Mittel benötigt. Dabei

wurde unterstellt, dass aufgenommene Darlehen, die im Planungszeitraum das Ende ihrer Zinsbindungsfrist erreichen, nicht abgelöst, sondern prolongiert oder umgeschuldet werden. Dies betrifft im Planungszeitraum aber nur ein Darlehen. Der Cashflow ist im Planungszeitraum - bedingt durch die Verlustsituation - dauerhaft negativ. Tilgungsrückflüsse im Zusammenhang mit langfristigen Ausleihungen an verbundene Unternehmen verbessern die Liquiditätssituation leicht. Die Stadt Braunschweig gleicht die bei der SBBG entstehenden Verluste aus. Dadurch fließen der SBBG liquide Mittel zu, die ihre Liquiditätssituation entsprechend verbessern. Kurzfristige Liquiditätsbedarfe werden auch in Zukunft für begrenzte Zeiträume entstehen und sollen dann wieder aus dem Cashpool der Stadt Braunschweig gedeckt werden.

Insbesondere wird der Finanzplan aber durch die Anfang des Jahres 2016 erfolgte Umfinanzierung der bisher über den Cashpool der Stadt Braunschweig finanzierten Mittel geprägt. Dazu wurde am Kapitalmarkt ein Darlehen über 19 Mio. Euro aufgenommen; das Darlehen wird über zwanzig Jahre getilgt. Beim Pensionsfonds der Stadt Braunschweig wurde darüber hinaus ein endfälliges Darlehen über insgesamt 24 Mio. Euro mit einer Laufzeit von fünf Jahren aufgenommen. Hier ist im Jahr 2021 über eine Verlängerung oder Umschuldung zu entscheiden.

Mit beiden Beträgen wird letztlich der in der Vergangenheit erfolgte Erwerb der Anteile an der Nibelungen-Wohnbau-GmbH gegenfinanziert und auf eine längerfristig tragfähige Basis gestellt. Der SBBG sind Anfang des Jahres 2016 somit 43 Mio. Euro zugeflossen. Durch den Liquiditätszufluss können die bisher beim Cashpool aufgenommenen Mittel zurückgezahlt werden. Für begrenzte Zeit wird SBBG in den folgenden Jahren nun sogar Liquiditätsüberschüsse beim Cashpool anlegen können. Weiterer Darlehensbedarf wird aus heutiger Sicht erst nach dem jetzt betrachteten Planungszeitraum entstehen können.

Das am Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen von 19 Mio. Euro wird mit einem Betrag von rd. 1 Mio. Euro p. a. getilgt; entsprechende Mittel werden durch SBBG aber nicht erwirtschaftet. Es wurde deshalb vereinbart, dass die Stadt Braunschweig eine jährliche Einstellung in die Kapitalrücklage der Gesellschaft in Höhe von jeweils 1 Mio. Euro vornimmt. Damit fließen SBBG die zur Tilgung des Darlehens benötigten Mittel zu. Als „Gegenfinanzierung“ auf Seiten der Stadt dient die vorgesehene Gewinnabführung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH, die voraussichtlich mindestens 1 Mio. Euro p. a. beträgt. Dieser Betrag mindert zunächst den Verlust der SBBG und führt somit zu einem entsprechend geringeren Verlustausgleich auf Seiten der Stadt. Dadurch werden dort Beträge frei, die sonst für den Verlustausgleich der SBBG benötigt worden wären. Dies Vorgehen ist im Jahr 2016 erstmals auch so umgesetzt worden.

6. Bilanzplan

(Alle Daten zum: 31.12. des jeweiligen Jahres)

Aktiva	2016 Plan T Euro	2016 Vorschau T Euro	2017 Plan T Euro	2018 Plan T Euro	2019 Plan T Euro	2020 Plan T Euro
A. Anlagevermögen	84.329	84.112	83.364	82.580	81.889	81.371
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	0	0	0	0
II. Sachanlagen	2.092	1.884	2.170	2.121	2.070	2.018
III. Finanzanlagen	82.236	82.227	81.194	80.459	79.819	79.353
B. Umlaufvermögen	16.147	15.454	13.146	11.529	9.999	20.478
I. Vorräte	0	0	0	0	0	0
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	15.997	15.304	12.996	11.379	9.849	20.328
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	150	150	150	150	150	150
C. Rechnungsabgrenzungsposten	25	20	20	20	20	20
Summe Aktiva (Bilanzsumme)	100.501	99.586	96.530	94.129	91.908	101.869

Passiva						
A. Eigenkapital	37.937	37.080	38.937	39.937	40.937	41.937
I. Gezeichnetes Kapital	32.723	32.723	32.723	32.723	32.723	32.723
II. Kapitalrücklage	4.265	4.265	5.265	6.265	7.265	8.265
III. Gewinnrücklagen	949	949	949	949	949	949
IV. Bilanzgewinn	0	-857	0	0	0	0
B. Rückstellungen	4.595	4.639	4.384	4.637	4.905	5.048
C. Verbindlichkeiten	57.969	57.867	53.209	49.555	46.066	54.884
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0
Summe Passiva (Bilanzsumme)	100.501	99.586	96.530	94.129	91.908	101.869

Bilanzkennzahlen:

	2016 Plan	2016 Vorschau	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan	2020 Plan
<u>Eigenkapitalquote: EK/Bilanzsumme</u>	0,38	0,37	0,40	0,42	0,45	0,41
<u>Fremdkapitalquote: FK/Bilanzsumme</u>	0,62	0,63	0,60	0,58	0,55	0,59
<u>Verschuldungsquote: FK/EK</u>	1,65	1,69	1,48	1,36	1,25	1,43
<u>Anlagedeckungsgrad I: EK/AV</u>	0,45	0,44	0,47	0,48	0,50	0,52

Die Bilanzsumme der Gesellschaft wird Ende 2016 bei rd. 100 Mio. Euro liegen. Sie schwankt im Planungszeitraum und nimmt in der Tendenz leicht ab.

Auf der Aktivseite der Bilanz ist das Anlagevermögen weitgehend konstant; die abnutzbaren Vermögensgegenstände, insbesondere die Gebäude, sind bereits überwiegend abgeschrieben. Durch die abschmelzende Liquidität sinkt das Umlaufvermögen. Im Planjahr 2020 steigt es dann wieder an. Der wesentliche Grund liegt in der für dieses Jahr geplanten besonders hohen Gewinnabführung der BVAG & Co. KG. Diese ist zwar im Jahr 2020 ergebniswirksam, wird allerdings erst im Jahr 2021 gezahlt. Insofern entsteht am Ende des Jahres 2020 eine hohe Forderung.

Das Eigenkapital nimmt während des Planungszeitraums durch die vorgesehenen Einstellungen in die Kapitalrücklage kontinuierlich zu. Die Rückstellungen, insbesondere für Pensionsverpflichtungen sowie für Steuern, steigen leicht an. Beide Effekte werden aber durch die Entwicklung der Verbindlichkeiten überkompensiert. Die Verbindlichkeiten werden vor allem durch Tilgungen von Fremdkapital im Zeitablauf kontinuierlich reduziert. Erst im Jahr 2020 steigen sie wieder an, da für dieses Jahr eine höhere Inanspruchnahme des Cashpools geplant ist. Diese liegt ebenfalls in o. a. Gewinnabführung der BVAG & Co. KG begründet. Da die Zahlung der BVAG & Co. KG erst im Jahr 2021 erfolgt, entsteht bei der SBBG im Jahr 2020 für kurze Zeit Liquiditätsbedarf, der über den Cashpool gedeckt werden soll. Die durch diesen an sich positiven Ergebniseffekt entstehenden Auswirkungen bestehen aber nur temporär und werden Ende 2021 wieder verschwunden sein.

Die wesentlichen Bilanzkennzahlen haben sich in der Vergangenheit bereits stabilisiert. Vor allem durch die vorgesehenen Einstellungen in die Kapitalrücklage verbessern sie sich nun sogar recht deutlich. Die Eigenkapitalquote steigt im Planungszeitraum auf bis zu 45 %. Der Anlagendeckungsgrad I verbessert sich auf rd. 50 %. Insbesondere die Kennzahl Eigenkapitalquote weist somit einen sehr guten Wert auf.

7. Chancen und Risiken

Das Geschäft der Gesellschaft beinhaltet eine Reihe von Chancen und Risiken. Diese liegen vor allem in folgenden Bereichen:

- Entwicklung und Ergebnisse der Tochtergesellschaften: Die Ergebnisse der Tochtergesellschaften beeinflussen in hohem Maße das Ergebnis der SBBG. So liegen in den vom Plan abweichenden Ergebnisentwicklungen der Tochtergesellschaften auch Chancen und Risiken.
- Immobilien: Das in der Vergangenheit gesehene Vermietungs- und Instandhaltungsrisiko konnte durch die erfolgte Bereinigung des Portfolios deutlich reduziert werden. Das Gebäude Taubenstraße 7 ist zurzeit gut vermietet; eine Kündigung der Mietverträge ist erstmals zum Frühjahr 2018 möglich. Es wird zurzeit davon ausgegangen, dass eine Verlängerung der Mietverträge vereinbart werden kann. Letztlich besteht hier aber eine Risikoposition. Ein weiteres Risiko könnte zum Tragen kommen, wenn entgegen der heutigen Erwartung mittelfristig doch Erfüchtigungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Standsicherheit des Bauteils B3 in der Taubenstraße 7 notwendig werden.

Für den Standort Wilhelmstraße 62 – 71 wird wie o. a. erwartet, dass das Mietverhältnis auf mittlere Sicht vom Land Niedersachsen gekündigt wird. Eine Anschlussnutzung wird möglicherweise nicht sofort realisierbar sein. Zusätzlich könnten erhebliche Renovierungs- und Sanierungsaufwendungen nötig werden. Gegenläufig kann eine Chance durch eine langfristig vorstellbare andere Nutzung der Gebäude Wilhelmstraße 62 - 71 und Neue Knochenhauerstraße 5 sowie der zugehörigen Flächen entstehen. Eine Überplanung des gesamten Standortes wird deshalb vorangetrieben.

- Finanzbereich: Durch die Anfang 2016 erfolgte Aufnahme von Fremdkapital und gleichzeitige Ablösung der bisher über den Cashpool finanzierten Beträge ist ein Zinsänderungsrisiko im Planungszeitraum für diesen Sachverhalt nicht mehr zu erkennen. Risiken bestehen aber bei einem weiterhin sinkenden Zinsniveau derart, dass für die zurzeit vorhandenen Liquiditätsüberschüsse Verwahrgebühren (umgangssprachlich „Strafzinsen“) gezahlt werden müssen.
- Steuern: Im Konzern SBBG wird eine ertragsteuerliche Verrechnung der Gewinne und Verluste zwischen dem Verkehrs- und dem Versorgungs- sowie künftig auch dem Hafbereich realisiert; damit entstehen erhebliche Steuervorteile. Zurzeit wird kein erhöhtes Risiko für den Bestand der steuerlichen Organschaft gesehen. Die bestehende Situation ist ertragsteuerlich stabil.

Allerdings wird sporadisch von der Finanzverwaltung der Ausgleich von Verlusten bei kommunalen Gesellschaften thematisiert. Hier besteht zurzeit nach wie vor das Risiko, dass die Finanzverwaltung diese Zahlungen der Umsatzbesteuerung unterwerfen könnte. Im Rahmen der zurzeit laufenden Betriebsprüfung wurde dieser Punkt aber noch nicht thematisiert. Gegenläufig könnten - nach der vorgesehenen Übertragung von Anteilen an der Hafbetriebgesellschaft Braunschweig mbH auf die SBBG - durch eine Optimierung der Konzern- und Beteiligungsstruktur eventuell noch weitere Chancen zur Verbesserung der Steuerposition entstehen.

- Bilanzierung und Bewertung: Die Vermögensgegenstände der SBBG werden regelmäßig auf Werthaltigkeit geprüft; ggf. werden sie abgewertet. Zurzeit werden keine wesentlichen Werthaltigkeitsrisiken gesehen.

WIRTSCHAFTSPLAN 2017

MIT PLAN/VORSCHAU 2016

MITTELFRISTIGE UNTERNEHMENSVORSCHAU 2018 – 2020

1. Kraftverkehr Mundstock GmbH

- ⇒ Erfolgsübersicht
- ⇒ Personalplan
- ⇒ Investitionsplan

2. Mundstock Reisen GmbH

- ⇒ Erfolgsübersicht
- ⇒ Personalplan
- ⇒ Investitionsplan

3. Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH

- ⇒ Erfolgsübersicht
- ⇒ Personalplan
- ⇒ Investitionsplan

4. Peiner Verkehrsgesellschaft mbH

- ⇒ Erfolgsübersicht
- ⇒ Personalplan
- ⇒ Investitionsplan

1. Kraftverkehr Mundstock GmbH

Erfolgsplan

	Plan 2016 T€	Vorschau 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€	Plan 2019 T€	Plan 2020 T€
Umsatzerlöse	7.253	7.320	7.393	7.467	7.542	7.617
Sonstige betriebliche Erträge	402	450	455	459	464	468
Umsatzerlöse und Erträge gesamt	7.656	7.770	7.848	7.926	8.005	8.085
Materialaufwand	1.705	1.620	1.646	1.643	1.649	1.671
Personalaufwand	4.823	5.060	5.150	5.231	5.314	5.375
Abschreibungen	380	360	360	360	360	360
Sonstige betriebliche Aufwendungen	620	590	550	550	550	550
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21	20	20	22	23	25
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	82	85	86	83	82	80
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	66	75	76	81	74	75
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0
Sonstige Steuern	0	20	20	20	20	20
Erträge aus Beteiligungen (MNS)	50	56	51	51	51	51
Ergebnis ohne Tochtergesellschaft	116	111	107	112	105	106
Erträge/Verluste aus Gewinnabführungsverträgen (MR)	60	47	62	81	79	79
Ergebnis mit Tochtergesellschaft	176	158	169	193	184	185

Investitionsplan

Investitionsvorhaben in T€	Vorschau 9/2016	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
<u>Immaterielle VG</u>						
<u>Gebäude</u>	-	-	-	-	-	-
<u>Fahrzeuge</u>						
Linienbus	0	0	300	300	300	300
PKW	24	25	-	-	-	-
<u>Masch. Anlagen</u>	0	30	-	-	-	-
<u>Betriebs- und GA, GWG, EDV</u>						
Betriebshof Wedtlenstedt	6	30	150	50	20	20
Gesamt	30	85	450	350	320	320

Für 2017 ist auf dem BH Wedtlenstedt die Erneuerung der Tankanlage und des Ölabscheiders geplant.

Personalplan

	Vorschau 9/2016	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Angestellte	5	6	6	6	6	6
Gewerbliche	134	120	120	120	120	120
Auszubildende	1	1	1	1	1	1
kaufmännisch	1	1	1	1	1	1
gewerblich	0	0	0	0	0	0
Bestand	140	127	127	127	127	127

Anstieg durch Ersatz von Dauerkranken
23 Personale befristet

2. Mundstock Reisen GmbH

Erfolgsplan

	Plan 2016 T€	Vorschau 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€	Plan 2019 T€	Plan 2020 T€
Umsatzerlöse	2.965	2.580	2.590	2.910	2.988	3.048
Sonstige betriebliche Erträge	55	80	80	80	82	83
Umsatzerlöse und Erträge gesamt	3.020	2.660	2.670	2.990	3.070	3.131
Materialaufwand	1.220	970	985	1.238	1.260	1.287
Personalaufwand	920	875	893	940	999	1.055
Abschreibungen	430	400	360	360	360	360
Sonstige betriebliche Aufwendungen	355	330	330	330	330	330
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20	20	23	23	24	2
Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	75	65	80	99	97	97
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0
Sonstige Steuern	15	18	18	18	18	18
Erträge aus EAV	0	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	60	47	62	81	79	79

Investitionsplan

Investitionsvorhaben in T€	Vorschau 9/2016	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
<u>Fahrzeuge</u>						
Reisebus	700	700	600	600	600	700
PKW	35	20	-	15	-	-
<u>Betriebs- und GA, GWG, EDV</u>	1	20	20	20	20	20
Gesamt	736	740	620	635	620	720

Im Oktober 2016 musste ein verunfallter Reisebus außerplanmäßig ersetzt werden. Ab 2017 ist die Beschaffung von einem Reisebus pro Jahr vorgesehen. Damit ist eine kontinuierliche Fahrzeugneubeschaffung gesichert.

Personalplan

	Vorschau 9/2016	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Angestellte	7	8	8	8	8	8
Gewerbliche	18	16	16	16	16	16
Auszubildende	0	0	0	0	0	0
kaufmännisch	0	0	0	0	0	0
gewerblich	0	0	0	0	0	0
Bestand	25	24	24	24	24	24

4 befristete Personale

3. Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH

Erfolgsplan

	Plan 2016 T€	Vorschau 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€	Plan 2019 T€	Plan 2020 T€
Umsatzerlöse	1.621	1.645	1.652	1.682	1.713	1.745
Sonstige betriebliche Erträge	79	62	81	82	84	86
Umsatzerlöse und Erträge gesamt	1.701	1.707	1.732	1.764	1.797	1.830
Materialaufwand	908	912	926	944	963	983
Personalaufwand	398	401	406	414	422	431
Abschreibungen	15	15	16	16	16	17
Sonstige betriebliche Aufwendungen	235	235	239	244	249	254
dav. Kosten für Marketingmaßnahmen	10	10	10	10	10	10
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
Geschäftstätigkeit	135	134	136	136	136	136
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	35	35	35	35	35	35
Sonstige Steuern	1	1	1	1	1	1
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	99	98	100	100	100	100
Anteil KVM = 50,96	50	50	51	51	51	51
Anteil Schmid = 49,04	49	48	49	49	49	49

Investitionsplan

Investitionsvorhaben in T€	Vorschau 9/2016	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
<u>Fahrzeuge</u>						
PKW	0	10	-	8	-	-
<u>Masch. Anlagen</u>	5	15	20	15	20	20
<u>Betriebs- und GA, GWG, EDV</u>	1	10	10	10	10	10
Gesamt	6	35	30	33	30	30

Personalplan

	Vorschau 9/2016	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Angestellte	1	2	2	2	2	2
Gewerbliche	10	9	9	9	9	9
Auszubildende	1	1	1	1	1	1
kaufmännisch	0	0	0	0	0	0
gewerblich	1	1	1	1	1	1
Bestand	12	12	12	12	12	12

4. Peiner Verkehrsgesellschaft mbH

Erfolgsplan

	Plan 2016 T€	Vorschau 2016 T€	Plan 2017 T€	Plan 2018 T€	Plan 2019 T€	Plan 2020 T€
Umsatzerlöse	5.182	5.190	5.294	5.400	5.508	5.633
Sonstige betriebliche Erträge	101	130	133	135	138	141
Umsatzerlöse und Erträge gesamt	5.283	5.320	5.426	5.535	5.646	5.774
Materialaufwand	2.003	1.985	2.013	2.041	2.070	2.104
Personalaufwand	2.196	2.235	2.280	2.355	2.432	2.511
Abschreibungen	320	360	380	390	400	410
Sonstige betriebliche Aufwendungen	624	606	611	611	616	616
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29	25	25	27	27	30
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	110	109	118	110	100	102
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0
Jahresergebnis	110	109	118	110	100	102

Investitionsplan

Investitionsvorhaben in T€	Vorschau 2016	Plan 2016	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
<u>Gebäude</u>	-	-	-	-	-	-	-
<u>Fahrzeuge</u>							
Linienbusse (Fördermittel)	621	650 (260)	650 (260)	500	500	500	500
PKW	-200	-	-	-	-	-	-
<u>Masch. Anlagen</u>	29						
<u>Betriebs- und. GA, GWG, EDV</u> (Fördermittel)	10	10	10	220 (165)	200 (150)	10	10
Gesamt	660	660	660	720	700	510	510
Gesamt abzgl. Fördermittel	460	400	400	555	550		

Im August 2016 wurde der erste Geldeinzahlungsautomat (geplante Investition: ca. 25 T Euro) installiert. Im Jahr 2016 werden mit Unterstützung der Omnibusförderung durch die LNVG 3 Solobusse beschafft (Förderquote = 40 %).

In den Jahren 2017 und 2018 werden im Zuge des VRB-Echtzeitprojektes Bordrechner beschafft (Förderquote = 75 %).

Für die Jahre 2017 bis 2020 sind Beschaffungen von mindestens je einem Gelenkbus sowie von zusätzlichen Gebrauchtbusen pro Jahr vorgesehen. Damit ist eine kontinuierliche Fahrzeugneubeschaffung gesichert, die das zu hohe Durchschnittsalter senken soll.

Personalplan

	Vorschau 9/2016	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Angestellte	5	4	4	4	4	4
Gewerbliche	54	53	53	53	53	53
Auszubildende	0	0	0	0	0	0
kaufmännisch	0	0	0	0	0	0
gewerblich	0	0	0	0	0	0
Bestand	59	57	57	57	57	57

5 befristete Personale

Betreff:
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH - Wirtschaftsplan 2017

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 01.12.2016
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	08.12.2016	Ö

Beschluss:

„Die Vertreterin/der Vertreter der Stadt Braunschweig in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH wird angewiesen, den Wirtschaftsplan 2017 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 22. November 2016 gebilligten Fassung zu beschließen.“

Sachverhalt:

Gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrages beschließt die Gesellschafterversammlung der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH (FBWG) über den Wirtschaftsplan.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreterin/des städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der FBWG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich, für den gem. § 6 Ziffer 1 lit. a der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 1. November 2016 der Finanz- und Personalausschuss (FPA) zuständig ist.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat den Wirtschaftsplan 2017 in seiner Sitzung am 22. November 2016 in der vorgelegten Fassung beraten und der Gesellschafterversammlung empfohlen entsprechend zu beschließen.

Insgesamt weist der Wirtschaftsplan 2017 unter Einrechnung der Betriebsmittelzuschüsse der Gesellschafter und der Volkswagen AG i. H. v. 2.800 T€ ein Ergebnis von - 1.895,2 T€ aus. Dieser Fehlbetrag soll im Rahmen der Beschlussfassungen zum Jahresabschluss 2017 mit dem vorhandenen Gewinnvortrag verrechnet werden.

Im Vergleich zu den Vorjahren stellt sich der Erfolgsplan wie folgt dar:

	In T€	Plan 2015	IST 2015	Plan 2016	Plan 2017
1	Umsatzerlöse	+ 4.935,9	+ 5.008,3	+ 6.582,0	+ 6.286,0
1a	% zum Vorjahr/Plan				- 4,5
2	Sonstige Betriebliche Erträge	+ 3.188,5	+ 3.564,5	+ 4.320,0	+ 2.445,0
3	Erträge aus Betriebsmittelzuschüssen der Gesellschafter	+ 2.780,0	+ 2.780,0	+ 2.800,0	+ 2.800,0
4	Materialaufwand	- 4.076,9	- 4.021,5	- 4.324,7	- 4.899,3
5	Personalaufwand	- 3.611,0	- 3.672,1	- 4.042,0	- 4.256,0
6	Abschreibungen	- 3.160,0	- 3.254,2	- 3.340,0	- 3.420,0
7	Sonst. betriebl. Aufwendungen	- 724,6	- 793,9	- 769,8	- 740,6
8	<i>Betriebsergebnis (Summe 1 bis 7)</i>	- 668,1	- 388,9	+ 1.225,5	- 1.784,9
9	Zins-/Finanzergebnis	- 27,0	- 60,8	- 66,2	- 75,3
10	<i>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (8+9)</i>	- 695,1	- 449,7	+ 1.159,3	- 1.860,2
10a	Davon: Sondereffekte	+/- 0	+/- 0	+ 2.000,0	+/- 0
10b	<i>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ohne Sondereffekte (10./1.10a)</i>	- 695,1	- 449,7	- 840,7	- 1.860,2
11	Steuern	- 35,0	- 17,4	- 35,0	- 35,0
12	Jahresergebnis (10+11)	- 730,1	- 467,1	+ 1.124,3	- 1.895,2
13	<i>Jahresergebnis ohne Betriebsmittelzuschüsse (12./1.3)</i>	- 3.510,1	- 3.247,1	- 1.675,7	- 4.695,2
14	<i>Jahresergebnis ohne Betriebsmittelzuschüsse und ohne Sondereffekte (12./1.3./1.10a)</i>	- 3.510,1	- 3.247,1	- 3.675,7	- 4.695,2

Im Hinblick auf die Harmonisierung des europäischen Rechtsrahmens wurde das neue Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) am 7. Januar 2015 beschlossen. Dies führt grundsätzlich vom Geschäftsjahr 2016 an zu kleineren Ausweisänderungen u. a. in der Gewinn- und Verlustrechnung, im Anhang und im Lagebericht. Bei der FBWG ergeben sich dadurch Verschiebungen von den sonstigen betrieblichen Erträgen zu den Umsatzerlösen. In obiger Tabelle wurden Spalten 1 und 2 für die Wirtschaftsjahre 2016 und 2017 entsprechend angepasst.

Im Wirtschaftsjahr 2016 ist durch den Hauptnutzer am Flughafen eine verringerte Anzahl von Starts und Landungen festzustellen, was damit einhergehend zu Einbußen der FBWG bei den flugspezifischen Umsatzerlösen führt.

Im Wirtschaftsplan 2017 werden die Umsatzerlöse auf Basis der bisherigen Ist-Daten aus 2016 veranschlagt. Als Teilkompensation ist eine 4%ige Entgelterhöhung zum 1. Juni 2017 eingeplant. Gegenüber dem Plan 2016 reduzieren sich die Umsatzerlöse daher insgesamt um 296 T€.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge um 1.875 T€ gegenüber dem Plan 2016 resultiert aus der (einmalig) für 2016 veranschlagten Einnahme i. H. v. 2.000 T€ aus einem Grundstücksverkauf an die Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (siehe hierzu die Vorlage zum Wirtschaftsplan 2016 der FBWB vom 17. Februar 2016, DS 16-01594 sowie die Mitteilung der Verwaltung zur Städtebaulichen Infrastrukturentwicklung am Forschungsflughafen Braunschweig vom 11. April 2016, DS 16-01754).

Der Personalaufwand erhöht sich um 214,0 T€. Dies resultiert hauptsächlich aus der erstmals ganzjährig erforderlichen Einplanung der Personalkosten für 7 zusätzliche Mitarbeiter für den Flughafenbrandschutz, die im Laufe des Jahres 2016 eingestellt worden sind (Sicherstellung von ICAO-Kategorie 6).

Der Materialaufwand erhöht sich um 574,6 T€, insbesondere aufgrund von Instandsetzungserfordernissen an Vorfeld und Bahn sowie der mit Berufsfeuerwehr der Stadt Braunschweig abgestimmten (kostendeckenden) Entgelterhöhung für die seitens der städtischen Berufsfeuerwehr durchgeführte Personalgestellung für den Brandschutz am Flughafen (die städtische Berufsfeuerwehr übernimmt in Kooperation mit dem flughafeneigenen Brandschutzpersonal den dortigen Brandschutz).

Ferner sind in 2017 noch 300 T€ im Zusammenhang mit der erforderlichen EASA-Zertifizierung veranschlagt.

Finanzplan

Für 2017 sind nur die notwendigsten Investitionen eingeplant. Größter Posten mit 705 T€ ist die Entwässerung Süd (Regenrückhaltebecken Süd).

Als Anlage ist der Wirtschaftsplan 2017 der Gesellschaft beigelegt.

Grundsätzlich weise ich in diesem Zusammenhang auf Folgendes hin:

Die Gesellschafterinnen Stadt Wolfsburg und Stadt Braunschweig haben in den vergangenen Monaten Einvernehmen erzielt, ein flughafenspezifisches Beratungsunternehmen („amd.sigma GmbH“, Berlin) zu beauftragen, das in Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern, dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung eine grundlegende Strukturuntersuchung der Gesellschaft vornehmen wird. Ziel ist die Entwicklung eines ganzheitlichen Unternehmenskonzeptes unter Berücksichtigung aller relevanten technisch-operativen, betriebswirtschaftlichen, gesellschafts-, steuer- und insbesondere beihilfe- und kommunalrechtlichen Fragen und Problembereiche. Hierbei wird selbstverständlich auch der Beschluss des Rates der Stadt vom 15. März 2016, nach der ein Maßnahmenkonzept zur Defizitreduzierung zu erarbeiten ist, ein integraler Bestandteil sein.

Da die Hauptarbeiten der EASA-Zertifizierung beendet (die FBWG hat im Oktober die Antragsunterlagen zur EASA-Zertifizierung fristgerecht beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr eingereicht) und bei der FBWG nunmehr wieder personelle Ressourcen vorhanden sind, wird noch im Dezember 2016 die Strukturuntersuchung begonnen.

Geiger

Anlage/n:

Wirtschaftsplan 2017

Wirtschaftsplan 2017

	Seite
<i>1. Erfolgsplan</i>	5
1 Personalaufwendungen	6
1 1 Löhne und Gehälter	6
Stellenplan	7
1 2 Sonstige Personalaufwendungen	10
2 Sachaufwendungen und Betriebskosten	12
2 1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	12
2 2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	14
2 2 1 Anlagenunterhaltung	14
2 2 2 Versorgungsleistungen	18
3 Sonstige betriebliche Aufwendungen	20
3 1 Versicherungen und Beiträge	20
3 2 Mieten und Pachten	22
3 3 Übrige Aufwendungen	24
4 Steuern	26
5 Zinsaufwand	28
6 Abschreibungen auf das Anlagevermögen	30
7 Zusammenstellung der Aufwendungen	30
9 Erträge	31
9 1 Umsatzerlöse	32
9 1 1 Flugbetrieb	32
9 1 2 Vermietungen	34
9 1 3 Pachten	36
9 1 4 Erbbauzinsen	38
9 1 5 Versorgungsleistungen	40
9 1 6 Sonstige Umsatzerlöse	42
9 1 7 Sonstige betriebliche Erträge	44
9 1 8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46
9 1 9 Außerordentliche Erträge	48
10 Gesamtplan	49
11 Übersicht der auf die Gesellschafter und die VW AG insgesamt entfallenden Betriebsmittelzuschüsse	50

II. Finanzplan

TOP 17.

1. Bauvorhaben	52
2. Beschaffungen	54
3. Finanzaufwand	56
4. Zusammenstellung der Ausgaben	58
5. Deckungsmittel	58

Der Aufsichtsrat kann Abweichungen des Wirtschaftsplans, die sich im Laufe des Jahres notwendigerweise ergeben, auch über die gegenseitige Deckungsfähigkeit hinaus genehmigen, wenn sich an dem Zuschussbedarf insgesamt nichts ändert.

Die Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig. Mit Ausnahme der Instandsetzungskosten ist jedoch bei Einzelaufträgen die die Ansätze um mehr als 25,0 T€ überschreiten, die Zustimmung des Aufsichtsrats einzuholen.

Kto. Nr.	Aufwendungen	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Ist 2015 T€
1 Personalaufwendungen				
1 1 Entgelte				
41000/41300	Entgelte	4.061,0	3.855,0	3.360,1
41310				
41160	Übergangsversorgung Lotsen	100,0	117,0	235,8
Übertrag:		4.161,0	3.972,0	3.595,9

Erläuterungen

Soll-Ansätze Entgelte Spalte 1

In den Ansätzen wurde eine Personalkostensteigerung und Leistungsentgelte gem. TVÖD-Vereinbarungen berücksichtigt. Höherstufungen und Zulagen wurden berücksichtigt.

Der mit der Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) verhandelte Tarifvertrag für die Lotsen wurde eingeplant.

Die Entgelte enthalten zusätzliche Personalkosten (Kto. 41000: 135 T€ für die Bereitschaft außerhalb der regulären Flughafenbetriebszeiten. Diese Sonderausgaben werden gedeckt durch Sondererträge PPR für die zusätzliche Betriebsbereitschaft, vgl. Kto 81402, Seite 30

Kto. 41160 Für das Jahr 2017 ist die Übergangsversorgung der Lotsen anzupassen

Soll 2017

Stellenplan

Stelleninhalt	Entgelt- gruppe	Wochen- stunden	Tarif
Geschäftsführung			
Geschäftsführer/in			AT
Prokurist/in	13	39,0	TVöD
Verwaltung			
Sekretär/in	6	39,0	TVöD
Sekretär/in	6	39,0	TVöD
Finanzbuchhalter/in	9	39,0	TVöD
Finanzbuchhalter/in	9	24,0	TVöD
Personalsachbearbeiter/in	9	39,0	TVöD
Personalsachbearbeiter/in	9	19,5	TVöD
Sachbearbeiter/in Sicherheit und allg. Verwaltungsaufg.	6	39,0	TVöD
Sicherheitsfachkraft/Techniker/in für Navigationsanl.	10	39,0	TVöD
Forstwirt/in	11	39,0	TVöD
Technische Dienste			
Leiter/in Technische Dienste*	9	39,0	TVöD
stellv. Leiter/in Technische Dienste*	8	39,0	TVöD
Kfz-Technik*	7	39,0	TVöD
Kfz-Technik*	7	39,0	TVöD
Kfz-Technik*	7	39,0	TVöD
Grünflächenpflege*	7	39,0	TVöD
Grünflächenpflege*	7	39,0	TVöD
Elektrotechnik*	7	39,0	TVöD
Elektrotechnik*	7	39,0	TVöD
Elektrotechnik*	7	39,0	TVöD
Elektrotechnik*	7	39,0	TVöD
Tankstelle*	7	39,0	TVöD
Tankstelle*	7	39,0	TVöD
Tankstelle*	7	39,0	TVöD
Tankstelle*	7	39,0	TVöD
Heizung & Sanitär*	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Feuerwehr**	7	39,0	TVöD
Reinigung	2	30,4	TVöD
Flugabfertigung			
Leiter/in Flugabfertigung /BfL	9	39,0	TVöD

* weitere Tätigkeiten:

Tankdienst, Platzarbeiten, Winterdienst, Gebäudeunterhaltung, Feuerwehr, Sicherheit etc.

** weitere Tätigkeiten:

Platzarbeiten, Vorfeldtätigkeiten, Kfz-Instandhaltungen, Sicherheit etc.

stellv. Leiter/in Flugabf. / BfL	8	39,0	TVöD
Beauftragte/r f. Luftaufsicht	8	39,0	TVöD
Beauftragte/r f. Luftaufsicht	8	39,0	TVöD
Beauftragte/r f. Luftaufsicht	8	39,0	TVöD
Beauftragte/r f. Luftaufsicht	8	39,0	TVöD
Beauftragte/r f. Luftaufsicht	8	39,0	TVöD

Stelleninhalt	Entgelt- gruppe	Wochen- stunden	Tarif
Tower			
Leiter/in Tower / Towerlotse/in		38,5	TV GdF
stellv. Leiter/in Tower / Towerlotse/in		38,5	TV GdF
Towerlotse/in		38,5	TV GdF
Towerlotse/in		38,5	TV GdF
Towerlotse/in		38,5	TV GdF
Towerlotse/in		38,5	TV GdF
Towerlotse/in		38,5	TV GdF
Towerlotse/in		38,5	TV GdF
Mini-Job / Gleitzone (Wochenstunden nicht genau bezifferbar)			
Gepäckmitarbeiter/in	2		TVöD
Gepäckmitarbeiter/in	2		TVöD
Gepäckmitarbeiter/in	2		TVöD
Gepäckmitarbeiter/in	2		TVöD
Gepäckmitarbeiter/in	2		TVöD
Gepäckmitarbeiter/in	2		TVöD
Gepäckmitarbeiter/in	2		TVöD
Gepäckmitarbeiter/in	2		TVöD
Gepäckmitarbeiter/in	2		TVöD
Check-In-Mitarbeiter/in	3		TVöD
Check-In-Mitarbeiter/in	3		TVöD
Assistent/in Tower etc.	7		TVöD
Check-In-Mitarbeiter/in	3		TVöD
Forschungsflughafen GmbH			
Assistenz Forschungsflughafen	5		TVöD

Kto. Nr.	Aufwendungen	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
	Übertrag:	4.161,0	3.972,0	3.595,9
	1 2 Sonstige Personalaufwendungen			
49460/41660 41520/49461 49462	Sonstige Dienstleistungen Personal	45,0	45,0	81,3
41430/49450 41690	Konkursausfallgeld(GUV)/ Beihilfen und Schulungen	50,0	25,0	68,4
	Summe:	4.256,0	4.042,0	3.745,6

49460/41660 Im Ansatz sind die Kosten enthalten für Honorare für arbeitsmedizinische und
41520 sicherheitsingenieurmäßige Betreuung, Tauglichkeitsuntersuchungen, Beitrag
Landesunfallkasse, Berufsunfähigkeitsversicherungen und Kuren (20T€) etc.

41430/41690 Schätzung gemäß Beihilfevorschriften und Konkursausfallgeld gemäß Bescheid
49450 des Nds. Finanzministeriums sowie Schulungen für Mitarbeiter(Vorfeld- und
Enteisungsschulungen, ADV-Lehrgänge für Feuerwehr etc.). Lehrgänge für
neue Mitarbeiter in der Betriebsabteilung.
25 T€ Mehrkosten in 2017, da die ADV-Schulungen gem. ICAO jährlich statt
wie bisher alle 2 Jahre durchgeführt werden müssen.

Kto. Nr.	Aufwendungen	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
----------	--------------	-----------------	-----------------	-----------------

2 Sachaufwendungen und Betriebskosten
2 1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

49800	Bau- und Schlossermaterial	20,0	20,0	6,5
49810	Elektromaterial	27,0	27,0	34,5
45300	Betriebsstoffe für Fahrzeuge und Geräte	65,0	80,0	43,8
42500	Reinigungsmaterial	10,0	10,0	9,8
49830	Malermaterial	3,0	3,0	1,9
49820	Tischlermaterial	7,0	7,0	1,1
49840	Klempner- und Installationsmaterial	9,0	9,0	0,8
48010	Arbeits-, Dienst- und Schutzkleidung	20,0	20,0	9,7
48020	Div. Sachkosten f. Feuerwehr Schutzkleidung f. Feuerwehr	25,0	25,0	13,4
49020/49021	Winterdienst(WD)	270,0	335,0	130,8

Übertrag: 456,0 536,0 252,3

- 49800 Materialkosten für Instandhaltung durch eigenes Personal
- 49810 dto.
- 45300 Die Kosten sind abhängig von der Preisentwicklung für Energie und der Witterung bzgl. Einsatz des Winterdienstes
- 49830 Materialkosten für Instandhaltung durch eigenes Personal
- 49820 dto.
- 49840 dto.
- 48010 Arbeitskleidung für Betriebspersonal.
- 48020 Diverse Sachkosten für Feuerwehr (Schutzkleidung für zusätzliches Feuerwehrpersonal etc.)
- 49020 Nach dem Ausbau der Start- und Landebahn sind zwar größere Verkehrsfläche zu unterhalten. Die Kosten wurden jedoch aufgrund der Erfahrungen der letzten Winter niedriger als in den Vorjahren geschätzt. Bei extremen Wetterbedingungen können gegebenenfalls Mehrkosten entstehen.

Kto. Nr.	Aufwendungen	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
	Übertrag:	456,0	536,0	252,3
	2 2 Aufwendungen für bezogene Leistungen			
	2 2 1 Anlagenunterhaltung			
42000/42760	Sicherheits- und Sicherungseinrichtungen für Flugbetrieb	39,0	39,0	14,2
42010	Umweltschutz	18,0	18,0	81,1
42015	Brandschutz	15,0	15,0	207,3
42020	Diverse Sicherheitsmaßnahmen	5,0	5,0	48,2
42030	Berufsfeuerwehr	955,0	750,0	750,0
42031	Feuerwehrgeschäft Flughafen	0,0	0,0	128,7
42080	Gärtnerische Anlagen/WD öffentl. Bereich	24,2	24,2	17,5
47800	Baubetreuung	25,0	25,0	99,9
42640	Gebäude 8 (ehem. Tannenberg-Kaserne)	10,0	10,0	0,3
42630	Gebäude Lilienthalplatz 1	3,7	3,7	0,0
42660	Gebäude Lilienthalplatz 2	4,3	4,3	0,0
42610	Verw.geb. Lilienthalplatz 3 Delair	36,0	20,0	1,7
42620	Terrassen Lilienthalplatz 4	7,0	7,0	0,0
42900	Abwasserhebeanlage	3,1	3,1	0,0
42600	Empfangsgebäude einschl. Abfertigungsanbau, Kontrollturm und östlicher Anbau	23,3	23,3	13,7
42740/42800	Motorflughalle I/Technische Dienste Werkstatt	26,0	12,4	33,4
42890	Winterdiensthalle	3,0	3,0	16,7
42810	Motorflughalle II	4,0	4,0	17,4
42820	Motorflughalle III, Rundhalle I	1,0	1,0	0,0
42830	Motorflughalle IV, Rundhalle II	1,0	1,0	0,0
42840	Motorflughalle V, Fundhalle III	1,0	1,0	0,0
42850	Motorflughalle VI, Rundhalle IV	1,0	1,0	0,0
42860	Motorflughalle VII, Rundhalle V	1,0	1,0	0,0
42870/42880	Motorflughalle VIII + IX, Rundhalle VI + VII	1,0	1,0	0,0
42690	Segelflughalle Nord	2,0	2,0	0,5
42700	Segelfliegerheim Nord	2,0	2,0	8,9
	Übertrag:	1.667,6	1.513,0	1.691,8

- 42000/42760 Wartung und Instandhaltung: Funksprechgeräte, Antennenanlagen, Wegweiser an den Bahnen, Markierungskegel und -reiter auf dem Rollfeld, Drehscheinwerfer, Signalfeld, Windsack, Flutlichtscheinwerferanlagen usw.
Bestellung eines Vogelschlagbeauftragten (rd. 13 T€ p.a.)
- 42010 Entsorgung von Altöl (div. Sicherheitsmaßnahmen) usw.
- 42015 Nach Durchführung einer Brandschau sind umfangreiche Brandschutzmaßnahmen im Flughafenhauptgebäude weitestgehend abgeschlossen. In 2016 15 T€
Planungskosten für Ertüchtigung Feuerwache
- 42030 Bereitschaften der städtischen Berufsfeuerwehr am Flughafen und Ausbildung des Feuerwehrpersonals bzgl. Luftsicherheit.
- 42031 Um den ICAO- Brandschutz gem Kat. 6 abzudecken sind vorübergehend externe Kräfte einzustellen. In 2016 wurden 7 Kräfte in den Personalbestand übernommen.
- 42080 Pflege der Grünanlagen und Winterdienst für den öffentlichen Bereich des Flughafens(außerhalb des Flughafengeländes).
- 47800 Bauliche Betreuung durch Ingenieurbüro Richter für Flughafenbau
Kleinere Unterhaltungsarbeiten werden in Eigenregie durchgeführt.
- 42640 Lfd. Instandsetzung
- 42630 dto.
- 42660 dto.
- 42610 dto. 16 T€ zus. für Ersatz abgängiger Elektroleitungen etc.
- 42620 dto.
- 42600 dto. 10 T€ zus. für Entfernen alter Heizungsrohre
- 42740 Lfd. Instandsetzung
- 42800 dto. 14 T€ zus. für Ersatz abgängiger Elektroleitungen etc.
- 42890 dto.
- 42810 dto.
- 42820 dto.
- 42830 dto.
- 42840 dto.
- 42850 dto.
- 42860 dto.
- 42870/42880 dto.
- 42690 dto.
- 42700 dto.

Kto. Nr.	Aufwendungen	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
	Übertrag:	1.667,6	1.513,0	1.691,8
42750	Tankstelle	0,5	0,5	1,4
42670/42671	Flugbetriebsgebäude GAT	5,0	5,0	5,4
42770				
42680	Flugschulgebäude	3,0	3,0	0,0
49050	Betriebshof	3,0	3,0	0,8
42720	Wellblechgaragen	2,0	2,0	0,2
49040	Vorfeld, Bahnen	588,0	50,0	57,9
49010	Trinkwasserversorgung	5,0	50,0	13,7
42040	Luftsicherheit/Bewachung etc.	470,0	460,0	444,5
49210/42910	Straßen und Plätze	10,0	10,0	10,2
45400/45000	Pflege Kraftfahrzeuge	110,0	110,0	156,2
45401				
49030	Umzäunung	15,0	15,0	15,2
48000	Lfd. Unterhaltung und Wartung von tech. Betriebsanlagen und Instandsetzung	40,0	40,0	52,1
42050/42060	Flugverkehrskontrolle	355,0	355,0	270,6
42090				
42070	Arbeitnehmerüberlassung	900,0	900,0	906,0
41410	Lehrgang Brandschutz	80,0	80,0	47,4
49670	Feuermeldeanlage	2,7	2,7	2,0
42730	Rennbahn MSC/Polizei	0,0	0,0	0,1
42650	Gebäude Herrmann-Blenk-Str. 18	5,0	5,0	4,0
42201/47812	Reinigungsdienste	20,0	20,0	48,6
42710	Technikraum	1,0	1,0	0,0
47811	Fremdleistung	0,0	0,0	0,0
47813	EASA Zertifizierung	300,0	393,0	0,7
	Übertrag:	4.582,8	4.018,2	3.728,8

42670	Lfd. Instandsetzung	
42680	dto.	
49050	Lfd. Instandsetzung	
42720	Lfd. Instandsetzung	
49040	Lfd. Instandsetzung: 105 T€ Größere Instandsetzungsarbeiten an den Flugbetriebsflächen: Rollweg C und D: 87 T€ Sanierung Vorfeld (Fugen und -anschlüsse) : 330 T€ Weitere Sanierungsarbeiten können aufgrund von "Betonkrebs" anfallen Nachmarkierung Start- und Landebahn: 46 T€	
49010	Reparaturen und Leitungserneuerungen am Leitungswassernetz	
42040	Umsetzung der Vorgaben des Luftverkehrsgesetzes (Schaffung von sensiblen Bereichen, Durchf. von Personal- und Warenkontrollen, Schulung Personal etc.) Nächtliche Kontrollen des Vorfeldbereiches Tarifliche Erhöhung von 2% berücksichtigt.	
49210/4291	Lfd. Instandsetzung Parkflächen und Straßen, Kanäle, etc.	
45400	Unterhaltung und Pflege für den bestehenden Fahrzeugpark sowie weitere Mittelansätze für die Erweiterung des Fahrzeugparks aufgrund S-/L-Verlängerung	
49030	Lfd. Zaun- und Torinstandsetzung.	
48000	Lfd. Kosten für Wartung, Unterhaltung im Rahmen von Wartungsverträgen und Instandsetzung für Nachtbefuerung des Bahnsystems, Notstromaggregat, Fernsprechanlage, Uhrenanlage, Feuermeldeanlage, Feuerlöschanlagen (Hydranten, Brunnen), Straßenbeleuchtung, Windmessenanlage, Heizungsanlagen, Entwässerungsanlagen, Versorgungsanlagen (Strom, Wasser), Straßentankstelle, Blitzschutzanlagen, Peiler, Gleitwinkelanzeiger usw. rd. 40 T€	
42050/42060	Flugverkehrskontrolldienst	T€
42090	1. Flugvermessung Instrumentenlandesystem und GPS-Anflugverfahren	40,0
	2. Wartung Navigationsanlagen	35,0
	3. Kosten Flugsicherungsdirektleitungen	25,0
	4. Unterhaltung Instrumentenanflugbefuerung	11,0
	5. Kosten für zertifizierte FS-Unternehmen etc.	180,0
	6. Fachaufsicht Dt. Wetterdienst	5,0
	7. Flugsicherungsgebühren für Radar- und Flugplandaten und Zubehör	21,0
	8. Genehmigungsgebühren für Funkgeräte	5,0
	9. Vermessung Anflugverfahren incl. Peiler	15,0
	10. Hindernisvermessung	18,0
	Summe	355,0
42070	Betrag für die im Wege der Arbeitnehmerüberlassung für Austro-Control tätigen Fluglotsen. In gleicher Höhe Gegenkonto 2167 unter sonst. betr. Erträgen. Regelmässige Anpassungen erforderlich.	
41410	Lehrgang Brandschutz: Der Ansatz erfasst die Kosten der laufenden Ausbildung des bestehenden und neuen Feuerwehrpersonals. Zusätzlich 25 T€ in 2016 für Neuausbildung eigener BF-Leute. In 2017 25 T€ aufgrund jährlicher Ausbildung BF-Leute.	
42650	Lfd. Unterhaltung	
42201/47812	Ersatz einer Reinigungskraft durch Fremdfirma.	
47813	Aufwendungen für Externe Beratung/Gutachten etc. 200 T€ Für EASA Zertifizierung zusätzlich 30 T€ für Schulungen etc. MW-Gebühren rd. 70.000 €	

Kto. Nr.	Aufwendungen	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Ist 2015 T€
----------	--------------	-----------------	-----------------	----------------

Übertrag: 4.582,8 4.018,2 3.728,8

2 2 2 Versorgungsleistungen

42300	Heizmaterial	110,0	120,0	73,6
42310	Strom	100,0	80,0	93,5
42320	Wasser	10,0	10,0	2,8
42330	Kanalgebühren, Abwasser	9,5	9,5	49,7
42340	Kanalgebühren, Niederschlagswasser	70,0	70,0	22,7
42350	Müllabfuhr	17,0	17,0	33,9

Summe: 4.899,3 4.324,7 4.005,0

- 42300 Die Gesellschaft wird durch Fernwärme von BS Energy versorgt. Die Heizwärme wird gemessen, die Kosten sind abhängig von der Preisentwicklung und der Witterung sowie der Belegung der Gebäude.
- 42310 Einheitspreis gem. Rahmenvertrag der VW AG . Der Ansatz umfasst eigene und mieterseitige Stromentnahmen. Bei der Stromversorgung ist ab 1998 die direkte Berechnung des VW-Anteils an VW zu berücksichtigen. Der VW-Anteil entfällt bei den Aufwendungen (Kto. 42310) und Einnahmen (Kto. 84074, S. 38). Erhöhung durch zus. Anflugbefeuern etc. aufgrund des Ausbaus der Start- und Landebahn.
- 42320 Der Ansatz erfasst eigene und weiterzuberechnende Wasserentnahmen. Er ist der Entwicklung angepasst.
- 42330 Der Ansatz erfasst eigene und weiterzuberechnende Abwässer. Er ist der Entwicklung angepasst.
- 42340 Entwässerungsgebühren für versiegelte Flächen und deren Erweiterung im Bereich der ehemaligen Tannenber-Kaserne. Der Ansatz ist der Entwicklung angepasst. Weitere Kosten durch Übernahme der Gebäude 18 und 20 in der Herrmann-Blenk-Str. sowie rd 45 T€ zus. Entwässerungskosten durch den Ausbau der Start- und Landebahn.
- 42350 Der Ansatz ist der Entwicklung angepasst und erfasst eigene und an Mieter weiterzuberechnende Müllabfuhr

Kto. Nr.	Aufwendungen	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
----------	--------------	-----------------	-----------------	-----------------

3 Sonstige betriebliche Aufwendungen
3 1 Versicherungen und Beiträge

43600/45200	Versicherungen	135,0	135,0	112,9
43800	Beiträge zu Verbänden und Vereinen	10,1	10,1	11,0

Übertrag: 145,1 145,1 123,9

Erläuterungen

TOP 7.

			T€
43600	1	Flughafenthaler-Haftpflichtversicherung Deckungssumme rd. 100 Mio. €	55,0
	2	Gebäude-Feuerversicherung	11,4
	3	Kfz-Haftpflichtversicherung	3,9
	4	Elektronik-Versicherung	10,0
	5	Gebäude-Sturm-Hagelversicherung	1,4
	6	Geschäfts- und Betriebsversicherung	1,1
	7	Gebäude-Leitungswasserversicherung	2,3
	8	Kfz-Kasko-Versicherung	46,0
	9	D & O-Versicherung	3,9

Summe: 135,0

			€
43800	Jahresbeiträge 2017		
	Städtischer Verkehrsverein		102,3
	Interessengemeinschaft deutscher Regionalflughäfen(IDRF)		6.500,0
	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen		600,0
	Kommunaler Arbeitgeberverband		330,0
	Industrie- und Handelskammer		220,0
	TÜV		15,3
	Landwirtschaftskammer		50,6
	Realverband Feldmarkinteressengemeinschaft		81,0
	Verein Forschungsflughafen Braunschweig e. V.		1.000,0
	Creditreform		374,0
	AGV BS		830,3
	FBG Peine		25,0

Summe: 10.128,5

Kto. Nr.	Aufwendungen	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Ist 2015 T€
	Übertrag:	145,1	145,1	123,9
	3 2 Mieten und Pachten			
	42200/49650 Mieten und Pachten	129,8	139,8	132,1
	42202/45700 /49680			

Übertrag: 274,9 284,9 256,0

42200/49650 Angepasster Erbbauzins "Ostgelände" mit Befeuerung. Mieten für Funkfeuergel.
42202 bei Hondelage, westliches Gelände mit Befeuerung.
95,9T€ für Erbbaurechtsverträge mit der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz,
8,9 T€ Erbbaurecht Frau Böse
25,0 T€ div. Anmietungen Gerätschaften

Kto. Nr.	Aufwendungen	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Ist 2015 T€
	Übertrag:	274,9	284,9	256,0
3 3 Übrige Aufwendungen				
49300	Geschäfts- und Bürobedarf	27,5	27,5	26,2
47400	Frachten und Transportkosten	3,0	3,0	0,2
49100	Postgebühren	4,1	4,1	1,7
49200	Fernmeldegebühren	12,0	12,0	8,8
49400	Drucksachen, Zeitschriften, Fachliteratur	15,0	15,0	13,0
49070	Allgemeine Verwaltungskosten	8,0	8,0	2,2
46600/46700	Reisekosten und Spesen AN	21,0	21,0	20,7
46610/46800				
46620	Reisekosten steuerfrei.	0,5	0,5	0,0
46000/46400	Werbungs- und Repräsentationskosten	10,0	10,0	24,7
47820/23810				
46500	Bewirtungskosten	7,0	7,0	6,8
49570/49560	Revisions-, Beratungs-, Anwalts- und Gerichtskosten	100,0	100,0	126,3
49500				
49580	Planänderungsverfahren Ausbau	25,0	30,0	0,0
49700	Kontoführungs- und Bankgebühren	8,1	8,1	8,1
49060/23000	Sonstige allgemeine Kosten	45,0	45,0	99,9
49550/47811	23010/23100/49000/20200			
43900	Sitzungsgeld des Aufsichtsrats	7,0	7,0	0,8
43910	Fahrtkosten des Aufsichtsrats	0,5	0,5	0,0
24060/24500	Forderungsabschreibungen und	25,0	25,0	44,1
24510/24020	Wertberichtigungen			
47810	Dienstleistungen Forschungsflughafen	15,0	15,0	12,2
20000/20010	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
42911	TOC Messstation	21,0	21,0	13,9
49041	RESA	11,0	11,0	21,6
49042	Pflege für Ausgleichs- und Ersatzflächen und deren Überprüfung sowie Nachpflanzungen	100,0	114,2	56,4
	Summe:	740,6	769,8	743,6

- 49200 Fernsprechanschluss und Telefax zur Flugberatung Hannover. Die Gebühren werden weiterberechnet. Telefax für Wettermeldungen des Towers. Fernsprechanschluss und Telefax der Verwaltung.
- 46000/46400 Der Ansatz berücksichtigt laufende Werbe- und Repräsentationsmaßnahmen. Weitere Kosten für Pressearbeit im Rahmen der S/L-Bahn.
- 49570 Kosten für die Jahresabschlussprüfung sowie Steuer- und Rechtsberatung Wegen anstehender Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Flugsicherung sowie Abklärung/Einführung organisatorischer Verbesserungen im Flugsicherungsbereich und Gutachten "Renteneintrittsrückstellungen" der Lotsen, etc.
- 49580 Kosten des Planänderungsverfahrens.
- 47810 Kostenbeteiligung an der Geschäftsführung des Forschungsflughafens
- 49041 Pflege der RESA-Flächen
- 49042 Pflegemaßnahmen für die durch den Ausbau der Start- und Landebahn notwendigen Ausgleichsflächen(ca. 50 T€).
In 2016 Monitoringmaßnahmen (Überprüfung ca. 20 T€) erforderlich.
In 2016 Nachpflanzungen (ca. 30 T€) erforderlich. Es könnten Mehrkosten aufgrund von Nachforderungen UNB entstehen.
Laufende Pflege- und Monitoringmaßnahmen 2017 rd. 100 T€

Kto. Nr.	Aufwendungen	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
----------	--------------	-----------------	-----------------	-----------------

4 Steuern

23750	Grundsteuern	30,0	30,0	13,5
45100	Kfz-Steuern	5,0	5,0	3,9

Summe: 35,0 35,0 17,4

- 23750 Steuern für Grundstücke und Objekte, zusätzlich 8 T€ durch Flächenerwerb im Zusammenhang mit dem Ausbau der Start- und Landebahn.
- 45100 Steuern für die von der Gesellschaft betriebenen Kraftfahrzeuge Erweiterung des Fahrzeugparks durch den Ausbau der S/L-Bahn

Kto. Nr.	Aufwendungen	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
----------	--------------	-----------------	-----------------	-----------------

5 Zinsaufwand

21000/21400	Zinsaufwendungen	3,0	3,0	0,1
21201/21221				
21220	Zinsen für Zaunerneuerung	1,0	1,0	0,9
21100	Zinsaufwand BilMoG	60,0	60,0	61,7
21291	Zinsaufwand Mietkauf	5,8	4,2	0,0
21292	Zinsaufwand Darlehen	7,5	0,0	0,0

Summe: 77,3 68,2 62,7

- 21000 Überziehung Girokonto, Konto Abschlussgebühren etc.
- 21220 Kredit bei der Landesbank Baden-Württemberg über rd. 153 T€ für den nach ICAO-Standard errichteten Flughafenzaun.
- 21100 Nach Bilanzrichtlinienmodernisierungsgesetz auszuweisender Betrag für die Übergangsversorgungen.
- 21291 Kosten der Finanzierung für einen bereits in 2015 erfolgten Mietkauf.
- 21292 Kosten der Finanzierung für einen noch aufzunehmenden Kredit
3% für einen Kredit in Höhe von rd. 1,5 Mio. € für 2 Monate

Kto. Nr.	Aufwendungen	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
6 Abschreibungen auf das Anlagevermögen				
48300/48410 48310/	Abschreibungen lfd. Betrieb	1.140,00	1.060,00	985,10
48310	Abschreibungen Start- und Landebahn	2.280,00	2.280,00	2.269,10
	Summe	3.420,00	3.340,00	3.254,20

Die Abschreibungen sind der Investitionsentwicklung angepasst und beinhalten die Abschreibungen für die Start- und Landebahn in Höhe von 2.280 T€.

7 Zusammenstellung der Aufwendungen

1. Personalaufwendungen	4.256,0	4.042,0	3.745,6
2. Materialaufwand	4.899,3	4.324,7	4.005,0
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	740,6	769,8	743,6
4. Steuern	35,0	35,0	17,4
5. Zinsaufwand	77,3	68,2	62,7
6. Abschreibungen	3.420,0	3.340,0	3.254,2
Summe:	13.428,2	12.579,7	11.828,5

Erträge

Kto. Nr.	Erträge	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
----------	---------	-----------------	-----------------	-----------------

9 Erträge

9 1 Umsatzerlöse

9 1 1 Flugbetrieb

84000/83360	Landengebühren	2.105,0	2.276,3	1.812,5
81400/8338				
83366/81000	Abstellungen	149,0	146,3	121,7
84006/83386				
81402/84002	Sonderertrag PPR	217,0	268,8	237,1
83362/83382				
84003/81403	Sonderertrag Nachtbefeuern	20,0	22,5	20,3
83363/83383				
84001/81401	Abfertigungsentgelte	881,0	849,9	873,9
83361/83381				
84004/81404	Passagiergebühr	187,0	243,4	196,0
83364/83384				
84005/81405	Luftsicherheitsentgelt	87,0	43,8	35,1
83365/83385				
84008/81408	Flugsicherung-An- und Abflugentgelt	634,0	668,8	542,2
83368/83388				
84055/84009	Auslieferung Flugbetriebsstoffe	360,0	433,0	456,4

Übertrag: 4.640,0 4.952,6 4.295,2

84000/81400	}	Die Ansätze berücksichtigen die Verkehrsentwicklung.
84004/81404		
84006		
84005		
84008/81408		
8020		
84001/81401	}	Die Ansätze werden der Entwicklung angepasst.
81403/81000		
84003		
81402/84002		Der Ansatz ist der Entwicklung angepasst und enthält das Sonderentgelt für die Betriebsbereitschaft außerhalb der regulären Flughafenbetriebszeiten.
84055		Provision für Treibstoffverkauf
		Es wird von konstanten Flugbetriebseinnahmen ausgegangen.

Kto. Nr.	Erträge	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
	Übertrag:	4.640,0	4.952,6	4.295,2
	9 1 2 Vermietungen			
84007	Kurzfristige Unterstellung M-Halle I	16,8	16,8	14,5
81002	Unterstellentgelte, Mieten, sfr. M-Halle	1,4	1,4	1,4
84010	Miete M-Halle I + II, steuerpflichtig	20,1	20,1	25,9
84011	Mieten M-Halle III, R-Halle I	19,7	19,7	21,9
84012	Mieten M-Halle IV, R-Halle II	15,0	15,0	13,9
84013	Mieten M-Halle V, R-Halle III	16,1	16,1	12,8
84014	Mieten M-Halle VI, R-Halle IV	19,3	19,3	17,0
84015	Mieten M-Halle VII, R-Halle V	13,4	13,4	14,6
84016	Mieten M-Halle VIII, R-Halle VI	16,1	16,1	13,8
84017	Mieten R-Halle VII	17,1	17,1	13,4
84018	Mieten Segelflughalle	3,3	3,3	2,8
84039	Mieten für Anlagen und Einrichtungen	5,2	5,2	5,7
84021/84022	Miete Empfangsgebäude Lilienthalplatz 5	19,1	19,1	21,2
81004	Miete Empfangsgebäude Lilienthalplatz 5	1,0	1,0	0,5
84024	Miete Gebäude Lilienthalplatz 3	52,2	52,2	52,2
84023	Miete Gebäude Lilienthalplatz 1	0,0	0,0	0,0
84025	Miete Terr.Geb. Lilienthalpl. 4, steuerpfl.	14,1	14,1	16,5
81005	Miete Gebäude Lilienthalplatz 2	4,2	4,2	4,2
84026	Miete Flugschule/DLR	30,7	30,7	32,6
81008	Miete GAT	1,2	1,2	0,0
84027/84020	Miete Ankunft-Container/FFG-Standplatz	0,0	0,0	0,0
81009	Miete Garage, steuerfrei	0,6	0,6	0,4
84028	dto. steuerpflichtig	1,5	1,5	0,8
84029/81051	Miete Geb. 8 u. 18, Hermann-Blenk-Str.	8,5	8,5	15,5
84031/84033/81050				
84032	Miete MMO Waggum, Vodafone	3,7	3,7	3,7
84034/84035	Parkplatz, Blitz-Sensor			
84050/81055	Campingplatzgebühren kurzfristig und Hundeplatz	0,3	0,3	0,0
	Übertrag:	4.940,6	5.253,2	4.600,5

84007
81002
84010
84011
84012
84013
84014
84015
84016
84018
84017



Die Ansätze enthalten die Erträge aus der Einzelunterstellung von Luftfahrzeugen

- 84039 Der Ansatz enthält die Miete für eine Feuermeldeschleife, Trafostation (i21 Germany) und für eine Normaluhr
- 84021 Der Ansatz enthält die steuerpflichtigen Mieterträge aus gewerblich genutzten Büro- und Kellerräumen und wurde der Entwicklung angepasst.
Auszug Fa. Leichtwerk im Jahre 2015. Mieteinnahme ca. 18 T€.
- 81004 Der Ansatz enthält die steuerfreien Mieterträge
- 84024 Vermietung an delAir
- 84023 Vermietung an Bollmann-Bildkartenverlag
Auszug im Jahr 2015.
- 84025 Die Ansätze erfassen die Miete für die Gaststätte einschl. Hotel und Räume Fa. Bollmann
- 81005 Vermietung einer Wohnung an Privatpersonen.
- 84026 Vermietung Flugschulgebäude an die Flugschule und an DLR.
- 81008 Vermietung an die Interessengemeinschaft Flugtechnik (IGF)
- 84027 Vermietung von Standplätzen an FFG-Peine und Kroschke.
Grundstück in 2014 an Aerodata verkauft.
- 84029 Vermietung des Gebäudekomplexes Nr. 8 der ehemaligen Tannenberg-Kaserne an die Aerodata. Der Bürotrakt wurde gekündigt.
Teilweise Rückgabe von Garagen an die Flughafengesellschaft.
Mieteinnahmen durch Rücknahme Gebäude 18 Herrmann-Blenk-Str.
Verkauf Gebäude 18 im Jahr 2014 an Kuhn und Partner.
- 84032 Miete für die Aufstellung einer Mobilfunkantenne auf dem Flughafenempfangsgebäude und Vermietung eines Hundeplatzes
- 84050 Der Ansatz wurde der Entwicklung angepasst

Kto. Nr.	Erträge	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2014 T€
----------	---------	-----------------	-----------------	-----------------

Übertrag: 4.940,6 5.253,2 4.600,5

9 1 3 Pachten

81003/81600 Pachten/Mieten div. Anlagen Einrichtg. 84039/84034/84035	10,4	10,4		15,5
---	------	------	--	------

Übertrag: 4.951,0 5.263,6 4.616,0

81003/81600 Pachten/Mieten div. Anlagen und Einrichtungen

Kto. Nr.	Erträge	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
----------	---------	-----------------	-----------------	-----------------

Übertrag: 4.951,0 5.263,6 4.616,0

9 1 4 Erbbauzinsen

85746	Erbbauzinsen und Nutzungsent. Bund	16,6	16,6	16,5
85747/85748				
85141	Erbbauzins VW Gewerbegrund GmbH	12,5	12,5	12,5
85143	Erbbauzins Rust	0,4	0,4	0,3
85144	Erbbauzinsen Aerodata	30,8	30,8	30,8
85145	Erbbauzinsen Jazdziewski	29,5	29,5	29,5
85146	Erbbauzinsen Evers Junior	14,2	14,2	25,5
85149	Erbbauzinsen TU Braunschweig	41,2	41,2	41,2
85740	Erbbauzinsen Stadt BS Aero-Club	5,1	5,1	4,4
85741	Erbbauzinsen DFS	12,3	12,3	12,2
85742	Erbbauzinsen Evers, Seiffert GbR	10,6	10,6	10,6
85743	Erbbauzinsen Hastreiter	3,9	3,9	3,9
85744	Erbbauzinsen BS Energy	0,8	0,8	0,8
85745	Erbbauzinsen New Yorker	18,2	18,2	18,2
85749	Erbbauzins VW-Immobilien	65,6	65,6	65,5
85147	Erbbauzins Eves-Immobilienvermittlung	9,8	9,8	9,8
85140	Erbbauzins VW AG für RESA-Fläche	9,1	9,1	9,1
85750	Erbbauvertrag VW-Immobilien GmbH	36,9	36,9	36,8
84090	Erbbauvertrag Leichtwerk AG	11,0	5,1	5,1
85751	Erbbauvertrag Volksbank BraWo	0,0	6,0	0,0
85142	Erbbauvertrag Kroschke Holding	7,0	7,0	14,0

Übertrag: 5.286,5 5.599,2 4.962,7

- 85140 Erbbauzinsen für Flughafengelände das 1936/1937 im Erbbaurechtswege an das Reich und 1971 an den Bund gegeben wurde. Die Rückgabe von Teilflächen an die Flughafengesellschaft wurde berücksichtigt. Ab 2011 wurde die Rückgabe eines Hallengrundstücks mit rd. 6.910 qm berücksichtigt.
- 85141 Erbbaurecht für einen VW-Parkplatz am VW-Terminal.
Eine Anpassung wurde berücksichtigt.
- 85143 Erbbauzinsen für ein Erbbaurecht (Hausgrundstück) eines ehemaligen Prokuristen.
- 85144 Erbbauzinsen der Aerodata für eine Flugzeughalle am östlichen Anschluss an das Avionik-Zentrum.
- 85145 Mit den Gesellschaftern der City-Kurier GmbH wurde 1996 ein neues Erbbaurecht an rd. 10.000 qm vereinbart. Eine Anpassung und Übertragung einer Teilfläche auf die DFS, vgl. Kto. 8431, wurde berücksichtigt.
- 85146 Erbbauzinsen des Unternehmens Evers für ein Bürogebäude auf dem ehemaligen Tannenberg-Kasernengelände.
- 85149/85740 An die TU BS wurden in 1999 zur Ansiedlung ihrer Luftfahrtinstitute ein Erbbaurecht an ca. 21.500 qm und an die Stadt BS in 1998 zur Ansiedlung der Geschäftsstelle des Dt. Aeroclubs ein Erbbaurecht an 2.556 qm vom Bund mit Zustimmung der Flughafengesellschaft als Eigentümerin veräußert und damit auch der Erbbauzins erhöht.
- 85741 Erbbauzinsen für ein Bürogebäude der DFS/Flight Calibration Services
- 85742 Erbbauzinsen für ein Bürogebäude der Evers/Seiffert GbR in der ehemaligen Tannenberg-Kaserne.
- 85743 Erbbauzinsen für eine Werkstatt für Kleinflugzeuge mit angegliedertem Wohngebäude.
- 85744 Erbbauzinsen für ein Heizkraftwerk der BS-Energy.
- 85745 Erbbauzinsen für ein rd. 8.100 qm umfassendes Gelände für den Bau einer Flugzeughalle des Unternehmens New Yorker.
- 85749 Erbbauzinsen für drei Teilgrundstücke (12645 qm, 41,8 T€ p.a/ 7190 qm, 19,4 T€, 1.643 qm, 4,4 T€) an die VW-Immobilienverwaltung
- 85147 Erbbauzinsen für ein 4064 qm großes Grundstück an die EVES-Immobilienvermittl.
85140 Erbbauzinsen für die von der Flughafengesellschaft für rd. 229,5 T€ erworbene RESA-Fläche im Westen des Flughafens(43.114 qm).
- 85750 Erbbauzinsen für ein Grundstück VW AG im Bereich H-B-Str. 10
84090 Erbbauzinsen für Grundstücke für die Fa. Leichtwerk AG. Weit. Grundstück 2017 5,9 T€.
85751 Erbbauzinsen für Grundstück für VoBa BraWo Projekt GmbH, Grundstück in 2016 verkauft
85142 Erbbauzinsen für ein Grundstück für die Kroschke Holding GmbH & Co. KG

Kto. Nr.	Erträge	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
	Übertrag:	5.286,5	5.599,2	4.962,7
	9 1 5 Versorgungsleistungen			
86090	Wasserversorgung, steuerfrei	0,9	0,9	1,1
84070	Wasserversorgung, steuerpflichtig	4,1	4,1	0,7
86092/84072	Müllabfuhr	0,7	0,7	1,3
86093	Kanalgebühren, steuerfrei	0,8	0,8	1,7
84073	Kanalgebühren, steuerpflichtig	5,4	5,4	2,7
84074	Stromversorgung, steuerpflichtig	40,0	23,3	41,0
86094	Stromversorgung, steuerfrei	3,1	3,1	3,0
84071/86091	Heizung	0,0	0,0	0,0

Übertrag: 5.341,5 5.637,5 5.014,2

- 86090 Bei den Versorgungsleistungen entsprechen die Ansätze der bisherigen Einnahme-
84070 entwicklung
- 84072 Bei den Versorgungsleistungen entsprechen die Ansätze der bisherigen Einnahme-
entwicklung
- 86093 Bei den Versorgungsleistungen entsprechen die Ansätze der bisherigen Einnahme-
84073 entwicklung
- 84074 Bei der Stromversorgung entsprechen die Ansätze der bisherigen Einnahme-
86094 entwicklung

Kto. Nr.	Erträge	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
----------	---------	-----------------	-----------------	-----------------

Übertrag: 5.341,5 5.637,5 5.014,2

9 1 6 Sonstige Umsatzerlöse

84060	Erstattung Betriebs- und Verw.-Kosten	10,0	10,0	9,9
84065	Luftaufsichtskosten, Erstattung Personal-, Sach-, Miet- und Verwaltungskosten	31,0	31,0	37,8
84019	Telefongebühren steuerpfl.	1,0	1,0	0,6
84040/84080	Veranstaltungen	1,0	1,0	0,0
37300/37360	Lieferantenskonti	1,5	1,5	2,7
27050	Erstattung Arbeitnehmerüberlassung	900,0	900,0	906,0

Übertrag: 6.286,0 6.582,0 5.971,2

- 84060 Der Ansatz enthält die Erstattung von Betriebs- und Verwaltungskosten für Leistungen an Flughafenanlieger
- 84065 Erstattung der Luftaufsichtskosten durch das Land Niedersachsen
- 27050 Betrag für die im Wege der Arbeitnehmerüberlassung für Austro-Control tätigen Fluglotsen. In gleicher Höhe Gegenkonto 42070 unter Aufwendungen für bezogene Leistungen. Jährliche Kostenanpassungen.

Kto. Nr.	Erträge	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Ist 2015 T€
----------	---------	-----------------	-----------------	----------------

Übertrag: 6.286,0 6.582,0 5.971,2

9 1 7 Sonstige betriebliche Erträge

27000 etc.	Diverse Erträge	165,0	40,0	271,9
27360/27361	Auflösung Sonderposten	2.280,0	2.280,0	2.336,4
27051/27210	Grundstücksverkauf	0,0	2.000,0	0,0

Übertrag: 8.731,0 10.902,0 8.579,5

27000 etc. Diverse Erträge (125 T€ Abstandszahlung ARGE)

27360/27361 Auflösung des Sonderpostens in Höhe der Abschreibungen
von 2.280 T€ für den Ausbau der Start- und Landebahn und VW-Zuschuss für WD-Halle.

27051 Im Jahr 2014 Verkauf eines Grundstücks im Westen des Flughafengeländes in der
Nähe des Luftfahrtbundesamtes für rd. 780 T€
Verkauf eines Grundstücks in 2014 an Kuhn & Partner für rd. 200 T€
Im Jahr 2014 Verkauf von Ausgleichs- und Ersatzflächen(Rückkauf) an die
Stadt Braunschweig, nach endgültiger Festlegung des Kompensationsbedarfes
für rd. 60 T€.
Im Jahr 2016 Verkauf von Grundstücksflächen südlich Hauptgebäude für 2.000 T€.

Kto. Nr.	Erträge	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€	Soll 2015 T€
----------	---------	-----------------	-----------------	-----------------

Übertrag: 8.731,0 10.902,0 8.579,5

9 1 8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

26500/26510 Zinserträge	2,0	2,0	1,9
-------------------------	-----	-----	-----

Übertrag: 8.733,0 10.904,0 8.581,4

26500 Evtl. anfallende Zinserträge

10 Gesamtplan

TOP 7.

	Soll 2017	Soll 2016	Ist 2015
	T€	T€	T€
1. Personalaufwendungen	4.256,0	4.042,0	3.745,6
2. Materialaufwand	4.899,3	4.324,7	4.005,0
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	740,6	769,8	743,6
4. Steuern	35,0	35,0	17,4
5. Zinsaufwand	77,3	68,2	62,7
6. Abschreibungen	3.420,0	3.340,0	3.254,2
Summe:	13.428,2	12.579,7	11.828,5
Erträge	8.733,0	10.904,0	8.581,4
Rechnerisches Ergebnis vor Zuschüssen	-4.695,2	-1.675,7	-3.247,1
Zuschuss der VW AG	978,2	978,2	1.030,1
Zuschuss der Stadt Wolfsburg	489,1	489,1	515,0
Zuschuss der Stadt Braunschweig	1.332,7	1.332,7	1.234,9
Summe:	2.800,0	2.800,0	2.780,0
Gewinn/Verlust	-1.895,2	1.124,3	-467,1
Gewinnvortrag	2.498,4	1.374,1	1.841,2
Bilanzgewinn	603,2	2.498,4	1.374,1

nach der Prognose III. Quartal 2016:

Gewinn/Verlust	-1.895,2	363,0	-467,1
Gewinnvortrag	1.737,1	1.374,1	1.841,2
Bilanzverlust/-gewinn	-158,1	1.737,1	1.374,1

**11 Übersicht der auf die Gesellschafter und die VW AG insgesamt entfallenden
Betriebsmittelzuschüsse** TOP 7.

Gesellschafter und VW AG	Betriebs- mittelzu- schüsse insgesamt Euro	Anteile in %
Stadt Braunschweig	1.332.700,00	42,638
Volkswagen AG	978.221,90	35,568
Stadt Wolfsburg	489.110,95	17,784
LK Gifhorn *	0,00	2,005
LK Helmstedt*	0,00	2,005
	2.800.032,85	100,000

* Die Landkreise Gifhorn und Helmstedt haben die Zahlung von Betriebsmittelzuschüssen an die Flughafengesellschaft eingestellt; die Differenz wird daher auf die anderen Gesellschafter verteilt.

Die VW AG hat ihre Gesellschaftsanteile im Jahr 2010 an die Flughafengesellschaft abgetreten, leistet aber weiterhin Betriebskostenzuschüsse in Höhe ihres ursprünglichen Gesellschaftsanteils von 35,568 %.

II. Finanzplan

Ia. Bauvorhaben/Betrieb

1. Nachrüstung der Winterdiensthalle	125,0
2. Abscheider für Tankstelle	60,0
3. Grasbahn	30,0
4. Vorfeldmarkierungen	50,0
5. Verankerung Luftfahrzeuge	21,0
6. Entwässerung Süd	705,0
7. Planungskosten Feuerwache	150,0

Erweiterungsbau Gesamtkosten in Höhe von 2.410 T€ und Neubau Feuerwache
 Gesamtkosten in Höhe von 4.810 T€ aufgrund fehlender Finanzierung im Plan nicht enthalten

Summe: 1.141,0

Ib. Bauvorhaben/Start- und Landebahn

1. Flächen Hoppe Grundstückserwerb*	220,0
2. A + E- Maßnahmen Flächen Hoppe*	30,0

Summe: 250,0

*verschoben aus 2015

Summe: 1.391,0

Ia. Bauvorhaben/Betrieb

1. Für die adäquate Unterstellung der Winterdienstgeräte wurde im Jahr 2014 eine Winterdiensthalle errichtet und im Jahr 2015 ergänzende Maßnahmen (Brandmeldeanlage, Heizung und elektrische Anlagen) durchgeführt. Für das Jahr 2016 entstehen noch restliche Kosten in Höhe von rd. 310 T€
2. Die Dieseltankstelle benötigt einen neuen Abscheider.
3. Die Grasbahn muss verlegt werden.
4. Das Vorfeld muss markiert und Helipadbefestigungen eingerichtet werden.
5. Zur Befestigung von LFZ sind Verankerungen vorgesehen
6. Entwässerung Süd herrichten entsprechend Genehmigung
7. Planungskosten Feuerwache

Ib. Bauvorhaben/Start- und Landebahn

1. Gem. Planfeststellungsbeschluss müssen noch Grundstücke erworben werden.
2. Gem. landschaftspflegerischem Begleitplan sind noch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchzuführen.

II. Beschaffungen

1.	Sprachvermittlungssystem	40,0
2.	Radargerät und Datenschnittstellen	90,0
3.	Gepäckwagen 3 Stck.	12,0
4.	Kehrbesen für Vorfeldreinigung	25,0
5.	Follow-Me-Fahrzeug GAT	25,0
6.	Besenwellen für Kehrblasgeräte	12,0
7.	Neuanschaffung und Austausch von PC´s und Zubehör	13,0
8.	Mobiliar für Archiv und Büroausstattungen	7,0
9.	Erweiterung Werkzeugbestand div. Abteilungen TD	10,0
10.	Lüftungsanlage Befeuerungsraum	5,0
11.	Erweiterung Schließanlage	7,0
12.	Funkgeräte für Tower, GAT und Feuerwehr	5,0
13.	Funkgeräte für Betriebsfunk	5,0
14.	GWG	5,0

Summe: 261,0

Erläuterungen

1. Wegen fehlender Erssatzteilbeschaffung ist der Ersatz der bisherigen Sprachvermittlungsanlage notwendig.
2. Aufgrund von Datenumstellungen bei der DFS ist ein neues Radargerät anzuschaffen und die Datenserver zu erneuern.
3. Es müssen 3 neue Gepäckwagen beschafft werden
4. Ein Kehrgerät zur Reinigung der Randbereiche des Vorfeldes ist zu beschaffen.
5. Für das GAT ist ein abgängiges Follow-Me-Fahrzeug zu beschaffen.
6. Die Besenwellen f.d. im Winterdienst eingesetzten Kehrblasger. sind zu erneuern.
7. Austausch von PC`s gegen leistungsstärkere PC`s und Neuanschaffung von PC`s.
8. Beschaffung von Mobiliar für Archivierung und Büroausstattungen.
9. Der Werkzeugbestand im Betriebsbereich ist zu erweitern.
10. Im Befeuerungsraum ist eine Lüftungsanlage einzubauen.
11. Die elektronische Schließanlage soll erweitert werden.
12. Wegen Umstellung der Frequenzraster sind neue Funkgeräte zu beschaffen.
13. Neuanschaffung und Austausch defekter Funkgeräte.
14. Beschaffungen unter 409 €.

1.	Kredit III	9,1
2.	Kredit I/Mietkauf	40,0
3.	Kredittilgung Darlehen	0,0

Summe: 49,1

IV. Inanspruchnahme von Rückstellungen

1.	Sanierung Kanalsysteme	230,0
2.	EBS- GmbH	0,0*
3.	Brandschutzsanierung	48,0
4.	Sanierung Gebäude	153,0
5.	Oberflächensanierung Vorfelder	58,0

Summe: 489,0

* Realisierung voraussichtlich im Jahr 2017

1. Tilgung des im Jahr 2002 aufgenommenen Investitionsdarlehens für den nach ICAO-Standard neu errichteten Flughafenzaun, vgl. Kto. 21220
2. Tilgung von im Jahr 2015 erfolgten Mietkauf in Höhe von 340 T€ vgl. Kto. 21291 für Kehrblaszug
3. Für den am Ende des Jahres geplanten Kredit in Höhe von rd. 1,5 Mio. soll die erste Tilgungsrate erst im Jahr 2018 erfolgen, vgl. Kto. 21292

IV. Zusammenstellung der Ausgaben

1.	Bauvorhaben	1.391,0
2.	Beschaffungen	261,0
3.	Tilgung von Investitionsdarlehen	49,1
4.	Inanspruchnahme von Instandhaltungsrückstellungen	489,0
	Summe:	2.190,1

V. Deckungsmittel

1.	Abschreibungsmittel 2017 (lfd. Betrieb)	1.140,0
2.	Eigenmittel/Darlehen	1.050,1
	Summe:	2.190,1

<i>Betreff:</i> Volkshochschule Braunschweig GmbH VHS Arbeit und Beruf GmbH Haus der Familie GmbH Wirtschaftspläne 2017

<i>Organisationseinheit:</i> DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat	<i>Datum:</i> 01.12.2016
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	<i>Sitzungstermin</i> 08.12.2016	<i>Status</i> Ö
---	-------------------------------------	--------------------

Beschluss:

„Der Vertreter der Stadt Braunschweig in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Wirtschaftsplan 2017 der Volkshochschule Braunschweig GmbH in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 22. November 2016 empfohlenen Fassung wird beschlossen.
2. Die Geschäftsführung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der VHS Arbeit und Beruf GmbH die Stimmabgabe so auszuüben, dass der Wirtschaftsplan 2017 der Gesellschaft in der vom Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH in seiner Sitzung am 22. November 2016 empfohlenen Fassung beschlossen wird.
3. Die Geschäftsführung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der Haus der Familie GmbH die Stimmabgabe so auszuüben, dass der Wirtschaftsplan 2017 der Gesellschaft in der vom Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH in seiner Sitzung am 22. November 2016 empfohlenen Fassung beschlossen wird.“

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin der Volkshochschule Braunschweig GmbH. Die Volkshochschule Braunschweig GmbH wiederum ist alleinige Gesellschafterin der VHS Arbeit und Beruf GmbH und der Haus der Familie GmbH.

Für jede Gesellschaft wird ein eigener Wirtschaftsplan aufgestellt.

Gemäß § 12 Satz 1 Buchstabe b) des Gesellschaftsvertrages der Volkshochschule Braunschweig GmbH obliegt die Feststellung des Wirtschaftsplanes der Gesellschafterversammlung.

Um eine Stimmbindung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Braunschweig GmbH herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 1. November 2016 entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Der Wirtschaftsplan bedarf gemäß § 10 Ziffer 6 Buchstabe b) des Gesellschaftsvertrages der Beratung im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH hat sich in seiner Sitzung am 22. November 2016 mit den Wirtschaftsplänen der VHS-Gruppe befasst und den Gesellschafterversammlungen empfohlen, die Wirtschaftspläne zu beschließen.

Im Hinblick auf die Harmonisierung des europäischen Rechtsrahmens wurde das neue Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) am 7. Januar 2015 beschlossen. Dies führt grundsätzlich vom Geschäftsjahr 2016 an zu kleineren Ausweisänderungen u. a. in der Gewinn- und Verlustrechnung, im Anhang und im Lagebericht. Für die VHS-Gruppe bedeutet dies insbesondere, dass aufgrund der erweiterten Definition der Umsatzerlöse künftig fast alle Arten von Erträgen den Umsatzerlösen zuzuordnen und kaum noch Positionen unter den sonstigen betrieblichen Erträgen auszuweisen sind. Zusätzlich entfallen auch die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen, d. h. dass die bisher im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesenen Sachverhalte nun im Betriebsergebnis gezeigt werden. In den letzten Jahren sind jedoch bei der VHS-Gruppe keine Erträge und Aufwendungen von außerordentlicher Bedeutung angefallen.

Volkshochschule Braunschweig GmbH

Der vorgelegte Wirtschaftsplan 2017 der Volkshochschule Braunschweig GmbH weist im Erfolgsplan bei Gesamterträgen (inklusive Zinserträgen) in Höhe von 5.273,0 T€ und Gesamtaufwendungen in Höhe von 6.169,5 T€ einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 896,5 T€ aus. Der Jahresfehlbetrag wird von der Stadt Braunschweig ausgeglichen. Entsprechende Mittel werden in den Haushaltsplan 2017 eingeplant.

Im Vergleich zu den Daten der Jahre 2015 und 2016 stellen sich die Planzahlen wie folgt dar:

	Angaben in T€	Ist 2015	Plan 2016	Prognose 2016*)	Plan 2017
1	Umsatzerlöse	2.962,0	3.059,2	4.820,6	5.272,9
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.856,1	1.761,4	0,0	0,0
2a	<i>Gesamterträge: % zum Vorjahr/Plan</i>		+0,1%	+0,1% / 0,0%	+9,4%
3	Materialaufwand	-1.838,9	-1.718,9	-1.718,9	-1.502,5
4	Personalaufwand	-2.456,4	-2.685,0	-2.685,0	-3.382,0
5	Abschreibungen	-97,1	-140,0	-140,0	-160,0
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.210,0	-1.125,0	-1.125,0	-1.125,0
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	-784,3	-848,3	-848,3	-896,6
8	Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,3	0,3	0,1
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	-784,3	-848,0	-848,0	-896,5
11	sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	-784,3	-848,0	-848,0	-896,5

*) Prognosedaten Stand 30.09.2016

Im Vergleich zu den Vorjahren ergibt sich für das Geschäftsjahr 2017 eine Steigerung des Fehlbetrages. Dies ist insbesondere durch den Anstieg der Personalaufwendungen begründet. Die Volkshochschule Braunschweig GmbH sowie ihre Tochtergesellschaften haben in 2015 mit den Gewerkschaften ver.di und GEW einen Haustarifvertrag abgeschlossen. Dieser sieht einen kontinuierlichen Anstieg der Gehälter vor. Der erste Schritt der im Entgelttarifvertrag enthaltenen temporären Stufenaufstiege (nach 2, 3 und 4 Jahren) wird in 2017 wirksam. Einen Großteil der Kostensteigerungen kann die Gesellschaft durch eigenwirtschaftliche Leistungen refinanzieren (Steigerung des Gesamtvolumens aufgrund der Nachfrage in den Themenfeldern Sprache und Integration). Der übersteigende Betrag soll von der Stadt Braunschweig im Rahmen des Verlustausgleichs getragen werden.

VHS Arbeit und Beruf GmbH

Der Wirtschaftsplan der VHS Arbeit und Beruf GmbH gliedert sich in die Geschäftsbereiche „Kommunale Beschäftigungsförderung“ und „Allgemeine Projekte“. Der Wirtschaftsplan 2017 der VHS Arbeit und Beruf GmbH weist im Erfolgsplan bei Gesamterträgen (inklusive Zinserträgen) in Höhe von 5.326,8 T€ und Gesamtaufwendungen (inklusive Steuern) in Höhe von 5.326,8 T€ ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus. Die Erträge beinhalten den Verlustausgleich der Stadt für den Bereich „Kommunale Beschäftigungsförderung“ in Höhe von 2.245,5 T€.

Im Vergleich zu den Daten der Jahre 2015 und 2016 stellen sich die Planzahlen wie folgt dar:

	Angaben in T€	Ist 2015	Plan 2016	Prognose 2016*)	Plan 2017
1	Umsatzerlöse	2.882,0	3.044,9	3.167,9	3.081,1
2	Sonstige betriebliche Erträge**)	1.927,9	2.174,0	2.051,0	2.245,5
2a	Gesamterträge: % zum Vorjahr/Plan		+8,5%	+8,5% / 0,0%	+2,1%
3	Materialaufwand	-1.608,2	-1.589,8	-1.589,8	-1.465,8
4	Personalaufwand	-2.195,6	-2.646,9	-2.646,9	-2.848,3
5	Abschreibungen	-25,3	-35,0	-35,0	-38,5
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-958,9	-941,4	-941,4	-968,2
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	21,9	5,8	5,8	5,8
8	Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,2	0,2	0,2
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	21,9	6,0	6,0	6,0
11	sonstige Steuern	-3,5	-6,0	-6,0	-6,0
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	18,4	0,0	0,0	0,0

*) Prognosedaten Stand 30.09.2016

***) In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind die tatsächlichen bzw. veranschlagten Zuschüsse der Stadt für den Bereich "Kommunale Beschäftigungsförderung" wie folgt enthalten:

1.786,5	2.051,0	2.051,0	2.245,5
---------	---------	---------	---------

Bei einer getrennten Betrachtung der Geschäftsbereiche ergibt sich folgendes Bild:

	Angaben in T€	Kommunale Beschäftigungsförderung			
		Ist 2015	Plan 2016	Prognose 2016*)	Plan 2017
1	Umsatzerlöse	1.800,5	2.202,3	2.202,3	2.047,5
2	Sonstige betriebliche Erträge**)	6,8	0,0	0,0	0,0
2a	<i>Gesamterträge: % zum Vorjahr/Plan</i>		+21,9%	+21,9% / 0,0%	-7,0%
3	Materialaufwand	-1.141,6	-1.256,2	-1.256,2	-1.224,0
4	Personalaufwand	-1.715,4	-2.208,9	-2.208,9	-2.291,5
5	Abschreibungen	-23,3	-31,0	-31,0	-33,5
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-710,1	-751,2	-751,2	-738,0
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	-1.783,1	-2.045,0	-2.045,0	-2.239,5
8	Zins-/Finanzergebnis	0,1	0,0	0,0	0,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	-1.783,0	-2.045,0	-2.045,0	-2.239,5
11	sonstige Steuern	-3,5	-6,0	-6,0	-6,0
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	-1.786,5	-2.051,0	-2.051,0	-2.245,5

*) Prognosedaten Stand 30.09.2016

***) ohne Zuschüsse der Stadt für den Bereich "Kommunale Beschäftigungsförderung"

| 1.786,5 | 2.051,0 | 2.051,0 | 2.245,5 |

	Angaben in T€	Allgemeine Projekte			
		Ist 2015	Plan 2016	Prognose 2016*)	Plan 2017
1	Umsatzerlöse	1.081,5	842,6	965,6	1.033,6
2	Sonstige betriebliche Erträge	134,6	123,0	0,0	0,0
2a	<i>Gesamterträge: % zum Vorjahr/Plan</i>		-20,6%	-20,6% / 0,0%	+7,0%
3	Materialaufwand	-466,6	-333,6	-333,6	-241,8
4	Personalaufwand	-480,2	-438,0	-438,0	-556,8
5	Abschreibungen	-2,0	-4,0	-4,0	-5,0
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-248,8	-190,2	-190,2	-230,2
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	18,5	-0,2	-0,2	-0,2
8	Zins-/Finanzergebnis	-0,1	0,2	0,2	0,2
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	18,4	0,0	0,0	0,0
11	sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	18,4	0,0	0,0	0,0

*) Prognosedaten Stand 30.09.2016

Für den Bereich „Kommunale Beschäftigungsförderung“ ergibt sich im Vergleich zu den Vorjahren eine Ausweitung der von der Stadt Braunschweig zu leistenden Zuschüsse. Dies ist insbesondere dadurch begründet, dass die VHS Arbeit und Beruf GmbH zusätzliche Aufgaben übernommen hat: die Umsetzung des ESF-Langzeitarbeitslosenprogramms für die Stadt sowie die Umsetzung eines Projektes mit der Erbringung von psychosozialen Leistungen nach § 16 a SGB II in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Soziales und Gesundheit.

Haus der Familie GmbH

Der Wirtschaftsplan 2017 der Haus der Familie GmbH weist im Erfolgsplan bei Gesamterträgen in Höhe von 1.086,5 T€ und Gesamtaufwendungen in Höhe von 1.086,5 T€ ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus. Die Erträge beinhalten einen Zuschuss der Stadt in Höhe von 166,3 T€.

Im Vergleich zu den Daten der Jahre 2015 und 2016 stellen sich die Planzahlen wie folgt dar:

	Angaben in T€	Ist 2015	Plan 2016	Prognose 2016*)	Plan 2017
1	Umsatzerlöse	818,6	314,0	884,5	1.086,5
2	Sonstige betriebliche Erträge	249,4	570,5	0,0	0,0
2a	Gesamterträge: % zum Vorjahr/Plan		-17,2%	-17,2% / 0,0%	+22,8%
3	Materialaufwand	-383,0	-257,5	-257,5	-424,9
4	Personalaufwand	-488,0	-462,2	-462,2	-493,1
5	Abschreibungen	-14,9	-18,0	-18,0	-17,0
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-162,3	-147,0	-147,0	-151,5
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	19,8	-0,2	-0,2	0,0
8	Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,2	0,2	0,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	19,8	0,0	0,0	0,0
11	sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	19,8	0,0	0,0	0,0

*) Prognosedaten Stand 30.09.2016

Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Erläuterungen zu den Wirtschaftsplänen verwiesen.

In der Anlage sind die Wirtschaftspläne 2017 der Volkshochschule Braunschweig GmbH, der VHS Arbeit und Beruf GmbH sowie der Haus der Familie GmbH beigelegt. Darüber hinaus ist nachrichtlich eine Gesamtdarstellung der VHS-Gruppe beigelegt.

Geiger

Anlage/n:

Wirtschaftspläne 2017

Wirtschaftsplan 2017

VHS-Gruppe

Gesamtdarstellung

Stand: 04.11.2016

In T €	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017
Erträge			
1. Umsatzerlöse	6.662,6	6.418,1	9.440,5
2. Sonstige betriebliche Erträge	4.033,4	4.505,9	2.245,5
Gesamterträge	10.696,0	10.924,0	11.686,0
Aufwendungen			
3. Materialaufwand	-3.830,1	-3.566,2	-3.393,2
4. Personalaufwand	-5.140,0	-5.794,1	-6.723,4
5. Abschreibungen	-137,3	-193,0	-215,5
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	-2.331,2	-2.213,4	-2.244,7
Gesamtaufwendungen	-11.438,6	-11.766,7	-12.576,8
7. Betriebsergebnis	-742,6	-842,7	-890,8
8. Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,7	0,3
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0
10. Ergebnis nach Steuern	-742,6	-842,0	-890,5
11. Sonstige Steuern	-3,5	-6,0	-6,0
12. Jahresergebnis	-746,1	-848,0	-896,5

Wirtschaftsplan 2017

Volkshochschule Braunschweig GmbH

Stand: 04.11.2016

In T €	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017
Erträge			
1. Umsatzerlöse	2.962,0	3.059,2	5.272,9
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.856,1	1.761,4	0,0
Gesamterträge	4.818,1	4.820,6	5.272,9
Aufwendungen			
3. Materialaufwand	-1.838,9	-1.718,9	-1.502,5
4. Personalaufwand	-2.456,4	-2.685,0	-3.382,0
5. Abschreibungen	-97,1	-140,0	-160,0
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	-1.210,0	-1.125,0	-1.125,0
Gesamtaufwendungen	-5.602,4	-5.668,9	-6.169,5
7. Betriebsergebnis	-784,3	-848,3	-896,6
8. Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,3	0,1
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0
10. Ergebnis nach Steuern	-784,3	-848,0	-896,5
11. Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0
12. Jahresergebnis	-784,3	-848,0	-896,5

Wirtschaftsplan 2017

VHS Arbeit und Beruf GmbH

Stand: 04.11.2016

In T €	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017
Erträge			
1. Umsatzerlöse	2.882,0	3.044,9	3.081,1
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.927,9	2.174,0	2.245,5
Gesamterträge	4.809,9	5.218,9	5.326,6
Aufwendungen			
3. Materialaufwand	-1.608,2	-1.589,8	-1.465,8
4. Personalaufwand	-2.195,6	-2.646,9	-2.848,3
5. Abschreibungen	-25,3	-35,0	-38,5
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	-958,9	-941,4	-968,2
Gesamtaufwendungen	-4.788,0	-5.213,1	-5.320,8
7. Betriebsergebnis	21,9	5,8	5,8
8. Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,2	0,2
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0
10. Ergebnis nach Steuern	21,9	6,0	6,0
11. Sonstige Steuern	-3,5	-6,0	-6,0
12. Jahresergebnis	18,4	0,0	0,0

* In den "Sonstigen betrieblichen Erträgen" der Pläne 2016 u. 2017 ist der veranschlagte Verlustausgleich durch Stadt Braunschweig (2016: 1.806+200+45 T €; 2017: 1.830,5+370+45 T €) enthalten.

* In den "Sonstigen betrieblichen Erträgen des "IST 2015" ist der Verlustausgleich durch Stadt Braunschweig (1.786,5 T €) enthalten.

VHS Arbeit und Beruf GmbH - Wirtschaftsplan 2017

Aufteilung in "Kommunale Beschäftigungsförderung (KBF)" und "VHS Arbeit und Beruf allgemein (A+B allg.)"

Stand: 04.11.2016

in Tsd. €	Ist 2015			Plan 2016			Plan 2017		
	KBF	A+B allg.	Gesamt	KBF	A+B allg.	Gesamt	KBF	A+B allg.	Gesamt
Erträge									
1. Umsatzerlöse	1.800,5	1.081,5	2.882,0	2.202,3	842,6	3.044,9	2.047,5	1.033,6	3.081,1
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.793,3	134,6	1.927,9	2.051,0	123,0	2.174,0	2.245,5	0,0	2.245,5
Gesamterträge	3.593,8	1.216,1	4.809,9	4.253,3	965,6	5.218,9	4.293,0	1.033,6	5.326,6
Aufwendungen									
3. Materialaufwand	-1.141,6	-466,6	-1.608,2	-1.256,2	-333,6	-1.589,8	-1.224,0	-241,8	-1.465,8
4. Personalaufwand	-1.715,4	-480,2	-2.195,6	-2.208,9	-438,0	-2.646,9	-2.291,5	-556,8	-2.848,3
5. Abschreibungen	-23,3	-2,0	-25,3	-31,0	-4,0	-35,0	-33,5	-5,0	-38,5
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	-710,1	-248,8	-958,9	-751,2	-190,2	-941,4	-738,0	-230,2	-968,2
Gesamtaufwendungen	-3.590,4	-1.197,6	-4.788,0	-4.247,3	-965,8	-5.213,1	-4.287,0	-1.033,8	-5.320,8
7. Betriebsergebnis	3,4	18,5	21,9	6,0	-0,2	5,8	6,0	-0,2	5,8
8. Zins-/Finanzergebnis	0,1	-0,1	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,2	0,2
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Ergebnis nach Steuern	3,5	18,4	21,9	6,0	0,0	6,0	6,0	0,0	6,0
11. Sonstige Steuern	-3,5	0,0	-3,5	-6,0	0,0	-6,0	-6,0	0,0	-6,0
12. Jahresergebnis	0,0	18,4	18,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen:

In den "Sonstigen betrieblichen Erträgen" des "IST 2015" ist der Verlustausgleich durch Stadt Braunschweig (1.786,5 Tsd. €) enthalten.

In den "Sonstigen betrieblichen Erträgen" der Pläne 2016 und 2017 ist der veranschlagte Verlustausgleich durch Stadt Braunschweig (2016: 1.806+200+45 Tsd. €; 2017: 1.830,5+370+45 Tsd. €) enthalten.



Wirtschaftsplan 2017

Haus der Familie GmbH

Stand: 04.11.2016

In T €	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017
Erträge			
1. Umsatzerlöse	818,6	314,0	1.086,5
2. Sonstige betriebliche Erträge	249,4	570,5	0,0
Gesamterträge	1.068,0	884,5	1.086,5
Aufwendungen			
3. Materialaufwand	-383,0	-257,5	-424,9
4. Personalaufwand	-488,0	-462,2	-493,1
5. Abschreibungen	-14,9	-18,0	-17,0
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	-162,3	-147,0	-151,5
Gesamtaufwendungen	-1.048,2	-884,7	-1.086,5
7. Betriebsergebnis	19,8	-0,2	0,0
8. Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,2	0,0
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0
10. Ergebnis nach Steuern	19,8	0,0	0,0
11. Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0
12. Jahresergebnis	19,8	0,0	0,0

* In den "Sonstigen betrieblichen Erträgen" des Plans 2016 ist der Zuschuss der Stadt Braunschweig für das HdF (2016: 159.800,- €) enthalten.
Im Plan 2017 ist der Zuschuss der Stadt Braunschweig (166.300,- €) in den "Umsatzerlösen" enthalten.

Erläuterungen zu den Wirtschaftsplänen 2017

Volkshochschule Braunschweig GmbH und Tochtergesellschaften

Die VHS-Gruppe setzt bei ihren Planungen für das Geschäftsjahr 2017 ein Gesamtumsatzvolumen in Höhe von rd. 11,7 Mio € an. Die Förderung von Seiten der Stadt Braunschweig beträgt insgesamt 3.308.300 €. Davon als Verlustausgleich 896,5 Tsd. € bei der Muttergesellschaft und 2.245,5 Tsd. € für die Betreuungsaufgaben der VHS-Tochter Arbeit und Beruf sowie 166,3 € als Zuschuss für die Familienbildungsstätte Haus der Familie.

Volkshochschule Braunschweig GmbH

Erträge	Tsd. €
1. Umsatzerlöse	5.272,9
Die Erlöse setzen sich zusammen aus:	
Teilnehmergebühren	1.830,0
Koordinierungsstelle Frau und Beruf	150,0
Berufsbezogenes Deutsch/ESF-BAMF	600,0
Sprachförderung Integration Flüchtlinge	385,0
IQ-Netzwerk – Berufsbezogenes Deutsch	339,0
Sonstige Projekte / Aufträge	275,3
Verrechnungen im Bereich Personal und Infrastruktur mit den Tochtergesellschaften (neu: nach BilRUG unter „Umsatzerlösen“ zu verbuchen)	1.027,1
Sonstige Mieteinkünfte, Lehrmittel	6,5
Zuschuss EBG / Land Niedersachsen	660,0
Bei den Teilnehmergebühren wird eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr erwartet (freie Sprachkurse, ohne Drittmittel).	
Die Erträge bei den „Sonstigen Projekten / Aufträgen“ setzen sich zusammen aus Firmenkursen, Auftragsmaßnahmen und Landesprogrammen im Bereich Grundbildung	
2. Sonstige betriebliche Erträge	
Nach dem Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) werden die Verrechnungen mit den Tochtergesellschaften, die Zuschüsse des Landes sowie die Sonstigen Mieteinkünfte, Lehrmittel nicht mehr unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen, sondern jetzt unter den Umsatzerlösen aufgeführt.	
<u>Summe Erträge</u>	<u>5.272,9</u>

Aufwendungen	Tsd. €
--------------	--------

3. Materialaufwand	1.502,5
--------------------	---------

Minderung gegenüber dem Vorjahr im Bereich der Honorarausgaben aufgrund der Einstellung ehemaliger Honorarprofessoren

4. Personalaufwand	3.382,0
--------------------	---------

Die Erhöhung gegenüber der Vorjahresprognose um etwa ca. 700 Tsd. € entsteht aufgrund von Neueinstellungen und Tarifierhöhungen.

5. Abschreibungen	160,0
-------------------	-------

6. Sonstiger Betrieblicher Aufwand	1.125,0
------------------------------------	---------

<u>Summe Aufwendungen</u>	<u>6.169,5</u>
----------------------------------	-----------------------

7. Betriebsergebnis	-896,6
----------------------------	---------------

8. Zins-/Finanzergebnis	0,1
-------------------------	-----

9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0
---	-----

10. Ergebnis nach Steuern	-896,5
----------------------------------	---------------

11. Sonstige Steuern	0,0
----------------------	-----

12. Jahresergebnis	-896,5
---------------------------	---------------

VHS Arbeit und Beruf GmbH

Erträge	Tsd. €
1. Umsatzerlöse	3.081,1
Die Erlöse im betrauten Bereich der Kommunalen Beschäftigungsförderung setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen: Einnahmen für die Umsetzung der Maßnahmen mit Arbeitsgelegenheiten (AGH) im Auftrag des Jobcenters Braunschweig.	
- Gartenlandschaftsbau („Bauprojekt“)	68,8
- Stadtbildverschönerung („Wildkrautprojekt“)	42,3
- Manuelle Reinigung der Innenstadt („USB“)	103,7
- Hauswirtschaftliche Grundversorgung	87,7
- Aktivierung und Tagesstruktur für Personen mit multiplen Hemmnissen	141,3
- Erproben was geht („EWG“)	51,8
- Graffiti-Entfernung	76,2
- Bürgergarten Bebelhof	15,9
- KleiderCenter	27,2
- KombiProjekt	83,8
- Kostenerstattung Mehraufwandsentschädigung („1-Euro“)	177,8
- Förderung von Beschäftigungsverhältnissen (FAV) nach SGB II	146,9
- ESF-Programm zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser	217,6
- „Flüchtlingsintegrationsmaßnahme (FIM)“ des BMAS	39,0
- Förderung durch die NBank; Schulpflichterfüllung in Jugendwerkstätten (SiJu) und Jugendwerkstatt (JWS) inkl. Mittel des JC BS über §45 SGB III	385,5
- Verkaufserlöse Schubica	382,0
Summe Erträge Betrauter Bereich	2.047,5
Im allgemeinen Bereich sind dies Projekte und Maßnahmen aus dem SGB II / III nach Vergabeverfahren oder mit individuellen Bildungsgutscheinen.	
- Aktivierungshilfen für Jüngere („Durchstarten“)	408,6
- Kooperation „Praxisklassen“ an der HS Sophienstraße und der HS Pestalozzistraße	140,0
- Umsetzung Projekt „Jobfabrik“ für das JC Braunschweig	169,2
- Kostenerstattung Teilnehmerfahrtkosten	24,0
- Durchführung von Kompetenzfeststellungen und berufspraktischen Tagen im Rahmen der Berufsorientierung in BS, SZ und WF (BOBS, BONA-SZ, KoPra WF), Bildungsgutscheinmaßnahmen sowie diverse Kleinprojekte	164,6
- Verrechnung Personal Muttergesellschaft	127,2
Summe Erträge Allgemeiner Bereich	1.033,6
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.245,5
- Verrechnung Personal Muttergesellschaft	0,0
- Verlustausgleich Betrauter Bereich durch Stadt	2.245,5
Hier weichen wir in der Darstellung gegenüber dem Vorjahresplan ab. Nach	

dem Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) werden die Verrechnungen mit der Muttergesellschaft für die Personalgestellung nicht mehr unter den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“, sondern jetzt unter den „Umsatzerlösen“ aufgeführt.

Summe Erträge **5.326,6**

Aufwendungen **Tsd. €**

3. Materialaufwand **1.465,8**

Die entscheidenden und größten Posten hierbei sind im betrauten Bereich der „Kommunalen Beschäftigungsförderung“:

- Dozenten honorare 26,1
- bezogene Leistungen von der Muttergesellschaft in Form von Personalgestellung 383,5
- bezogene Leistungen von der Stadt Braunschweig in Form von Personalgestellung 326,9
- Verrechnung Gemeinkosten mit Muttergesellschaft 116,0
- Einkauf SchuBiCa 275,0
- Sach- und Teilnehmerkosten 96,5

Summe Materialaufwand im betrauten Bereich **1.224,0**

Im nicht betrauten Bereich sind dies:

- Dozenten honorare 99,6
- bezogene Leistungen von der Muttergesellschaft in Form von Personalgestellung 80,1
- Verrechnung Gemeinkosten mit Muttergesellschaft 29,0
- Sach- und Teilnehmerkosten 13,1
- Pauschale Kooperationspartner 20,0

Summe Materialaufwand im allgemeinen Bereich **241,8**

4. Personalaufwand **2.848,3**

Entscheidenden Anteil im betrauten Bereich der „Kommunalen Beschäftigungsförderung“ hat hier der Aufwand für die Umsetzung von geförderter Beschäftigung

- Förderung von Beschäftigungsverhältnissen (FAV) nach SGB II 294,0
- ESF-Programm zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser 496,2
- Angestelltes Personal VHS AuB 1.501,3

Summe Personalaufwand im betrauten Bereich **2.291,5**

Im allgemeinen Bereich handelt es ausschließlich um angestelltes Personal der VHS AuB.

Summe Personalaufwand im allgemeinen Bereich **556,8**

5. Abschreibungen	38,5
Abschreibungen im Betrauten Bereich	33,5
Abschreibungen im Allgemeinen Bereich	5,0
Anpassung der Prognosezahlen an Hand der im laufenden Jahr gesammelten Erfahrungen mit der benötigten Infrastruktur und Ausstattung für den betrauten Bereich.	
6. Sonstiger betrieblicher Aufwand	968,2
Im betrauten Bereich sind dies im Wesentlichen	
- Raumaufwendungen	163,9
- Verwaltungsaufwendungen	60,8
- Mehraufwandsentschädigungen („1-Euro“)	177,6
- Aufwendungen für Kraftfahrzeuge	109,0
- Übrige Aufwendungen (inkl. IT-Aufwendungen)	226,70
Summe Sonstiger Betrieblicher Aufwand im Betrauten Bereich	738,0
Im allgemeinen Bereich sind dies im Wesentlichen	
- Raumaufwendungen	127,7
- Verwaltungsaufwendungen	17,7
- Fahrtkostenerstattung Teilnehmer	24,0
- Übrige Aufwendungen (inkl. IT-Aufwendungen)	60,8
Summe Sonstiger Betrieblicher Aufwand im allgemeinen Bereich	230,2
<u>Summe Aufwendungen</u>	<u>5.320,8</u>
7. Betriebsergebnis	5,8
8. Zins-/Finanzergebnis	0,2
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0
10. Ergebnis nach Steuern	6,0
11. Sonstige Steuern	6,0
Hier sind die KFZ-Steuer für die Fahrzeuge im betrauten Bereich erfasst.	
12. Jahresergebnis	0,0

*Betreff:***Braunschweig Stadtmarketing GmbH Wirtschaftsplan 2017***Organisationseinheit:*

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

Datum:

29.11.2016

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

08.12.2016

Status

Ö

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH werden angewiesen

1. den Wirtschaftsplan 2017 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 29. November 2016 gebilligten Fassung und
2. die Änderung des Gesellschaftsvertrages für 2017 hinsichtlich des Einlagebetrages zu beschließen.“

Sachverhalt:Zu 1.:

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin der Braunschweig Stadtmarketing GmbH (BSM). Gem. § 18 des Gesellschaftsvertrages der BSM ist für jedes Geschäftsjahr ein Wirtschaftsplan aufzustellen, dessen Feststellung nach § 14 Abs. 1 lit. b) der Gesellschafterversammlung obliegt.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der BSM herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich, für den gem. § 6 Ziffer 1 lit. a der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 1. November 2016 der Finanz- und Personalausschuss (FPA) zuständig ist.

Der Aufsichtsrat wird sich in seiner Sitzung am 29. November 2016 mit dem Wirtschaftsplan befassen. Über das Ergebnis wird mündlich berichtet.

Erfolgsplan 2017

Für das Wirtschaftsjahr 2017 werden Gesamterträge in Höhe von 2.921.050 € und Gesamtaufwendungen in Höhe von 4.412.650 € erwartet, sodass sich ein Fehlbetrag von 1.491.600 € ergibt. Unter Berücksichtigung einer Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe von 60.000 € wird ein Zuschussbedarf für die Stadt von 1.431.600 € prognostiziert. Gegenüber den Vorjahren wird mit folgenden geplanten Erträgen und Aufwendungen gerechnet:

	Angaben in T€	Ist 2015	Plan 2016	Prognose 2016	Plan 2017
1	Umsatzerlöse	3.022,6	2.957,6	3.221,1	2.921,1
1a	% zum Vorjahr/Plan	-	- 2,2	+6,6/+ 8,9	-9,3
2	Sonstige betriebliche Erträge	85,5	0,0	0,0	0,0
3	Materialaufwand	-2.144,9	-1.682,9	-1.918,1	-1.692,3
4	Personalaufwand	-1.621,0	-1.961,6	-1.961,6	-2.041,0
5	Abschreibungen	-37,4	-49,6	-49,6	-43,8
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-620,5	-665,0	-625,9	-635,6
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	-1.315,7	-1.401,5	-1.334,1	-1.491,6
8	Zins-/Finanzergebnis	0,8	0,0	0,0	0,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	-1.314,9	-1.401,5	-1.334,1	-1.491,6
11	sonstige Steuern	2,1	0,0	0,0	0,0
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	-1.312,8	-1.401,5	-1.334,1	-1.491,6
13	Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	65,0	0	60,0
14	Verbleibendes Jahresergebnis	-1.312,8	-1.336,5	-1.334,1	-1.431,6

Im Hinblick auf die Harmonisierung des europäischen Rechtsrahmens wurde das neue Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) am 7. Januar 2015 beschlossen. Dies führt vom Geschäftsjahr 2016 an zu kleineren Ausweisänderungen u. a. in der Gewinn- und Verlustrechnung, im Anhang und im Lagebericht. Zusätzlich entfallen die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen, d. h. dass die bisher im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesenen Sachverhalte nun im Betriebsergebnis gezeigt werden. Entnahmen aus der Kapitaleinlage, die bisher als außerordentliche Erträge dargestellt wurden, werden nunmehr separat unter dem Jahresergebnis ausgewiesen.

Aufgrund leicht sinkender Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr (- 36,5 T€) wird bei steigendem Material- (+ 9,4 T€) und Personalaufwand (+79,4 T€), geringeren sonstigen betrieblichen Aufwendungen (-29,4 T€) sowie einer Entnahme aus der Kapitalrücklage der BSM in Höhe von 60,0 T€ ein um 95,1 T€ schlechteres verbleibendes Jahresergebnis gegenüber 2016 prognostiziert.

Im Materialaufwand ist der Einlagebetrag in Höhe von 150,0 T€ enthalten, der an die Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH, an der die BSM mit 25,2 % beteiligt ist, weitergeleitet wird.

Betriebsergebnis

Insgesamt wird ein verbleibender Jahresfehlbetrag von 1.431,6 T€ erwartet, der durch die Festbetragseinlage in Höhe von 1.257,2 T€ und die variable Einlage in Höhe von 174,4 T€ ausgeglichen werden soll. Entsprechende Mittel werden im Haushaltsplan 2017 veranschlagt.

Finanzplan 2017

Es sind Investitionen in Höhe von 43,8 T€ vorgesehen, die durch als erwirtschaftet angenommene Abschreibungen finanziert werden sollen.

Zu 2.:

§ 5 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Stadtmarketing GmbH regelt die Höhe der Festbetragseinlage. Der in der Wirtschaftsplanung 2017 ausgewiesene Zuschussbedarf von 1.431,6 T€ soll durch die Festbetragseinlage in Höhe von 1.257,2 T€ und die variable Einlage in Höhe von 174,4 T€ gedeckt werden. Insoweit ist eine Änderung des Gesellschaftsvertrages erforderlich.

Die Änderung des Gesellschaftsvertrages obliegt gem. § 14 Abs. 1 lit. a) ebenfalls der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH. Gemäß § 6 Ziffer 1 lit. a der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 1. November 2016 wurde die Zuständigkeit auch hierfür für die Dauer der laufenden Wahlperiode auf den FPA übertragen. Nach Beratung im Finanz- und Personalausschuss ist eine entsprechende Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung vorgesehen.

Die Wirtschaftspläne 2017 der Braunschweig Stadtmarketing GmbH und der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH sind als Anlagen beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

Wirtschaftsplan der Braunschweig Stadtmarketing GmbH

Wirtschaftsplan der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH



Braunschweig Stadtmarketing GmbH

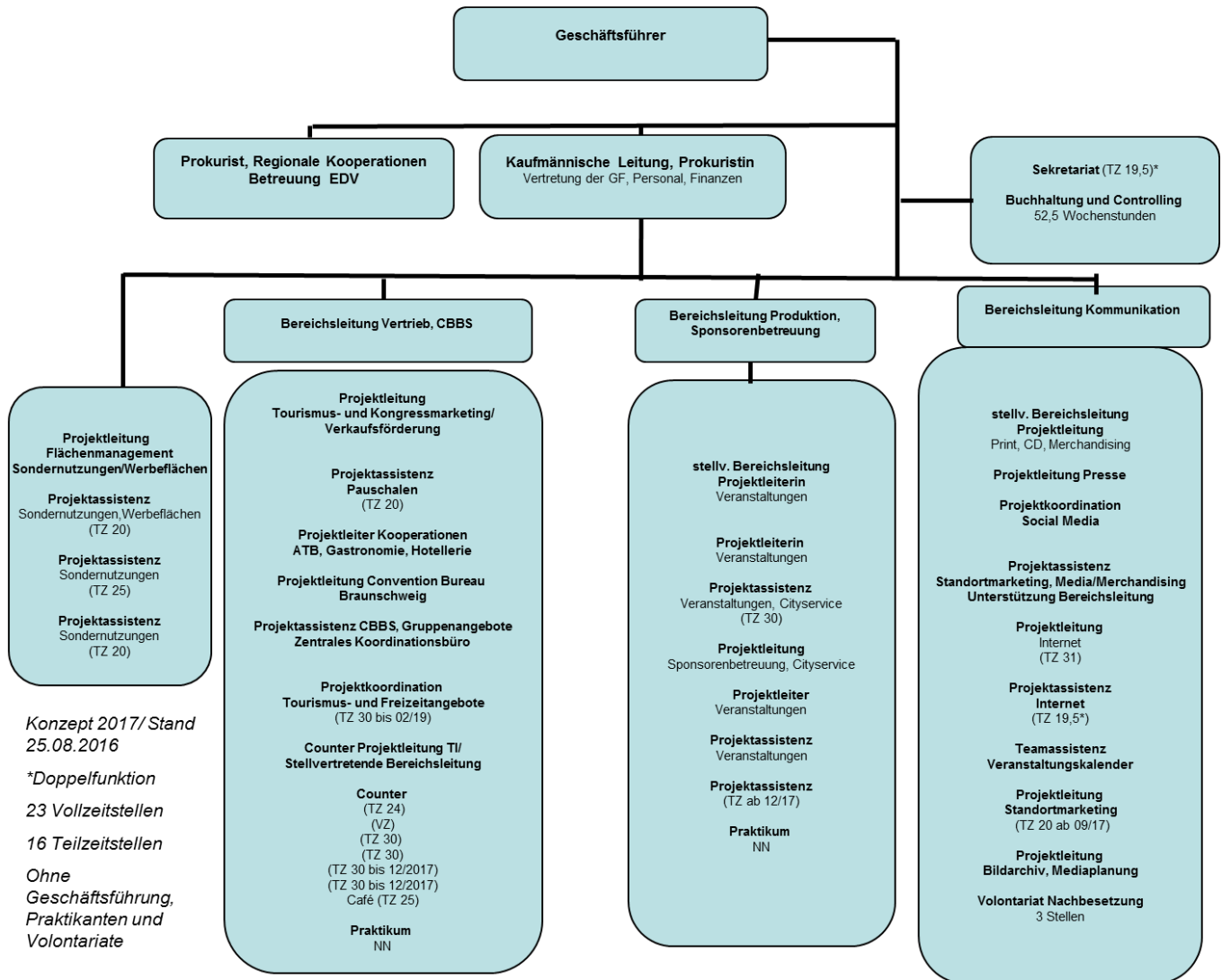
Wirtschaftsplanung für das Jahr 2017

Braunschweig Stadtmarketing GmbH		Stand 09.09.2016						
Wirtschaftsplan 2017								
lfd. Nr.		2015	2015	2016	2016	2016	2017	
		Ist	Anteil/DAWI	WP	Anteil/DAWI	Prognose	WP	Anteil/DAWI
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
	Erlöse							
01	Erlöse aus Marketingmaßnahmen	284.947	284.947	198.650	63.650	478.750	199.050	68.050
02	Erlöse aus Werberechten	1.016.618		1.037.000		1.037.000	1.037.000	
03	Erlöse aus tourist. Produkten u. Marketing	606.675	606.675	527.550	527.550	527.550	571.200	571.200
04	Erlöse aus Convention	67.598	67.598	41.600	41.600	52.770	54.100	54.100
05	Erlöse aus Eigenveranstaltungen	805.490		741.500		775.580	710.500	
06	Erlöse aus Sondernutzungen	289.567		212.500		285.000	247.500	
07	Sonstige Erlöse	49.765	49.765	95.400	88.250	64.400	101.700	87.971
08	Rechnungsabgrenzung für Projekte 2015/2016			103.350			0	
	Summe Erlöse	3.120.660	1.008.985	2.957.550	721.050	3.221.050	2.921.050	781.321
	Aufwendungen							
09	Personalkosten	1.840.037	1.512.878	1.961.600	1.659.513	1.961.600	2.041.000	1.726.686
	davon städtische Mitarbeiter (nachrichtlich)	219.023		268.278		268.278	220.000	
10	Raumkosten	236.797	194.694	239.400	170.811	195.000	232.000	165.531
11	Bürokommunikation	99.197	81.560	127.100	127.100	127.100	127.100	127.100
12	Marketingmaßnahmen	514.392	514.392	319.200	139.150	575.550	320.750	124.050
13	Werberechte	57.650		60.000		60.000	60.000	
14	touristische Produkte und Marketing	472.980	472.980	477.150	477.150	457.150	519.400	519.400
15	Convention	45.708	45.708	85.000	85.000	55.280	87.100	87.100
16	Eigenveranstaltungen	596.452		591.500		620.100	555.000	
17	Entgelt für Sondernutzungen	201.042		167.500		189.780	194.500	
18	sonstige Aufwendungen	181.715	149.406	131.000	129.411	114.000	82.000	81.005
19	Abschreibungen	37.446	30.788	49.600	42.904	49.600	43.800	37.887
	Summe Aufwendungen	4.283.416	3.002.407	4.209.050	2.831.038	4.405.160	4.262.650	2.868.758
20	Aufwand Haus der Wissenschaft BS	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
	Summe Sonderprojekte	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
	Summe Aufwendungen	4.433.416	3.152.407	4.359.050	2.981.038	4.555.160	4.412.650	3.018.758
	Summe Aufwendungen	4.433.416	3.152.407	4.359.050	2.981.038	4.555.160	4.412.650	3.018.758
	Summe Erlöse	3.120.660	1.008.985	2.957.550	721.050	3.221.050	2.921.050	781.321
	Jahresergebnis	-1.312.756	-2.143.422	-1.401.500	-2.259.988	-1.334.110	-1.491.600	-2.237.438
	Entnahme Kapitalrücklage	0	0	65.000	0		60.000	
	Einlage der Stadt gemäß GV-Vertrag		1.318.300	1.336.500		1.336.500	1.431.600	
	Entnahme Kapitalvermögen lfd. Jahr		1.312.756	1.401.500	1.336.500	1.336.500	1.491.600	1.431.843

Braunschweig Stadtmarketing GmbH				
Finanzplan 2015 bis 2017				
		IST 2015	WP 2016	WP 2017
		EUR	EUR	EUR
Einnahmen				
Einzahlung Kapital		0,00	0,00	0,00
Verwendung Kapitalrücklage		0,00	65.000,00	60.000,00
Zuführung Kapitalrücklage				
- Festbetrageeinlage gem. Haushaltsentwurf		1.163.900,00	1.162.100,00	1.257.200,00
- Variable Einlage		154.400,00	174.400,00	174.400,00
Abschreibungen		37.446,00	49.600,00	43.800,00
Summe Einnahmen		1.355.746,00	1.451.100,00	1.535.400,00
Ausgaben				
Jahresergebnis lt. Wirtschaftsplanung		-1.162.756,00	-1.251.500,00	-1.341.600,00
Beteiligung H.d.W.		-150.000,00	-150.000,00	-150.000,00
Investitionen lt. Investitionsplan		-37.446,00	-49.600,00	-43.800,00
Summe Ausgaben		-1.350.202,00	-1.451.100,00	-1.535.400,00
Veränderung der liquiden Mittel		5.544,00	0,00	0,00

Braunschweig Stadtmarketing GmbH					
Vermögensplan 2015 bis 2017					
		IST 2015	WP 2016	WP 2017	
		EUR	EUR	EUR	
Zugänge					
Einzahlung Kapital		0,00	0,00	0,00	
Verwendung Kapitalrücklage		0,00	65.000,00	60.000,00	
Zuführung Kapitalrücklage					
- Festbetragseinlage gem. Haushaltsentwurf		1.163.900,00	1.162.100,00	1.257.200,00	
- Variable Einlage		154.400,00	174.400,00	174.400,00	
Abschreibung		37.446,00	49.600,00	43.800,00	
Summe Einnahmen		1.355.746,00	1.451.100,00	1.535.400,00	
Abgänge					
Investitionen		37.446,00	49.600,00	43.800,00	
Beteiligung H.d.W.		150.000,00	150.000,00	150.000,00	
Zuweisung zum Erfolgsplan		1.162.756,00	1.251.500,00	1.341.600,00	
Summe Ausgaben		1.350.202,00	1.451.100,00	1.535.400,00	
Unter- /überdeckung		5.544,00	0,00	0,00	

lfd. Nr.		Erläuterungen zum WP 2017
	Erlöse	
01	Erlöse aus Marketingmaßnahmen	Differenz +1 T€: Der Planansatz begründet sich durch die Fortführung der Standortmarketingkampagne "best choice" und dem Ausbau des Citymarketings.
02	Erlöse aus Werberechten	Keine Veränderung zu 2016. Der Vertrag über die Werberechte wurde zum 01.07.2012 auf die Gesellschaft übertragen. In den Werten sind Festpacht und variable Pacht enthalten.
03	Erlöse aus tourist. Produkten u. Marketing	Differenz +43 T€: Die Erlöse der touristischen Produkte erhöhen sich durch zusätzliche Einnahmen aus Verkäufen von Dienstleistungen, Pauschalen und höheren Umsätzen in der Touristinfo beim Merchandisingverkauf und des Cafébereichs. Wegfallende Umsätze durch Sonderprojekte können durch Modernisierung der eigenen Produktpalette ausgeglichen werden.
04	Erlöse aus Convention	Differenz +12,5 T€: Steigerung der Erlöse aus Kooperationen zum Congressmarketing mit Partnern.
05	Erlöse aus Eigenveranstaltungen	Differenz - 31 T€: In erster Linie sinken die Erlöse durch die jahresbedingte Verkürzung des Veranstaltungszeitraums des Weihnachtsmarktes. Desweiteren wurden bei ausgewählten Veranstaltungen die Sponsorenbeteiligungen aufgrund der Erfahrung geringer eingeschätzt.
06	Erlöse aus Sondernutzungen	Differenz +35 T€: Steigerung der Erlöse aus Sondernutzungen durch Steigerung der Sondernutzungsgebühren und Werbeeinnahmen von Flyerverteilungen.
07	Sonstige Erlöse	Differenz +6 T€: Steigerung durch die Konkretisierung der Berechnungen für Raumkosten- und Sachmittelerstattungen durch Braunschweig Zukunft GmbH für den neuen Standort Schuhstraße 24.
08	Rechnungsabgrenzung für Projekte 2015/2016	Einmalige Position in 2015 durch jahresübergreifende Projekte Merian und Wiedereröffnung Herzog Anton Ulrich Museum
	Aufwendungen	
09	Personalkosten	Differenz: - 79,4 T€: Erforderliche tarifliche Anpassungen, Stufungen und Höhergruppierungen.
	davon städtische Mitarbeiterinnen (nachrichtlich)	Nachrichtliche Ausweisung des Anteils der Personalaufwendungen, da diese im Jahresabschluss dem Materialaufwand zugeordnet werden.
10	Raumkosten	Differenz: + 7T€: Wegfall der Einmalaufwendungen für Umbauarbeiten im neuen Standort Schuhstraße 24
11	Bürokommunikation	keine Veränderung
12	Marketingmaßnahmen	Differenz + 1 T€: geringe Verringerung durch Wegfall von Maßnahmen zur Wiedereröffnung des Herzog Anton Ulrich Museums, da die Maßnahmen des Citymarketings unter anderem durch die Aufnahme der Laserfrequenzmessung, eine Verbesserung der Marktforschung und eine umfangreichere Darstellung Braunschweigs in sozialen Netzwerken eingeplant werden.
13	Werberechte	keine Veränderung
14	touristische Produkte und Marketing	Differenz - 42 T€: Analog der Ertragsverbesserung durch die Steigerung der Produkt und Dienstleistungsverkäufe.
15	Convention	Differenz: - 2 T€: Geringe Erhöhung des Mitteleinsatzes für die Kongressakquise.
16	Eigenveranstaltungen	Differenz: + 36,5 T€: Verringerung des Aufwandes bei verschiedenen Veranstaltungen analog den geringeren Erlösen.
17	Entgelt für Sondernutzungen	Differenz: - 27 T€: Erhöhung durch die Steigerung des Pauschalentgeltes an die Stadt Braunschweig um die 3,8% Erhöhung der Sondernutzungsentgelte gemäß neuer Satzung.
18	sonstige Aufwendungen	Differenz - 49 T€: Einmalige Erhöhung im Vorjahr durch Umbau der neuen Räume in der Schuhstraße und den Umzug dorthin.
19	Abschreibungen	Differenz - 6 T€: Verringerung durch den Wegfall der Abschreibung größerer Anschaffungen, die in 2016 beendet wurde.
20	Aufwand Haus der Wissenschaft BS	keine Veränderung





Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH

Wirtschaftsplanung
für das Jahr
2017

WIRTSCHAFTSPLAN 2017		Stand 07.09.2016				
		WP 2014	WP 2015	WP 2016	WP 2017	Kommentar
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	
1	Sponsorengelder	70.000 €	95.000 €	66.000 €	89.000 €	allgemeines Sponsoring + Veranstaltungssponsoring (inkl. Jubiläumsprogramm)
2	Science Club	15.000 €	20.000 €	18.000 €	18.000 €	erfordert neue Mitglieder, Einbindung über Kampagne Webseite/Haus
3	Fördergelder	133.000 €	217.500 €	70.000 €	88.000 €	primär BMBF-Förderprojekt Science Slam im Wissenschaftsjahr
4	Erlöse Raumvermietung	30.000 €	35.000 €	40.000 €	35.000 €	geringer wg. Aula-Renovierung
5	Erlöse aus Dienstleistungen	22.000 €	22.000 €	26.000 €	45.000 €	Dienstleistungen und Marketingkooperationen, inkl. Minimallösung Geschäftsstelle der ForschungRegion Braunschweig e.V.
6	Erlöse aus eigenen VA	10.000 €	10.000 €	31.000 €	48.000 €	Gelder, durch Beteiligungen von Partnern oder Eintrittsgelder etc. (z.B. Reihe "Tatsachen? Forschung unter der Lupe", Eintritt Science Slam)
7	sonstige Erlöse (nur echte!)	1.000 €	1.000 €	500 €	500 €	Zinsen etc.
	SUMME ERTRÄGE	281.000 €	400.500 €	251.500 €	323.500 €	
WP	Aufwendungen					
8	Personal	230.000 €	290.000 €	245.000 €	250.000 €	
10	Bürokommunikation	6.500 €	7.000 €	7.500 €	7.500 €	
11	Raumvermietung	16.000 €	18.500 €	16.500 €	14.500 €	reduziert, da Aularenovierung (dadurch auch geringere Einnahmen)
13	Betriebskosten	15.500 €	16.500 €	18.000 €	18.000 €	
15	Förderprojekte	70.000 €	149.000 €	16.500 €	60.000 €	nur für reine Förderprojekte (BMBF)
16	Eigenveranstaltungen	57.000 €	65.500 €	68.000 €	96.500 €	Aufwand für sämtliche andere Veranstaltungen (Eigen, Kooperation, DL)
17	Marketingmaßnahmen	35.000 €	15.000 €	20.000 €	15.000 €	Marketing Jubiläumsaktivitäten primär in Veranstaltungen eingerechnet
18	sonst. Aufwendung	13.000 €	24.000 €	13.000 €	13.000 €	
19	Abschreibungen	24.000 €	18.000 €	17.000 €	16.000 €	reduziert, da Abschreibung für Kuppelraum rausgenommen
	SUMME AUFWENDUNGEN	467.000 €	603.500 €	421.500 €	490.500 €	
	Jahresergebnis	-186.000,00 €	-203.000,00 €	-170.000,00 €	-167.000,00 €	
	Gesellschaftereinlage	162.000,00 €	162.000,00 €	162.000,00 €	167.000,00 €	
	Entnahme Kapitalvermögen	-24.000,00 €	-41.000,00 €	-8.000,00 €	0,00 €	
	Stammkapital 25.000					

Finanzplan 2017 / Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH			
Stand: 02.09.2016			
	WP 2015	WP 2016	WP 2017
Einnahmen	EUR	EUR	EUR
Einzahlung Kapital	0		
Kapitalreserve	79.000	49.000	38.000
Zuführung Kapitalrücklage			
BSM	150.000	150.000	150.000
KU	12.000	12.000	12.000
AGV	5.000	5.000	5.000
Abschreibungen	18.000	18.000	16.000
Summe Einnahmen	264.000	234.000	221.000
Ausgaben			
Jahresergebnis lt. Wirtschaftsplanung	-203.000	-170.000	-167.000
Investitionen lt. Investitionsplan	-18.000	-18.000	-16.000
Summe Ausgaben	-221.000	-188.000	-183.000
Veränderung der liquiden Mittel	43.000	46.000	38.000

Vermögensplan 2017 / Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH			
Stand: 02.09.2016			
	WP 2015	WP 2016	WP 2017
Zugänge	EUR	EUR	EUR
Einzahlung Kapital	0	0	0
Kapitalreserve	79.000	49.000	38.000
<i>Zuführung Kapitalrücklage</i>			
BSM	150.000	150.000	150.000
KU	12.000	12.000	12.000
AGV	5.000	5.000	5.000
Abschreibung	18.000	18.000	16.000
Summe Einnahmen	264.000	234.000	221.000
Abgänge			
Investitionen	18.000	18.000	16.000
Zuweisung zum Erfolgsplan	203.000	170.000	167.000
Summe Ausgaben	221.000	188.000	183.000
Unter- /überdeckung	43.000	46.000	38.000

<i>Betreff:</i> Braunschweig Zukunft GmbH - Wirtschaftsplan 2017
--

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 01.12.2016
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	<i>Sitzungstermin</i> 08.12.2016	<i>Status</i> Ö
---	-------------------------------------	--------------------

Beschluss:

„Die Vertreterin/der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung wird angewiesen, den Wirtschaftsplan 2017 der Braunschweig Zukunft GmbH in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 22. November 2016 gebilligten Fassung zu beschließen.“

Sachverhalt:

Der Wirtschaftsplan wird nach § 14 Buchst. d.) des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Zukunft GmbH (BZG) von der Gesellschafterversammlung beschlossen und bedarf einer Weisung an den dortigen Vertreter der Stadt Braunschweig.

Um eine Stimmbindung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der BZG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich, für den gem. § 6 Ziffer 1 lit. a der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 1. November 2016 der Finanz- und Personalausschuss (FPA) zuständig ist.

Der Aufsichtsrat der BZG hat in seiner Sitzung am 22. November 2016 den Wirtschaftsplan 2017 in der vorgelegten Fassung beraten und der Gesellschafterversammlung empfohlen, entsprechend zu beschließen.

Der Wirtschaftsplan 2017 der Gesellschaft weist (vor Verlustübernahme durch die Stadt) einen Fehlbetrag i. H. v. 1.245.600 € aus und liegt damit um 86,0 T€ niedriger als der Plan 2016. Im Haushaltsentwurf 2017 sind Mittel in entsprechender Höhe veranschlagt.

Im Einzelnen:

	In T€	Plan 2015	IST 2015	Plan 2016	Plan 2017
1	Umsatzerlöse	+ 137,1	+ 146,5	+ 155,8	+ 161,6
1a	% zum Vorjahr/Plan		+ 6,8	+ 6,3	+ 3,7
2	Sonstige betriebliche Erträge	+ 244,5	+ 295,4	+ 291,5	+ 208,4
3	Materialaufwand	- 41,8	- 38,2	- 42,0	- 42,2
4	Personalaufwand	- 566,6	- 554,8	- 610,0	- 678,3
5	Abschreibungen	- 25,0	- 16,4	- 25,0	- 25,3
6	Sonst. betriebl. Aufwendungen	- 1.166,9	- 1.230,1	- 1.091,2	- 859,1
7	Betriebsergebnis (Summe 1 bis 6)	- 1.418,7	- 1.397,6	- 1.320,9	- 1.234,9
8	Zins-/Finanzergebnis	0	0	0	0
9	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7 bis 9)	- 1.418,7	- 1.397,6	- 1.320,9	- 1.234,9
11	Sonstige Steuern	- 10,7	- 10,6	- 10,7	- 10,7
12	Jahresergebnis (10-11)	- 1.429,4	- 1.408,2	- 1.331,6	- 1.245,9

Es sind keine Aufwendungen für das Projekt ‚BOBS‘ (2016: 257,3 T€) mehr zu veranschlagen (die Fortsetzung der Maßnahme erfolgt vollständig über den Fachbereich Soziales). Daneben sind erstmalig 90 T€ für die Wirtschaftsförderungsmaßnahme ‚Innovationsflügel‘ (s. o.) eingeplant.

Ferner ist vorgesehen, die Nachbesetzung einer offenen Stelle (nach Ausscheiden des städtischen Mitarbeiters, der diese Stelle bisher innehatte) extern durchzuführen. Daher ist der Personalaufwand erhöht und der Ansatz für die Personalkostenverrechnung (im sonstigen betrieblichen Aufwand) verringert.

Es ist eine Verminderung der sonstigen Erträge veranschlagt. Zum einen fallen in 2017 Rückstellungsaufösungen wie noch in 2016 nicht mehr an. Zum anderen läuft der Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Braunschweig Stadtmarketing GmbH sowie der Kooperationsvertrag mit der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH aus.

Der Finanzplan sieht geringe Investitionen für Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) im Umfang von 25,0 T€ vor.

Als Anlage ist der Wirtschaftsplan 2017 der Gesellschaft beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

Wirtschaftsplan 2017

Wirtschaftsplan 2017

BRAUNSCHWEIG Zukunft GmbH

	Plan 2016 EUR	Plan 2017 EUR
1. Erfolgsplan		
1.1 Miete, Mietnebenkosten	149.200	156.000
1.2 Weiterberechnung Telekommunikation	6.000	5.000
1.3 Fotokopien, Laserdrucker, Leihgebühren LCD Projektor	600	600
1. Umsatzerlöse	155.800	161.600
2.1 Instandhaltungsbeteiligung Mieter	500	500
2.2 Sonstige Erträge	94.000	10.000
2.3 Beteiligungen Gemeinschaftsstand Expo Real	190.000	191.900
2.4 Sachbezüge	7.000	6.000
2. Sonstige betriebliche Erträge	291.500	208.400
Summe Erträge	447.300	370.000
3.1 Fernwärme, Gas, Wasser, Abwasser, Abfall	42.000	42.200
3. Materialaufwand	42.000	42.200
4.1 Geschäftsleitung, Verwaltung, Aushilfen	610.000	678.300
4. Personalaufwand	610.000	678.300
5. Abschreibungen	25.000	25.300
6.1 Personalkostenverrechnung Wifö	221.000	180.200
6.2 Prüfungskosten, Beratungskosten, Buchführung	63.000	63.400
6.3 Werbungskosten		
Veranstaltungen (Unternehmergespräch, Gründungstag, -woche Immobilienfrühstück)	13.700	13.800
Anzeigen, Werbemittel, Werbeanlagen, Internetauftritt	85.000	87.800
Messebeteiligungen (Expo Real, Metropolitan Solutions)	229.700	229.900
Beteiligung Projekt "Berufsorientierung in BS" ("BOBS")	257.300	-

	Plan 2016 EUR	Plan 2017 EUR
6.4 EDV-Kosten	32.100	32.400
6.5 Sonstiges		
Raummiete Schuhstraße	24.200	26.900
Innovationsflügel	-	90.000
Telefon, Telefax, Internet, Kopierkosten	14.800	14.900
Kfz-Kosten	20.400	20.600
Versicherungen	12.600	12.700
Reisekosten	5.000	5.100
Aus- und Fortbildung	5.000	5.100
Diverses (Bürobedarf, Porto, AR-Vergütung, etc.)	41.600	42.000
Leistungsverrechnung mit der Stadt BS	11.200	11.300
6.6 Mitgliedsbeiträge	3.600	3.600
6.7 Gebäude- und Grundstücksunterhaltung, Instandhaltung/Wartung	51.000	19.400
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.091.200	859.100
Summe Aufwendungen	1.768.200	1.604.900
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 1.320.900	- 1.234.900
8. Sonstige Steuern	10.700	10.700
9. Jahresfehlbetrag	- 1.331.600	- 1.245.600

Erläuterungen

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse erhöhen sich um 6 T€ nach der erstmals ganzjährigen Vermietung der ehemaligen Geschäftsräume der Braunschweig Zukunft GmbH in der Gründervilla am Rebenring.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringern sich nach erhöhten Rückstellungsaufösungen im Vorjahr sowie durch das Auslaufen von Geschäftsbesorgungs- und Kooperationsverträgen mit der Braunschweig Stadtmarketing GmbH und der Flughafen BS/WOB GmbH um 83 T€.

3. Materialaufwand

Der Materialaufwand wird sich gegenüber dem Plan 2016 durch die Entwicklung der Energiepreise leicht erhöhen.

4. Personalaufwand

Der Personalaufwand wird sich gegenüber dem Planansatz 2016 um 68 T€ erhöhen. Grund hierfür ist die externe Nachbesetzung einer vakanten Stelle nach Ausscheiden eines zugewiesenen städtischen Mitarbeiters sowie erwartete Tarifanpassungen und Stufungen.

5. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringern sich voraussichtlich um 232 T€. Grund hierfür ist die ab 2017 vollständige Abwicklung des Projektes BOBS durch den städtischen Fachbereich Soziales und die Verringerung der Personalkostenverrechnung durch die externe Nachbesetzung einer vakanten Stelle. Gegenläufig erfordert der Betrieb des geplanten Technologiezentrums "Innovationsflügel" im Lilienthalhaus am Forschungsflughafen Mittel in Höhe von 90 T€. Eine detailliertere Darstellung dieses Postens in Erlös- und Aufwandspositionen erfolgt nach Vorliegen entsprechender Istwerte. Hierfür stehen ab 2017 bis 2019 Mittel aus der KMU-Förderung zur Verfügung.

6. Ergebnis

Der Jahresfehlbetrag 2017 wird voraussichtlich 1.245.600,-- € betragen und berücksichtigt die aufgrund der haushaltswirtschaftlichen Erfordernisse vereinbarte Einsparung von 72.000,-- €

	Plan 2016 EUR	Plan 2017 EUR
Finanzplan		
Mittelbedarf		
Investitionen	25.000	25.000
Mittelherkunft		
Abschreibungen	25.000	25.000
Über-/Unterdeckung	-	-

Erläuterungen

Die Investitionen betreffen in erster Linie Neu-/Ersatzbeschaffungen Betriebs- und Geschäftsausstattung teilweise im Zusammenhang mit dem Umzug in die Schuhstraße.

3. Ergebnisverwendung

Jahresfehlbetrag	-	1.331.600	-	1.245.600
Ausgleich durch Gesellschafter		1.331.600		1.245.600
Bilanzgewinn		-		-

<i>Betreff:</i> Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH Wirtschaftsplan 2017

<i>Organisationseinheit:</i> DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat	<i>Datum:</i> 29.11.2016
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	08.12.2016	Ö

Beschluss:

„Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH wird angewiesen, den Wirtschaftsplan 2017 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2016 empfohlenen Fassung zu beschließen.“

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH.

Die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH obliegt gemäß den Regelungen des Gesellschaftsvertrages der Gesellschafterversammlung nach vorbereitender Empfehlung des Aufsichtsrates.

Um eine Stimmbindung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 1. November 2016 entscheidet hierüber der Finanz- und Personalausschuss.

Der Aufsichtsrat der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH wird den Wirtschaftsplan 2017 in der in der Anlage vorgelegten Fassung in seiner Sitzung am 7. Dezember 2016 beraten. Über das Ergebnis wird mündlich berichtet.

Der vorgelegte Wirtschaftsplan 2017 weist im Erfolgsplan bei Gesamterträgen (inklusive Zinserträgen) in Höhe von 370.000 € und Gesamtaufwendungen (inklusive Zinsaufwendungen und Steuern) in Höhe von 1.486.110 € einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.116.110 € aus. Der Fehlbetrag kann aus den bestehenden Gewinnvorträgen aus Vorjahren gedeckt werden. Eine Verlustausgleichszahlung der Stadt Braunschweig an die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH ist nicht vorgesehen.

Im Vergleich zu den Daten der Jahre 2015 bis 2016 stellen sich die Planzahlen wie folgt dar:

	Angaben in T€	Ist 2015	Plan 2016	Prognose 2016*)	Plan 2017
1	Umsatzerlöse	9.612,9	1.100,0	3.629,7	360,0
2	Sonstige betriebliche Erträge	996,5	45,0	2.004,8	0,0
2a	Gesamterträge: % zum Vorjahr/Plan		-89,2%	-46,9% / +392,1%	-93,6%
3	Materialaufwand	-7.798,4	-1.010,0	-4.530,7	-295,0
4	Personalaufwand	-152,8	-160,1	-159,8	-163,0
5	Abschreibungen	-0,4	-200,8	-0,7	-0,8
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen **)	-346,8	-410,5	-866,0	-452,3
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	2.311,0	-636,4	77,3	-551,1
8	Zins-/Finanzergebnis	-664,0	-593,5	-544,5	-515,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-506,3	0,0	0,0	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	1.140,7	-1.229,9	-467,2	-1.066,1
11	sonstige Steuern	-52,7	-50,0	-40,2	-50,0
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	1.088,0	-1.279,9	-507,4	-1.116,1

*) Prognosedaten Stand 21.11.2016

***) inklusive sonstige Grundstücksaufwendungen

Im Hinblick auf die Harmonisierung des europäischen Rechtsrahmens wurde das neue Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) am 7. Januar 2015 beschlossen. Dies führt vom Geschäftsjahr 2016 an zu kleineren Ausweisänderungen u. a. in der Gewinn- und Verlustrechnung, im Anhang und im Lagebericht. Für die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH bedeutet dies insbesondere, dass aufgrund der erweiterten Definition der Umsatzerlöse künftig auch die Erträge aus der Verpachtung von Grundstücken den Umsatzerlösen zuzuordnen und abgesehen von der Auflösung von Rückstellungen oder von Wertberichtigungen des Umlaufvermögens kaum noch Beträge unter den sonstigen betrieblichen Erträgen auszuweisen sind. Zusätzlich entfallen auch die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen, d. h. dass die bisher im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesenen Sachverhalte nun im Betriebsergebnis gezeigt werden. In den letzten Jahren sind jedoch bei der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH keine Erträge und Aufwendungen von außerordentlicher Bedeutung angefallen.

Für das Geschäftsjahr 2017 werden Umsatzerlöse in Höhe von 360 T€ erwartet. Für den Verkauf von weiteren Grundstücken in den Gewerbegebieten „Forschungsflughafen-West“ und „Forschungsflughafen-Nordwest“ wird pauschal ein Betrag in Höhe von 315 T€ berücksichtigt, da aktuell keine konkreten Kaufinteressenten bekannt sind. Zudem werden Erlöse in Höhe von 45 T€ aus der Verpachtung von Grundstücken zur landwirtschaftlichen Nutzung bis zur anderweitigen Verwendung der Flächen erwartet. Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Wohnbaugrundstücken sind in 2017 nicht zu erwarten. Die Vermarktung der Wohnbaugrundstücke in den Baugebieten „Im großen Raffkampe/Lamme“, „Am Pfarrgarten/Bevenrode“ und „Meerberg/Leiferde“ wurde erwartungsgemäß in 2015 abgeschlossen. Der Bebauungsplan für das neue Wohnbaugebiet „Stöckheim-Süd“ soll voraussichtlich im ersten Quartal 2017 beschlossen werden. Umsatzerlöse aus der Vermarktung der in diesem Bereich entstehenden Bauflächen werden voraussichtlich erst ab dem Geschäftsjahr 2018 ertragswirksam.

Korrespondierend zu den Umsatzerlösen reduzieren sich auch die erwarteten Materialaufwendungen (Anschaffungs- und Herstellungskosten) der verkauften Bauflächen im Vergleich zu den Vorjahren.

Die Personalaufwendungen bewegen sich auf Vorjahresniveau.

Die für das Jahr 2017 geplanten Abschreibungen fallen im Vergleich zum Plan 2016 um rd. 200 T€ geringer aus. Angesichts der hohen Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken und stabiler Marktpreise für Gewerbebaugrundstücke wird derzeit davon ausgegangen, dass für die aktuell in der Vermarktung befindlichen Gewerbebaugrundstücke und für die bevorstehende Vermarktung der Wohnbaugrundstücke im neuen Baugebiet „Stöckheim-Süd“ keine Abschreibungen erforderlich sein werden.

Die Finanzplanung 2017 sieht Investitionen in Höhe von 16.351 T€ vor. Insbesondere sind der Erwerb der Flächen für das neue Wohnbaugebiet „Stöckheim-Süd“ und der Erwerb der Maßnahmenflächen für Feldhamster zum Wohnbaugebiet „Steinberg“, der auf Wunsch der Verkäufer hinausgeschoben worden war, geplant. Zudem sind Kosten für die Ersterschließung des neuen Wohnbaugebietes „Stöckheim-Süd“ und den Straßenendausbau in den Wohngebieten „Meerberg/Leiferde“ und „Am Pfarrgarten/Bevenrode“ sowie die Abführung von Erschließungsbeiträgen und Kostenerstattungsbeiträgen an die Stadt berücksichtigt.

In der Anlage ist der Wirtschaftsplan 2017 der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

Wirtschaftsplan 2017 der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

Wirtschaftsplan 2017

in der vom Aufsichtsrat am _____ beratenen
und von der Gesellschafterversammlung am _____
beschlossenen Fassung.

	Seite
<i>I. Erfolgsplan</i>	4
1 Erträge	4
1 1 Umsatzerlöse	4
1 2 Sonstige betriebliche Erträge	6
1 3 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8
1 4 Außerordentliche Erträge	8
2 Aufwendungen	10
2 1 Materialaufwand (Grundstücke)	10
2 2 Sonstige Grundstücksaufwendungen	10
2 3 Personalaufwand	12
2 3 1 Löhne und Gehälter	
2 3 2 Soziale Abgaben	
2 4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	14
2 5 Abschreibungen	16
2 5 1 Abschreibungen auf Sachanlagen	
2 5 2 Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	
2 6 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16
2 7 Außerordentliche Aufwendungen	16
2 8 Steuern	18
2 8 1 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	
2 8 2 Sonstige Steuern	
3 Gesamtplan (Jahresergebnis)	20
<i>II. Finanzplan</i>	22
1 Mittelverwendung	22
1 1 Investitionen	22
1 2 Tilgung von kurz- und langfristigen Darlehen	22
2 Mittelherkunft	24
2 1 Liquiditätswirksamer Einnahmenüberschuss	24
2 2 Überhang von Finanzmitteln aus Vorjahr	24
2 3 Kapital der Gesellschafterin	24
2 4 Aufnahme von kurz- und langfristigen Darlehen	24
3 Zusammenfassung	24
<i>III. Mittelfristige Unternehmensvorschau für die Geschäftsjahre 2016 bis 2020</i>	27

Kto. Nr.	1 Erträge	Soll 2017 €	Soll 2016 €	Ist 2015 €
1 1 Umsatzerlöse				
4000	Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken	315.000,00	1.100.000,00	9.612.923,45
4010	sonstige Umsatzerlöse unregelmäßig (Erläuterungen siehe Seite 6)	0,00		
4400	Umsatzerlöse aus der Erbringung von Dienstleistungen für die Stadt Braunschweig oder für Gesellschaften des "Konzern" Stadt Braunschweig; 19 % USt	0,00	0,00	0,00
4860	Umsatzerlöse aus der Verpachtung von Grundstücken (Erläuterungen siehe Seite 7)	45.000,00		
Summe Umsatzerlöse:		360.000,00	1.100.000,00	9.612.923,45

Darstellung 2015 und 2016 gemäß alter HGB-Regelung - siehe Erläuterungen; Angaben siehe Konto 4839 auf Seite 6

Darstellung 2015 und 2016 gemäß alter HGB-Regelung - siehe Erläuterungen; Angaben siehe Konto 4860 auf Seite 6

Erläuterungen

Allgemeines Seit dem 01.01.2016 ist folgende Neufassung des § 277 HGB anzuwenden:
"Als Umsatzerlöse sind die Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung von Produkten sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen der Kapitalgesellschaft nach Abzug von Erlösschmälerungen und der Umsatzsteuer sowie sonstiger direkt mit dem Umsatz verbundener Steuern auszuweisen."

Für die GGB heißt das:

- Ermittlung der Umsatzerlöse und der sonstigen betrieblichen Erträge -		
Geschäftsvorfälle	Buchung bis 31.12.2015 als	Buchung seit 01.01.2016 als
Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken	Umsatzerlöse	Umsatzerlöse
Erlöse aus der Erbringung von Dienstleistungen	Umsatzerlöse	Umsatzerlöse
Erlöse aus der Verpachtung von Grundstücken	sonstige betriebliche Erträge	Umsatzerlöse
Erlöse aus der Vermietung von Grundstücken	sonstige betriebliche Erträge	Umsatzerlöse
sonstige Erträge unregelmäßig (Fall 1)	sonstige betriebliche Erträge	Umsatzerlöse
sonstige Erträge unregelmäßig (Fall 2)	sonstige betriebliche Erträge	sonstige betriebliche Erträge
Erlöse aus der Auflösung von Rückstellungen	sonstige betriebliche Erträge	sonstige betriebliche Erträge
Ausgleichszahlungen der Gesellschafterin	sonstige betriebliche Erträge	sonstige betriebliche Erträge

Die Gesellschafterin hat darum gebeten, das "Ist 2015" und das "Soll 2016" der Umsatzerlöse und der sonstigen betrieblichen Erträge im Wirtschaftsplan 2017 unmittelbar vergleichbar mit dem Jahresabschluss 2015 und dem Wirtschaftsplan 2016 darzustellen - die Änderungen in der Zuordnung gemäß Neuregelung des HGB (in der vorstehenden Übersicht grau unterlegt) sollen lediglich kommentiert werden:

	Soll 2017 €	Soll 2016 €	Ist 2015 €
Darstellung gemäß alter HGB-Regelung:			
Summe Umsatzerlöse	360.000,00	1.100.000,00	9.612.923,45
Summe sonstige betriebliche Erträge	0,00	45.000,00	996.587,74
Darstellung gemäß Neuregelung des HGB:			
Summe Umsatzerlöse	360.000,00	1.145.000,00	9.685.816,06
Summe sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	923.695,13

4000 Erlöse aus dem Verkauf von Wohn- und Gewerbebaugrundstücken

Wohnbaugebiet Lammer Busch-Ost (Mehrfamilienhausbebauung, 5.961 m²):

Ist 2015: 983.565,00 € (5.961 m²)

Die Vermarktung wurde im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen.

Wohnbaugebiet Im großen Raffkampe/Lamme (74 Bauplätze):

Ist 2014: 5.617.630,00 € (67 Bauplätze)

Ist 2015: 647.020,00 € (7 Bauplätze)

Die Vermarktung wurde im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen.

Wohnbaugebiet Am Pfarrgarten/Bevenrode (37 Bauplätze):

Ist 2014: 596.035,00 € (6 Bauplätze)

Ist 2015: 3.393.590,00 € (31 Bauplätze)

Die Vermarktung wurde im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen.

Wohnbaugebiet Meerberg/Leiferde (34 Bauplätze):

Ist 2015: 3.138.440,00 € (34 Bauplätze)

Die Vermarktung wurde im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen.

Wohnbaugebiet Stöckheim-Süd (etwa 85 Bauplätze und Flächen für andere Bauweisen):

Mit der Vermarktung soll im Geschäftsjahr 2017 begonnen werden.

Umsatzerlöse werden voraussichtlich ab dem Geschäftsjahr 2018 erzielt.

Gewerblich nutzbare Bauflächen in den Plangebieten

["Forschungsflughafen-Südwest" (Verkauf wurde in 2012 abgeschlossen)]

["Braunstraße-Süd" (Verkauf wurde in 2014 abgeschlossen)]

- "Waller See Braunschweig/2. Bauabschnitt"

- "Forschungsflughafen-West"

- "Forschungsflughafen-Nordwest"

- "Lammer Busch-Ost"

sowie sonstige Verkäufe:

2008 bis 2014: 6.975.528,78 €

Ist 2015: 1.450.308,45 €

Soll 2016: 1.100.000,00 €

Prognose 2016: 3.600.000,00 €

Soll 2017: 300.000,00 €

Die Vermarktung der **Wohnbaugrundstücke** in den Baugebieten "Im großen Raffkampe/Lamme", "Am Pfarrgarten/Bevenrode" und "Meerberg/Leiferde" wurde erwartungsgemäß im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen.

Der Bebauungsplan für das neue Wohnbaugebiet "Stöckheim-Süd" der GGB soll im I. Quartal 2017 als Satzung beschlossen werden. Nach der anschließenden Rechtskraft des Bebauungsplanes soll mit der Ersterschließung und Vermarktung der in diesem Bereich entstehenden Bauflächen begonnen werden. Umsatzerlöse aus der Vermarktung der Bauflächen werden nach Abschluss der Ersterschließung ertragswirksam, das ist voraussichtlich ab dem Geschäftsjahr 2018.

Die Vermarktung der Flächen im Baugebiet "Lammer Busch-Ost", die der Bebauungsplan teils für eine **Mehrfamilienhausbebauung** und teils für eine **Mischnutzung Gewerbe/Wohnen** ausweist, wurde im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen

Die Nachfrage nach den **Gewerbebaugrundstücken** der Stadt Braunschweig und der GGB war in den vergangenen Jahren stabil.

Die Prognose 2016 berücksichtigt insbesondere den erfolgten Verkauf von Baugrundstücken in den Gewerbegebieten "Forschungsflughafen-West" und "Waller See Braunschweig/2. Bauabschnitt" (aufgrund einer größeren Ansiedlung wurden rund 56.000 m² mehr verkauft als geplant) sowie den Verkauf der Fläche für die zweite Kindertagesstätte im Bereich "Lammer Busch-Ost".

Mit dem Soll 2017 wird der Verkauf weiterer Grundstücke in den Gewerbegebieten "Forschungsflughafen-West" und "Forschungsflughafen-Nordwest" pauschal berücksichtigt, da aktuell keine konkreten Kaufinteressenten bekannt sind. Im Gewerbegebiet "Waller See Braunschweig/2. Bauabschnitt" soll bis Ende 2016 der Umlegungsplan aufgestellt werden mit der Folge, dass der Verkauf weiterer Bauflächen bis zum Abschluss des Umlegungsverfahrens ausgesetzt werden muss.

4400 Es handelt sich um Dienstleistungen, die die GGB bei Bedarf für die Stadt Braunschweig oder für Gesellschaften des "Konzern" Stadt Braunschweig erbringt. Da bei der GGB lediglich zwei Mitarbeiter tätig sind, übernimmt die GGB solche Aufträge nur ausnahmsweise.

Aus diesem Grund wurden das Soll 2016 und das Soll 2017 auf 0,00 € gesetzt.

Im März 2016 hat die GGB den Auftrag einer anderen Gesellschaft übernommen. Die Prognose 2016 beläuft sich daher auf 4.760,00 € netto. Weitere Aufträge sind derzeit nicht erkennbar.

Kto. Nr.	1 Erträge	Soll 2017 €	Soll 2016 €	Ist 2015 €
1 2 Sonstige betriebliche Erträge				
4839	sonstige Erträge unregelmäßig	0,00	0,00	752.994,77
	davon Ausgleichszahlung:	0,00	0,00	0,00
4860	Grundstückserträge		45.000,00	47.897,84
	Darstellung 2017 gemäß neuer HGB-Regelung - siehe Erläuterungen auf Seite 4; Angabe siehe Konto 4860 auf Seite 4			
4923	Erträge aus der Herabsetzung der Einzelwertberichtigung auf Forderungen	0,00	0,00	0,00
4930	Erträge Auflösung von Rückstellungen	0,00	0,00	195.695,13
4960	Periodenfremde Erträge	0,00	0,00	0,00
	Summe sonstige betriebliche Erträge	0,00	45.000,00	996.587,74

Erläuterungen

- 4839 4010 Seit 01.01.2016 wird der Teil der sonstigen Erträge unregelmäßig, dem ein Leistungsaustausch zugrunde liegt, den Umsatzerlösen zugeordnet (siehe allgemeine Erläuterungen auf Seite 4).
Dabei handelt es sich um:
Ist 2015: Die Leitungsträger haben der GGB die von ihr verauslagten Kosten in Höhe von rund 25 T€ für Anpassungsarbeiten an den Schachtabdeckungen und Straßenkappen beim Straßenausbaubau in den Wohnbaugebieten "Harxbüttel-Nordwest", "Am Buchenberg" und "Roselies-Süd" erstattet.
Das Soll 2016 wurde auf 0,00 € gesetzt, da die sonstigen Erträge unregelmäßig nicht planbar sind. Aus demselben Grund wurde das Soll 2017 auf dem neu gebildeten "Konto 4010 sonstige Umsatzerlöse unregelmäßig" auf 0,00 € gesetzt (Angabe gemäß Neuregelung des HGB siehe auf Seite 4).
- 4839 Bei den "sonstigen Erträgen unregelmäßig", die auch künftig nicht den Umsatzerlösen zugeordnet werden, sind mindestens die folgenden Geschäftsvorfälle zu berücksichtigen:
- Die Verringerung der in vergangenen Geschäftsjahren erfolgten Wertabschreibungen für Grundstücke der GGB wegen Änderung der Berechnungsgrößen
Ist 2015: Korrektur in Höhe von 728 T€ für Baugrundstücke in zwei Gewerbegebieten der GGB, weil sich die Marktpreise verbessert haben.
Soll 2016 und Soll 2017: Änderungen der den Wertabschreibungen zugrunde gelegten Berechnungsgrößen sind nicht planbar. Aus Gründen der Vorsicht wurde daher davon ausgegangen, dass daraus keine Erträge zu erwarten sind.
 - Zahlungen der Stadt Braunschweig in ihrer Funktion als alleinige Gesellschafterin der GGB aufgrund der zum 01.01.2012 erfolgten Betrauung der GGB mit der "Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der Bereitstellung von Bauland in der Stadt Braunschweig"
Bei den in § 14 des Gesellschaftsvertrages vorgesehenen Zahlungen der Stadt Braunschweig an die GGB zum Ausgleich der Jahresfehlbeträge der GGB handelt es sich um staatliche Beihilfen, die nach Art. 107 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) grundsätzlich verboten sind. Von dem Verbot ausgenommen sind Zahlungen an Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) betraut worden sind, soweit die Zahlungen dem Ausgleich daraus entstandener Fehlbeträge dienen.
Für den Fall, dass ein Unternehmen sowohl DAWI als auch Dienstleistungen anderer Art (Nicht-DAWI) erbringt, muss das Unternehmen eine Trennungsrechnung aufstellen, anhand derer die Erträge und Aufwendungen aus DAWI von den Erträgen und Aufwendungen aus Nicht-DAWI getrennt werden, damit Ausgleichszahlungen nur für die DAWI ermittelt und geleistet werden können.

- 4839
Fortsetzung
- Gegenstand der Betrauung der GGB, die gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses der Stadt Braunschweig am 01.01.2012 wirksam geworden ist, sind der Erwerb, der Tausch, der Verkauf, die Verwaltung, die Bewirtschaftung und die Erschließung von unbebauten und bebauten Grundstücken im Stadtgebiet Braunschweig, um Wohnbauland zum Zwecke der Deckung des Wohnbedarfs der Bevölkerung oder Gewerbebauland zum Zwecke der Wirtschaftsförderung bereit zu stellen, sowie die Finanzierung der Aufstellung von Bauleitplänen durch die Stadt Braunschweig für Grundstücke der GGB. Der Erwerb usw. von Grundstücken außerhalb des Stadtgebietes Braunschweig ist Teil der DAWI, soweit diese Grundstücke als Tauschgrundstücke eingesetzt werden sollen, um den Erwerb von Grundstücken innerhalb des Stadtgebietes zu erleichtern oder überhaupt erst zu ermöglichen.
- Die vorstehenden von der Betrauung erfassten Leistungen der GGB sind DAWI.
- Da alle im Geschäftsjahr 2017 geplanten Geschäftsvorgänge der Durchführung der DAWI dienen, muss die GGB keine Trennungsrechnung aufstellen. Die in den Wirtschaftsplan 2017 aufgenommenen Erträge und Aufwendungen sind vollständig bei der Ermittlung der Ausgleichszahlung zu berücksichtigen.
- Ergebnis des Wirtschaftsplanes 2017 ist ein Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 1.116 T€. Gemäß Betrauung hat die GGB die aus der Durchführung der DAWI entstehenden Fehlbeträge zunächst durch noch vorhandene bilanzielle Gewinnvorräte aus Vorjahren auszugleichen. Aktuell verfügt die GGB über Gewinnvorräte in Höhe von rund 4.369 T€. Der im Wirtschaftsplan 2017 vorgesehene Jahresfehlbetrag kann demnach in voller Höhe durch die Gewinnvorräte ausgeglichen werden. Das Soll 2017 für die Ausgleichszahlung wurde daher auf 0,00 € gesetzt.
- Ist 2015: Die GGB hat das Geschäftsjahr 2015 mit einem Überschuss abgeschlossen und daher keine Ausgleichszahlung von der Stadt Braunschweig erhalten.
- Soll 2016: Ergebnis des Wirtschaftsplanes 2016 ist ein Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 1.280 T€. Gemäß Betrauung hat die GGB die aus der Durchführung der DAWI entstehenden Fehlbeträge zunächst durch noch vorhandene bilanzielle Gewinnvorräte aus Vorjahren auszugleichen. Aktuell verfügt die GGB über Gewinnvorräte in Höhe von rund 4.369 T€. Der im Wirtschaftsplan 2016 vorgesehene Jahresfehlbetrag kann demnach in voller Höhe durch die Gewinnvorräte ausgeglichen werden.
- 4860
- Erlöse aus der Verpachtung von Grundstücken zur landwirtschaftlichen Nutzung bis zur anderweitigen Verwendung der Flächen (Tausch; Realisierung von Wohn- oder Gewerbebaugebieten) und Erlöse aus dem Abschluss von Erbbaurechtsverträgen über Gewerbebauland. Der Abschluss von Erbbaurechtsverträgen ist nur ausnahmsweise vorgesehen. Bisher ist kein Vertragsabschluss erfolgt. Wie auf Seite 4 erläutert, werden diese Erlöse gemäß neuer HGB-Regelung nicht mehr den sonstigen betrieblichen Erträgen sondern den Umsatzerlösen zugeordnet.
- 4923
- Forderungen, deren Realisierung z. B. wegen unvorhersehbarer Insolvenz der Schuldner zweifelhaft geworden war und die über das Konto 6923 als Einzelwertberichtigung zu Forderungen eingestellt werden mussten, sind endgültig abzuschreiben, wenn ihre Durchsetzung unmöglich geworden ist; siehe auch Konto "6930 Forderungsverluste". Da diese Forderungsausfälle nicht planbar sind und äußerst selten bei der GGB auftreten, wurden das Soll 2016 und das Soll 2017 auf 0,00 € gesetzt.
- 4930
- Zum Ende jedes Geschäftsjahres sind Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten zu bilden. Wenn die endgültige Höhe dieser Verbindlichkeiten niedriger ist als die Rückstellung, werden die Überhänge auf diesem Konto aufgelöst. Da die Auflösung von Rückstellungen nicht planbar ist, wurden das Soll 2016 und das Soll 2017 auf 0,00 € gesetzt.
- Ist 2015: Es entfallen rund 165 T€ auf die teilweise Auflösung der Rückstellung für Erschließungskosten. Dabei handelt es sich um die Korrektur der in den vergangenen Geschäftsjahren zum Konto "6305 Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten" auf Basis von Kostenschätzungen ermittelten Beträge, die z. B. erforderlich ist, wenn die Ist-Kosten niedriger sind als die vorab geschätzten Kosten.
- 4960
- Da Rückerstattungen von z. B. Versicherungsbeiträgen des Vorjahres nicht planbar sind, wurden das Soll 2016 und das Soll 2017 auf 0,00 € gesetzt.

Kto. Nr.	1 Erträge	Soll 2017 €	Soll 2016 €	Ist 2015 €
1 3 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
7100	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	10.000,00	24.291,87
7142	Zinsertrag Abzinsung Rückstellungen	10.000,00	50.000,00	32.288,27
	Summe sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.000,00	60.000,00	56.580,14
1 4 Außerordentliche Erträge				
7400	Außerordentliche Erträge		0,00	0,00
	Darstellung 2017 gemäß neuer HGB-Regelung - siehe Erläuterungen auf Seite 9			

- 7100 Zinsen für Guthaben im Cashpool gemäß Vertrag über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln zwischen der Stadt Braunschweig und der GGB in der Fassung vom 13.11.2007 sowie Verzugszinsen von Schuldnern der GGB.
Die Höhe der voraussichtlichen Habenzinsen ist abhängig von der Höhe und dem Zeitpunkt der Realisierung der Umsatzerlöse sowie der zu tätigen Investitionen und der Höhe des Zinssatzes.
Wegen der allgemein erwarteten negativen Habenverzinsung wurde das Soll 2017 auf 0,00 € gesetzt.
- 7142 Bei der Ermittlung der auf dem Konto "6305 Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten" zu buchenden Beträge (= Rückstellung für langfristige Zahlungsverpflichtungen, d. h. für künftige Investitionen wie z. B. den Endausbau der öffentlichen Straßen und Grünflächen in Baugebieten der GGB) ist seit dem 01.01.2010 gemäß Handelsgesetzbuch der sogenannte Erfüllungsbetrag zugrunde zu legen (das sind die auf Basis aktueller Erfahrungswerte geschätzten Kosten plus etwaige Kostensteigerungen bis zum Jahr der voraussichtlichen Realisierung der Maßnahme) abzüglich einer Abzinsung auf den jeweiligen Abschlusstichtag.
Steigerungen des Abzinsungsbetrages werden auf diesem Konto gebucht, Minderungen des Abzinsungsbetrages werden auf dem Konto "7362 Zinsaufwendungen Aufzinsung Rückstellungen" gebucht.
- 7400 Da die außerordentlichen Erträge nicht planbar waren, war das Soll 2016 auf 0,00 € gesetzt worden.
Die Neufassung des HGB sieht vor, dass die Position "außerordentliche Erträge" mit Wirkung vom 01.01.2016 entfällt und die bisher dort gebuchten Geschäftsvorfälle als "sonstige betriebliche Erträge" erfasst werden.
In den Geschäftsjahren 2016 und 2017 werden keine entsprechenden Erträge erwartet.

Kto. Nr.	2 Aufwendungen	Soll 2017 €	Soll 2016 €	Ist 2015 €
2 1 Materialaufwand (Grundstücke)				
5881	Bestandsveränderung Grundstücke	215.000,00	530.000,00	6.187.861,61
6305	Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten	80.000,00	480.000,00	1.610.507,89
	Summe Materialaufwand (Grundstücke)	295.000,00	1.010.000,00	7.798.369,50
2 2 Sonstige Grundstücksaufwendungen				
6303	Aufwendungen Verkauf Grundstücke	60.000,00	20.000,00	68.950,69
6315	Pacht	2.600,00	2.600,00	2.593,86
6350	Sonstige Grundstücksaufwendungen	200.000,00	200.000,00	64.697,13
	Summe sonstige Grundstücksaufwendungen	262.600,00	222.600,00	136.241,68

- 5881 Damit die GGB erschlossene Baugrundstücke verkaufen kann, muss sie
6305
- die Grundstücke im Bereich eines rechtskräftigen Bebauungsplanes für ein neues Wohn- oder Gewerbegebiet erwerben (Anschaffungskosten) und
 - die Herstellung der öffentlichen Straßen und Grünflächen gemäß städtebaulichen Verträgen mit der Stadt Braunschweig entweder in eigenem Namen und auf eigene Kosten durchführen lassen oder durch die Abführung von Erschließungsbeiträgen sowie die Erstattung der entstandenen Aufwendungen an die Stadt Braunschweig finanzieren (Herstellungskosten).
- Aus diesem Grund werden die Anschaffungs- und Herstellungskosten eines Baugebietes nach der Fläche auf die neu entstandenen Baugrundstücke verteilt. Das heißt, jedem Erlös aus dem Verkauf eines Baugrundstücks steht ein Anteil an den Anschaffungs- und Herstellungskosten gegenüber. In dem selben Geschäftsjahr, in dem die GGB den Erlös aus dem Verkauf eines Baugrundstücks in voller Höhe erzielt (siehe Konto "4000 Umsatzerlöse"), muss sie daher auch den auf das verkaufte Baugrundstück entfallenden Anteil an den Anschaffungs- und Herstellungskosten in voller Höhe als Aufwand gegenrechnen.
- Da jedoch insbesondere die Herstellungskosten über mehrere Geschäftsjahre verteilt entstehen, werden die gegenzurechnenden Anschaffungs- und Herstellungskosten auf zwei verschiedenen Aufwandskonten ausgewiesen.
- Auf dem Konto "5881 Bestandsveränderung Grundstücke" werden die bereits entstandenen Kosten gebucht.
 - Auf dem Konto "6305 Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten" werden die künftig noch entstehenden Kosten für z. B. den Endausbau der öffentlichen Straßen und Grünflächen in Baugebieten der GGB geführt (= Rückstellung für langfristige Zahlungsverpflichtungen). Bei der Ermittlung ist der sog. Erfüllungsbetrag zugrunde zu legen, das sind die auf Basis aktueller Erfahrungswerte geschätzten Kosten plus etwaige Kostensteigerungen bis zum Jahr der voraussichtlichen Realisierung der Maßnahmen.
- Aufgrund der größeren Verkaufsfläche (siehe Seite 4) beläuft sich die Prognose 2016 zu den Konten 5881 und 6305 auf insgesamt rund 3.708 T€.
- Die Betragsschwankungen der Jahre 2015 bis 2017 resultieren aus den Schwankungen von Art und Größe der verkauften Bauflächen (z. B.: je nach Umfang der erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen ist ein Wohngebiet teurer oder preiswerter) (siehe auch Erläuterungen zum Konto "4000 Umsatzerlöse" auf Seiten 4 und 5).
- 6303 Werbung, Exposés, Grenzanzeigen, Gutachten u. ä.
Das Ist 2015 resultiert daraus, dass in fünf Wohnbaugebieten die üblichen Vermessungstätigkeiten bei Übergabe der Bauplätze an die Käufer bzw. nach dem Endausbau der öffentlichen Straßen durchgeführt wurden.
Das Soll 2016 berücksichtigt den Vermarktungsbeginn des Wohnbaugebietes "Stöckheim-Süd". Da sich dieser in das Geschäftsjahr 2017 verschiebt, können aus dem Ansatz Vermessungstätigkeiten gedeckt werden, die aus dem Vorjahr in das Geschäftsjahr 2016 verschoben und aus dem Geschäftsjahr 2017 in das Geschäftsjahr 2016 vorgezogen wurden.
Das Soll 2017 berücksichtigt den geplanten Vermarktungsbeginn des Wohnbaugebietes "Stöckheim-Süd" und weitere Vermessungstätigkeiten nach erfolgtem Endausbau der öffentlichen Straßen.
- 6315 Anpachtung einer landwirtschaftlichen Fläche als Fläche für Ausgleichsmaßnahmen für das Wohnbaugebiet "Broitzem - Steinberg"
- 6350 Bis zum Verkauf der Baugrundstücke in den Baugebieten der GGB ist die GGB verantwortlich für die Unterhaltung dieser Baugrundstücke. Daraus resultieren Aufwendungen für die Freihaltung von Wildkräutern und unrechtmäßigen Müllentsorgungen sowie für den Winterdienst und die Gehwegreinigung.
- Außerdem hat die GGB die Pflegekosten für die hergerichteten öffentlichen Grünflächen zu übernehmen (gemäß städtebaulichen Verträgen mit der Stadt Braunschweig; in der Regel ein Jahr Fertigstellungspflege, 2 Jahre Entwicklungspflege und 20 Jahre Erhaltungspflege). Die Erhaltungspflege obliegt der Stadt Braunschweig. Aus diesem Grund werden die voraussichtlichen Gesamtkosten der Erhaltungspflege auf 20 Jahre kapitalisiert, im städtebaulichen Vertrag festgelegt und von der GGB einmalig in voller Höhe an die Stadt Braunschweig gezahlt.
- Der Umfang eventuell erforderlicher Unterhaltungsmaßnahmen ist situationsabhängig und daher schwer zu kalkulieren. Aus diesem Grund beinhaltet der Ansatz Reserven, die unter Umständen nicht ausgeschöpft werden müssen (z. B. Planansatz 2015 = 200 T€ und Ist 2015 = rund 65 T€).
Wegen der steigenden Größe der zu pflegenden öffentlichen Grünflächen in Baugebieten der GGB, ist eine regelmäßige Anpassung des Mittelansatzes zu erwarten.

Kto. Nr.	2 Aufwendungen	Soll 2017 €	Soll 2016 €	Ist 2015 €
2 3 Personalaufwand				
2 3 1 Löhne und Gehälter				
6020	Gehälter	124.500,00	122.500,00	119.274,70
6021	Beihilfen und Versorgungszuschläge	38.100,00	37.300,00	33.155,14
6080	Vermögenswirksame Leistungen	160,00	160,00	159,60
2 3 2 Soziale Abgaben				
6120	Beiträge zur Berufsgenossenschaft	200,00	200,00	173,88
Summe Personalaufwand		162.960,00	160.160,00	152.763,32

- 6020 Derzeit sind zwei Mitarbeiter bei der GGB tätig, die im Beamtenverhältnis zur Stadt Braunschweig stehen und von dort unter Wegfall der Bezüge zum Zwecke der Dienstleistung bei der GGB beurlaubt worden sind.
Die Arbeitsverhältnisse mit der GGB bestimmen sich nach dem TVöD. Für die Vergütungen gelten jedoch weiter die beamtenrechtlichen Vorschriften. Die Höhe der Vergütungen entspricht der Besoldungsgruppe A 12. Im Soll 2017 sind Einmalzahlungen, Erhöhungen und die leistungsorientierte Bezahlung sowie die Rückstellung für Resturlaub und Zeitguthaben enthalten.
Rückstellungen für Altersteilzeit sind entbehrlich. Rückstellungen für die Altersversorgung müssen nicht gebildet werden, weil die GGB Versorgungszuschläge an die Stadt Braunschweig leistet (siehe Konto "6021 Beihilfen und Versorgungszuschläge").
Die Aufgaben der Geschäftsführung nehmen zwei Mitarbeiter der Stadt Braunschweig im Rahmen einer Pflichtnebenstätigkeit wahr. Sie erhalten dafür die zuletzt zum 01.06.2013 angepasste Aufwandsentschädigung in Höhe von jeweils 200,00 € brutto monatlich (siehe Konto "6300 sonstige betriebliche Aufwendungen", weil es sich um nebenamtlich tätige Geschäftsführer handelt).
Außerdem erstattet die GGB der Stadt Braunschweig einen Anteil an deren Personalaufwendungen für diese beiden Mitarbeiter (siehe Konto "6302 Dienstleistungen von der Stadt BS").
- 6021 Auf diesem Konto werden Personalaufwendungen der GGB gebucht, die von der Stadt Braunschweig verauslagt und von der GGB erstattet werden. Dazu gehören:
- die Beihilfen für Mitarbeiter der GGB (beurlaubte Beamte).
Gemäß Arbeitsverträgen erhalten die Mitarbeiter Beihilfen nach beamtenrechtlichen Vorschriften.
 - die Versorgungszuschläge für Mitarbeiter der GGB (beurlaubte Beamte).
Die Beamten erhalten ihre späteren Versorgungsbezüge von der Stadt Braunschweig. Für die Zeit der Tätigkeit der Beamten bei der GGB beteiligt sich die GGB an den späteren Versorgungsaufwendungen der Stadt Braunschweig.
- 6120 Die GGB ist Mitglied im Braunschweigischen Gemeinde-Unfallversicherungsverband. Die Ansätze beinhalten Beiträge; Insolvenzgeldumlagen sind von der GGB nicht zu entrichten.

Kto. Nr.	2 Aufwendungen	Soll 2017 €	Soll 2016 €	Ist 2015 €
2 4 Sonstige betriebliche Aufwendungen				
6300	Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.200,00	13.800,00	67.328,03
6302	Dienstleistungen von der Stadt BS	105.000,00	105.000,00	80.644,63
6310	Miete	9.000,00	8.100,00	7.955,72
6325	Strom	400,00	400,00	400,00
6330	Reinigung	1.700,00	1.700,00	1.600,00
6400	Versicherungen	2.600,00	2.600,00	2.560,38
6420	Beiträge	2.500,00	3.000,00	4.924,10
6495	Wartungskosten für Hard- und Software	7.400,00	7.100,00	6.533,07
6805	Telefon	900,00	900,00	525,50
6815	Bürobedarf	1.000,00	1.000,00	171,53
6820	Zeitschriften, Bücher	250,00	250,00	124,26
6821	Fortbildung	1.500,00	1.500,00	0,00
6825	Rechts- und Beratungskosten	5.000,00	5.000,00	12.230,50
6827	Erstellung und Prüfung Jahresabschluss sowie Jahressteuererklärungen	20.000,00	20.000,00	20.000,00
6830	Buchführung	7.000,00	7.000,00	5.355,00
6855	Nebenkosten des Geldverkehrs	1.300,00	500,00	207,86
6923	Einstellung in die Einzelwertberichtigung auf Forderungen	0,00	0,00	0,00
6930	Forderungsverluste	0,00	0,00	0,00
Unvorhers.	Allgemeine Reserve für Unvorhersehbares	10.000,00	10.000,00	0,00
Summe sonstige betriebliche Aufwendungen:		189.750,00	187.850,00	210.560,58

- 6300 Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung sowie für die nebenamtlich tätigen Geschäftsführer; Bewirtung während Aufsichtsratssitzungen; Wegstreckenentschädigungen für Mitarbeiter der GGB; Rundfunkbeiträge für internetfähige PC; Kosten der Aufbewahrung von Jahresabschlussunterlagen; Reserve für die eventuell erforderliche Bildung oder Erhöhung der Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Rechtsgeschäften; Fahrscheine der Braunschweiger Verkehrs-GmbH; Briefmarken.
Im Soll 2016 und im Soll 2017 sind Reserven für sonstiges enthalten. Reserven für die Erhöhung der zum 31.12.2015 bestehenden Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Rechtsgeschäften bzw. die Bildung einer weiteren Rückstellung dieser Art wurden allerdings nicht vorgesehen, weil bisher kein Bedarf erkennbar ist.
Ist 2015: Ende 2014 war die Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste erforderlich gewesen, die im Geschäftsjahr 2015 um rund 59 T€ erhöht werden musste.
[Mit der Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Rechtsgeschäften wird das bereits bekannte Risiko von künftig erforderlich werdenden Abschreibungen auf Umlaufvermögen für die Grundstücke berücksichtigt, die die GGB in künftigen Geschäftsjahren in das wirtschaftliche Eigentum übernehmen muss - sei es in Erfüllung einer Ankaufsverpflichtung oder eines Grundstückskaufvertrages. (Erläuterung der Abschreibungen, die unmittelbar im jeweiligen Geschäftsjahr erfolgen müssen siehe Konto 6270 auf Seiten 16 und 17.)]
- 6302 Es handelt sich um Dienstleistungen der Stadt Braunschweig gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Stadt und der GGB in der Fassung vom 02.12.2003. Dazu gehören insbesondere Leistungen der Abteilung 20.2 (Geschäftsführung, Vorzimmer, Vermarktung von Gewerbegrundstücken) und des Fachbereichs 10 (allgemeiner Service und Postversand).
- 6310 Anteile an der Miete, den Mietneben-, Strom- und Reinigungskosten (Raum- und Fensterreinigung) für
6325 zwei Büroräume und die Gemeinschaftseinrichtungen im Objekt Kleine Burg 14 (Erstattungen an die
6330 Stadt Braunschweig). Seit 01.07.2016 Anmietung eines eigenen Kellerraums im Gebäude Kleine Burg 14, da die GGB keinen weiteren Stauraum in dem mit der Stadt Braunschweig gemeinsam genutzten Keller-
raum erhalten konnte und weil es keine wirtschaftlichere Alternative gab.
- 6400 Beiträge für eine allgemeine Haftpflichtversicherung, für eine Vermögenseigenschadenversicherung und für eine Kommunal-Straf-Rechtsschutzversicherung mit erweitertem Strafrechtsschutz. [Unfallversicherung siehe Konto "6120 Beiträge zur Berufsgenossenschaft" auf Seiten 12 und 13.]
- 6420 Beiträge zur Industrie- und Handelskammer, Realverbands- und Landwirtschaftskammerbeiträge
- 6495 PC-Arbeitsplätze und Fachanwendung, mit deren Hilfe Baulandinteressenten den Vermarktungsstand in den neuen Wohnbaugebieten der GGB im Internet aufrufen können (Erstattung an die Stadt Braunschweig, da die Ausstattung und Betreuung von dort erfolgen).
- 6805 Fernsprechapparate und -gebühren (Erstattung an die Stadt Braunschweig, da die Ausstattung und Betreuung der Arbeitsplätze von dort erfolgen).
- 6815 Büromaterial, Briefmarken, Druck von Wirtschaftsplänen usw.
- 6820 Ist 2015: Beschaffung des Grundstücksmarktberichtes 2015; Beschaffung von Auszügen aus der Stadtkarte von der Stadt Braunschweig .
Im Soll 2016 und im Soll 2017 sind Reserven für weitere Bedarfsbeschaffungen berücksichtigt.
- 6821 Reserve; in der Regel nehmen die Mitarbeiter der GGB an Seminaren teil, die die Stadt Braunschweig anbietet (derzeit unentgeltlich für die GGB).
- 6825 Rechtliche Beratungen (incl. Steuerrecht); anwaltliche Vertretung in Gerichtsverfahren; Gerichtskosten z. B. für anhängige Klageverfahren oder Änderungen im Handelsregister; Handlungsvollmachten.
- 6827 Erstellung, Prüfung und Offenlegung der Jahresabschlüsse; Erstellung der Jahressteuererklärungen; Prüfung der Jahressteuerbescheide; Prüfungen und Testate im Rahmen der Betreuung und des konsolidierten Gesamtabschlusses der Stadt Braunschweig.
- 6855 Kontoführungsgebühren, Tresorschließfach, Gebühren für Bürgschaften
Im Geschäftsjahr 2017 endet die Zinsbindung für das laufende Bankdarlehen (siehe Seiten 16, 17, 22 bis 24, 26). Für den Fall der Neuaufnahme eines Bankdarlehens zur Tilgung des laufenden Darlehens wird die Stadt Braunschweig voraussichtlich wieder eine Ausfallbürgschaft übernehmen und dafür einmalige Gebühren von der GGB erheben. Daher erfolgte vorsorglich eine Erhöhung des Ansatzes.
- 6923 Forderungen, deren Realisierung z. B. wegen unvorhersehbarer Insolvenz der Schuldner zweifelhaft
6930 geworden waren und über das Konto 6923 als Einzelwertberichtigung auf Forderungen eingestellt werden mussten, sind endgültig abzuschreiben, wenn ihre Durchsetzung unmöglich geworden ist; siehe auch Konto "4923 Erträge aus der Herabsetzung der Einzelwertberichtigung auf Forderungen" auf Seiten 6 und 7. Da diese Forderungsausfälle nicht planbar sind und äußerst selten bei der GGB auftreten, wurden das Soll 2016 und das Soll 2017 auf 0,00 € gesetzt.

Kto. Nr.	2 Aufwendungen	Soll 2017 €	Soll 2016 €	Ist 2015 €
2 5 Abschreibungen				
2 5 1 Abschreibungen auf Sachanlagen				
6220	Abschreibungen auf Sachanlagen	600,00	600,00	456,00
6260	Sofortabschreibung GWG	200,00	200,00	0,00
2 5 2 Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten				
6270	Abschreibungen Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0,00	200.000,00	0,00
Summe Abschreibungen		800,00	200.800,00	456,00
2 6 Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
7300	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25.000,00	0,00	0,00
7305	Zinsaufwendungen gemäß Abgabenordnung für betriebliche Steuern	0,00	0,00	476,00
7310	Zinsaufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00
7320	Zinsaufwendungen für langfristige Verbindlichkeiten	400.000,00	583.500,00	589.703,40
7362	Zinsaufwendungen Aufzinsung Rückstellungen	100.000,00	70.000,00	130.461,64
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen		525.000,00	653.500,00	720.641,04
2 7 Außerordentliche Aufwendungen				
7500	Außerordentliche Aufwendungen		0,00	0,00
Darstellung 2017 gemäß neuer HGB-Regelung - siehe Erläuterungen auf Seite 17				

- 6220 Jährliche Abschreibung der in 2006 und 2011 beschafften Büroausstattung (Nutzungsdauer 13 Jahre) sowie Reserve für unvorhergesehene Anschaffungen.
- 6260 Wirtschaftsgüter mit geringen Anschaffungs- oder Herstellungskosten müssen im Jahr der Anschaffung abgeschrieben werden. Zwar sind derartige Beschaffungen nicht vorgesehen, vorsorglich wurden aber 200,00 € für Unvorhergesehenes angesetzt.
- 6270 Ist 2015: Zu den Jahresabschlüssen 2005 bis 2014 hatte die GGB Abschreibungen auf Grundstückswerte vornehmen müssen, weil die Erlöse, die aus dem Verkauf von Gewerbebauflächen erzielt werden, in der Regel nicht ausreichen, um die für diese Flächen getätigten oder noch zu tätigen Investitionen zu decken. Im Geschäftsjahr 2015 waren keine Abschreibungen erforderlich.
Das Soll 2016 wurde vorsorglich eingestellt für den Fall, dass unvorhersehbar weitere Abschreibungen erforderlich werden.
Das Soll 2017 wurde auf 0,00 € gesetzt, weil angesichts der hohen Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken und stabiler Marktpreise für Gewerbebaugrundstücke derzeit davon ausgegangen wird, dass für die aktuell in der Vermarktung befindlichen Gewerbebaugrundstücke und für die am Standort "Stöckheim-Süd" bevorstehende Vermarktung von Wohnbaugrundstücken keine Abschreibungen erforderlich sein werden.
- 7300 Verzugszinsen u. ä. werden in der Regel vermieden. Mit dem Soll 2017 wird berücksichtigt, dass Geld-
7305 institute mittlerweile negative Habenzinsen für Tagesgelder und ein- bis zum Beispiel sechsmonatige Geldanlagen abrechnen. Es wurden minimal minus 0,6 % angenommen.
- 7310 Zinsen für Darlehen aus dem Cashpool gemäß Vertrag über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzmitteln zwischen der Stadt Braunschweig und der GGB in der Fassung vom 13.11.2007 sowie ggf. Zinsen für Überziehungskredite auf dem Girokonto.
Für den Fall, dass Investitionen getätigt werden müssen bevor die Einnahmen zur Deckung eines Teils der Investitionen realisiert werden können, muss eine Zwischenfinanzierung über den Cashpool erfolgen.
Das Soll 2016 und das Soll 2017 wurden auf 0,00 € gesetzt, weil Darlehen aus dem Cashpool voraussichtlich entbehrlich sind.
- 7320 In 2007 hat die GGB ein Ratendarlehen über 13,50 Mio. € zu einem Zinssatz von 4,74 % jährlich aufgenommen. Die Zinsen sind vierteljährlich nachträglich fällig. Die Zinsbindungsfrist endet am 12.07.2017. Gemäß Liquiditätsplanung wird diese Fremdfinanzierung langfristig benötigt. Zwar ist derzeit noch offen, ob die Verlängerung des laufenden Darlehens oder die Tilgung dieses Darlehens mit Hilfe eines neu aufgenommenen Darlehens wirtschaftlicher sein wird. In jedem Fall aber wird ein Sollzinssatz von etwa 1,5 % jährlich für 10 Jahre bei 3 % Tilgung für marktgerecht gehalten.
Das Soll 2017 beinhaltet
- rund 308,5 T€ Sollzinsen bis Juli 2017 für das laufende Darlehen
- rund 91,5 T€ Sollzinsen von Juli bis Dezember 2017 für das verlängerte/neu aufgenommene Darlehen.
(Siehe auch Erläuterungen auf Seiten 22 bis 24 und 26.)
- 7362 Bei der Ermittlung der auf dem Konto "6305 Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten" zu buchenden Beträge (= Rückstellung für langfristige Zahlungsverpflichtungen, d. h. für künftige Investitionen wie z. B. den Endausbau der öffentlichen Straßen und Grünflächen in Baugebieten der GGB) ist seit dem 01.01.2010 gemäß Handelsgesetzbuch der sogenannte Erfüllungsbetrag zugrunde zu legen (das sind die auf Basis aktueller Erfahrungswerte geschätzten Kosten plus etwaige Kostensteigerungen bis zum Jahr der voraussichtlichen Realisierung der Maßnahmen) abzüglich einer Abzinsung auf den jeweiligen Abschlusstichtag.
Minderungen des Abzinsungsbetrages werden auf diesem Konto gebucht, Steigerungen des Abzinsungsbetrages werden auf dem Konto "7142 Zinsertrag Abzinsung Rückstellungen" gebucht.
- 7500 Da die außerordentlichen Aufwendungen nicht planbar waren, war das Soll 2016 auf 0,00 € gesetzt worden.
Die Neufassung des HGB sieht vor, dass die Position "außerordentliche Aufwendungen" mit Wirkung vom 01.01.2016 entfällt und die bisher dort gebuchten Geschäftsvorfälle als "sonstige betriebliche Aufwendungen" erfasst werden.
In den Geschäftsjahren 2016 und 2017 werden keine entsprechenden Aufwendungen erwartet.

Kto. Nr.	2 Aufwendungen	Soll 2017 €	Soll 2016 €	Ist 2015 €
2 8 Steuern				
2 8 1 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
7600	Körperschaftsteuer incl. Solidaritätszuschlag	0,00	0,00	235.035,00
7608	Solidaritätszuschlag	0,00	0,00	12.926,65
7610	Gewerbesteuer	0,00	0,00	258.408,00
7635	Kapitalertragsteuer 25 %	0,00	0,00	0,00
7638	Solidaritätszuschlag auf Kapitalertragsteuer	0,00	0,00	0,00
7690	Steuernachzahlung Vorjahre für sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00
7692	Erstattung Vorjahre für sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00
2 8 2 Sonstige Steuern				
7680	Grundsteuer	50.000,00	50.000,00	52.700,55
	Summe Steuern	50.000,00	50.000,00	559.070,20

- 7600 Vorbehaltlich der endgültigen Festsetzung durch das Finanzamt belaufen sich die steuerlichen Verlust-
7610 vorträge zum 31. Dezember 2015 auf:
- | | |
|-------------------------|--------|
| zur Körperschaftsteuer: | 0,00 € |
| zur Gewerbesteuer: | 0,00 € |
- Da der Wirtschaftsplan 2017 einen Jahresverlust vorsieht, wurde das Soll 2017 der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag auf 0,00 € gesetzt.
- 7680 Steuern für unbebaute Grundstücke.

	3 Gesamtplan (Jahresergebnis)	Soll 2017 €	Soll 2016 €	TOP 2015 €
--	--------------------------------------	------------------------	------------------------	---------------------------

3 Gesamtplan (Jahresergebnis)

1 1 Umsatzerlöse	360.000,00	1.100.000,00	9.612.923,45
1 2 Sonstige betriebliche Erträge ohne Ausgleichszahlung Betrauung	0,00	45.000,00	996.587,74
1 3 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.000,00	60.000,00	56.580,14
1 4 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Summe Erträge	370.000,00	1.205.000,00	10.666.091,33
2 1 Materialaufwand	295.000,00	1.010.000,00	7.798.369,50
2 2 sonstige Grundstücksaufwendungen	262.600,00	222.600,00	136.241,68
2 3 Personalaufwand	162.960,00	160.160,00	152.763,32
2 4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	189.750,00	187.850,00	210.560,58
2 5 Abschreibungen	800,00	200.800,00	456,00
2 6 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	525.000,00	653.500,00	720.641,04
2 7 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
2 8 Steuern	50.000,00	50.000,00	559.070,20
Summe Aufwendungen	1.486.110,00	2.484.910,00	9.578.102,32
 Erträge ./ Aufwendungen = Jahresergebnis:	 -1.116.110,00	 -1.279.910,00	 1.087.989,01

zu 3

Jahresergebnis 2017:

Aus der Differenz der Gesamterträge und der Gesamtaufwendungen errechnet sich für das

Geschäftsjahr 2017 ein Jahresergebnis in Höhe von: **-1.116.110,00 €**

Kto. Nr.	1 Mittelverwendung	Soll 2017 €	Prognose 2016 €	Ist 2015 €
1 1 Investitionen				
Ansch.	Anschaffung	7.990.000,00	620.000,00	319.438,90
Herst.	Herstellung	8.360.000,00	1.310.000,00	2.582.217,40
sonst. Inv.	sonstige Investitionen	1.000,00	200,00	0,00
Summe Investitionen		16.351.000,00	1.930.200,00	2.901.656,30
1 2 Tilgung von kurz- und langfristigen Darlehen				
Bank	Darlehen von Kreditinstituten	12.450.000,00	135.000,00	135.000,00
Stadt	Darlehen der Stadt Braunschweig	0,00	0,00	0,00
sonst. Darl.	sonstige Darlehen	0,00	0,00	0,00
Summe Tilgung von Darlehen		12.450.000,00	135.000,00	135.000,00
Summe Mittelverwendung		28.801.000,00	2.065.200,00	3.036.656,30

Erläuterungen

Ansch. Herst. Zum Teil dienen die Investitionen der Erfüllung der Verbindlichkeiten, die in Vorjahren über das Konto "6305 Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten" entsprechend dem Verkauf von Baugrundstücken gebildet worden sind (siehe Seiten 10 und 11). Dieser Teil der Investitionen führt zu keiner Erhöhung der Bilanzposition "Vorräte - zur Weiterveräußerung bestimmte Grundstücke".

Ansch. Dazu gehören der Grunderwerb zur Flächenvorsorge Wohnen und Gewerbe sowie der Erwerb von Tauschflächen. Die Realisierung der Maßnahmen wird in jedem Einzelfall mit der Bauverwaltung der Stadt Braunschweig abgestimmt und ist bei Übersteigen der in der Geschäftsordnung festgelegten Wertgrenzen Gegenstand der Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat der GGB.

Ist 2015:

Erwerb weiterer Flächen für die Gewerbegebiete "Forschungsflughafen-West" und "Forschungsflughafen-Nordwest", Erwerb einer Ackerfläche zum Zwecke des späteren Tauschs oder für Ausgleichsmaßnahmen sowie Nebenkosten für die notariellen Angebote über die Flächen für das Wohnbaugebiet "Stöckheim-Süd".

Prognose 2016:

Erwerb von zwei kleinen Arrondierungsflächen für die Gewerbegebiete "Forschungsflughafen-West" und "Forschungsflughafen-Nordwest", Erwerb einer Ackerfläche als Maßnahmenfläche für Feldhamster im südlichen Stadtgebiet zwischen den Bundesautobahnen A 39 und A 395 sowie Reserve für den derzeit noch nicht konkreten Grunderwerb im Rahmen der Flächenvorsorge Wohnen und Gewerbe

Soll 2017:

Insbesondere der Erwerb der Flächen für das neue Wohnbaugebiet "Stöckheim-Süd", der Erwerb der Maßnahmenfläche für Feldhamster zum Wohnbaugebiet "Steinberg", der auf Wunsch der Verkäufer hinausgeschoben worden war, Reserve für den Rückkauf eines Baugrundstücks im Gewerbegebiet "Waller See Braunschweig / 2. Bauabschnitt" für den Fall, dass der Käufer das vertraglich vereinbarte Rücktrittsrecht ausübt, und Reserve für die Flächenvorsorge Wohnen und Gewerbe

Allgemeines zur Position "Herstellung":

Bis Ende 2010 hatten die Stadt Braunschweig und die GGB

- Erschließungsverträge gemäß § 124 Baugesetzbuch (BauGB) geschlossen, mit denen die Durchführung aller Maßnahmen zur Erschließung von Baugebieten der GGB und die Übernahme der in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten auf die GGB übertragen worden waren
- Folgekostenverträge gemäß § 11 BauGB geschlossen, mit denen sich die GGB zur Durchführung von Folgemaßnahmen (z. B. Ausgleichsmaßnahmen, Jugendplatz, Kindertagesstätte) bzw. zur Erstattung der bei der Stadt Braunschweig im Rahmen der Durchführung der Folgemaßnahmen entstandenen Kosten verpflichtet hatte.

Mit Urteil vom 01.12.2010 hatte das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass der Abschluss von Erschließungsverträgen zwischen einer Kommune und ihrer Eigengesellschaft unzulässig sei (der Abschluss von Folgekostenverträgen war nicht Gegenstand des Verfahrens). Aus diesem Grund musste die Stadt Braunschweig Baugebiete mit Flächen der GGB selbst erschließen und Erschließungsbeiträge sowie Kostenerstattungsbeträge von der GGB erheben (betroffen sind die Wohnbaugebiete "Lammer Busch-Ost/2. BA", "Roselies-Süd/Lindenberg", "Im großen Raffkampe/Lamme", "Meerberg/Leiferde" und "Am Pfarrgarten/Bevenrode").

Seit dem 21. Juni 2013 ist die Neufassung der §§ 11 und 124 BauGB wirksam, sodass die bis Ende 2010 praktizierte Vorgehensweise bei den künftigen Wohnbaugebieten der GGB wieder fortgesetzt werden kann.

Herst. Dazu gehören

- die Kosten der städtebaulichen Planung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten mit Flächen der GGB,
- die Erschließungsbeiträge und Kostenerstattungsbeträge für Grundstücke der GGB, die die Stadt Braunschweig für die von ihr selbst durchgeführte Erschließung der neuen Baugebiete erhebt,
- die Kosten für Erschließungsmaßnahmen zur Realisierung der neuen Baugebiete, die die GGB gemäß Erschließungsverträgen nach § 124 BauGB mit der Stadt Braunschweig zu tragen hat und
- die Kosten für Folgemaßnahmen zur Realisierung der neuen Baugebiete, die die GGB gemäß Folgekostenverträgen nach § 11 BauGB mit der Stadt Braunschweig zu tragen hat.

Die Maßnahmen werden in jedem Einzelfall zwischen der Bauverwaltung der Stadt Braunschweig und der GGB abgestimmt und sind bei Übersteigen der in der Geschäftsordnung festgelegten Wertgrenzen Gegenstand der Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat der GGB.

Ist 2015:

Insbesondere Straßenendausbau in den Wohnbaugebieten "Lammer Busch-Ost/2. BA" und "Roselies-Süd/Lindenberg" sowie Erstattungen an die Stadt Braunschweig gemäß städtebaulichen Verträgen und Abführung von Erschließungsbeiträgen und Kostenerstattungsbeträgen an die Stadt Braunschweig in verschiedenen Baugebieten.

Prognose 2016:

Insbesondere Straßenendausbau im Wohnbaugebiet "Im großen Raffkampe/Lamme" sowie Erstattungen an die Stadt Braunschweig gemäß städtebaulichen Verträgen

Soll 2017:

Insbesondere Ersterschließung des neuen Wohnbaugebietes "Stöckheim-Süd", Abführung von Erschließungsbeiträgen und Kostenerstattungsbeträgen an die Stadt Braunschweig in verschiedenen Baugebieten, Straßenendausbau in den Wohnbaugebieten "Meerberg/Leiferde" und "Am Pfarrgarten/Bevenrode" sowie Reserven für Einzelmaßnahmen, um die Realisierung von Wohn- und Gewerbegebieten der GGB fortzusetzen. Außerdem sind Reserven für die Planung von Standorten für neue Baugebiete der GGB enthalten und für Investitionen, die unter Umständen vom Geschäftsjahr 2016 in das Geschäftsjahr 2017 verschoben werden.

sonst. Inv. Erwerb von Anlagevermögen (z. B. Mobilien, Geräte)

Ist 2015: es waren keine Anschaffungen erforderlich

Prognose 2016: es werden keine Anschaffungen erforderlich

Soll 2017: vorsorgliche Reserve

Bank In 2007 hat die GGB ein Ratendarlehen über 13,50 Mio. € zu einem Zinssatz von 4,74 % jährlich
 Stadt aufgenommen. Die Zinsbindung endet am 12.07.2017. Die Restschuld wird sich am 12.07.2017 auf
 sonst. Darl. 12.150.000,00 € belaufen. Gemäß Liquiditätsplanung wird diese Fremdfinanzierung langfristig benötigt. Allerdings ist derzeit noch offen, ob die Verlängerung des laufenden Darlehens oder die Tilgung dieses Darlehens mit Hilfe eines neu aufgenommenen Darlehens wirtschaftlicher sein wird. Vorsorglich wurden daher im Soll 2017 vorgesehen

- die Tilgung des laufenden Darlehens (zur Neuaufnahme eines Bankdarlehens siehe Seiten 24 und 26)
- die Tilgung des verlängerten/neu aufgenommenen Darlehens ab Juli 2017 (wegen des aktuell niedrigen Zinsniveaus ist bei gleicher Rate eine höhere Tilgung möglich; daher wurde eine Tilgung von 3 % angenommen).

Kto. Nr.	Liquiditätswirksamer Einnahmenüberschuss	Soll 2017 €	Soll 2016 €	Ist 2015 €
1	Einnahmewirksame Erträge			
	Erträge insgesamt ohne Ausgleichszahlung Betrauung	370.000,00	1.205.000,00	10.666.091,33
4839	Wertsteigerungen auf Umlaufvermögen	0,00	0,00	728.000,00
4923	Erträge aus der Herabsetzung Einzelwertberichtigung zu Forderungen	0,00	0,00	0,00
4930	Erträge Auflösung von Rückstellungen	0,00	0,00	195.441,98
7100	Zinsertrag Abzinsung Rückstellungen	10.000,00	50.000,00	32.288,27
4930/7400	Verringerung der Rückstellung für Drohverluste	0,00	0,00	253,15
	Einnahmewirksame Erträge	360.000,00	1.155.000,00	9.710.107,93
2	Ausgabewirksame Aufwendungen			
	Aufwendungen insgesamt	1.486.110,00	2.484.910,00	9.578.102,32
5881	Bestandsveränderung Grundstücke	215.000,00	530.000,00	6.187.861,61
6020	Rückstellung für Resturlaub und Zeitguthaben	4.000,00	4.000,00	2.661,88
6300	Rückstellung für Aufbewahrung von Jahresabschlussunterlagen	450,00	40,00	0,00
6305	Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten	80.000,00	480.000,00	1.610.507,89
6923 + 6930	Forderungsverluste	0,00	0,00	0,00
6220	Abschreibungen auf Sachanlagen	600,00	600,00	456,00
6260	Sofortabschreibung GWG	200,00	200,00	0,00
6270	Abschreibungen Vermögensgegen- stände des Umlaufvermögens	0,00	200.000,00	0,00
6300	Rückstellung für Drohverluste	0,00	0,00	59.067,28
7362	Zinsaufwendungen Aufzinsung Rückstellungen	100.000,00	70.000,00	130.461,64
	Ausgabewirksame Aufwendungen	1.085.860,00	1.200.070,00	1.587.086,02
3	Liquiditätswirksamer Einnahmen- überschuss			
	Einnahmewirksame Erträge	360.000,00	1.155.000,00	9.710.107,93
	Ausgabewirksame Aufwendungen	1.085.860,00	1.200.070,00	1.587.086,02
	1 ./ 2 = Liquiditätswirksamer Einnahmenüberschuss	-725.860,00	-45.070,00	8.123.021,91

- zu 2 3** Erläuterungen zur Ausgleichszahlung gemäß Betrauung siehe Seiten 6 und 7.
Ist 2015: Die GGB hat das Geschäftsjahr 2015 mit einem Überschuss abgeschlossen und daher keine Ausgleichszahlung von der Stadt Braunschweig erhalten.
Prognose 2016: Die GGB wird das Geschäftsjahr 2016 voraussichtlich mit einem Verlust abschließen. Wegen der noch vorhandenen Gewinnvorträge in Höhe von insgesamt rund 4.369 T€ ist eine Ausgleichszahlung der Stadt Braunschweig jedoch nicht erforderlich.
Soll 2017: Der Wirtschaftsplan 2017 sieht einen Verlust vor. Es wird jedoch erwartet, dass die nach Ausgleich des Jahresverlustes 2016 noch verfügbaren Gewinnvorträge ausreichen werden, den Jahresverlust 2017 auszugleichen, sodass eine Ausgleichszahlung der Stadt Braunschweig nicht erforderlich sein wird.
- zu 2 4**
- Bank In 2007 hat die GGB ein Ratendarlehen über 13,50 Mio. € zu einem Zinssatz von 4,74 % jährlich aufgenommen. Die Zinsbindung endet am 12.07.2017. Die Restschuld wird sich am 12.07.2017 auf 12.150.000,00 € belaufen. Gemäß Liquiditätsplanung wird diese Fremdfinanzierung langfristig benötigt. Allerdings ist derzeit noch offen, ob die Verlängerung des laufenden Darlehens oder die Tilgung dieses Darlehens mit Hilfe eines neu aufgenommenen Darlehens wirtschaftlicher sein wird. Vorsorglich wurde daher im Soll 2017 die Neuaufnahme eines Bankdarlehens vorgesehen (zur Tilgung des laufenden Darlehens siehe Seite 23).
- Stadt Darlehen aus dem Cashpool gemäß Vertrag über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln zwischen der Stadt Braunschweig und der GGB in der Fassung vom 13.11.2007.
Die Aufnahme von Cashpool-Darlehen ist im Geschäftsjahr 2017 entbehrlich, sofern die Umsatzerlöse und Forderungen wie vorgesehen realisiert bzw. ausgeglichen werden.

Ergebnisse

Die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH wird die Planjahre 2016 bis 2020 voraussichtlich wie folgt abschließen:

2016 T€ Plan	2017 T€ Plan	2018 T€ Plan	2019 T€ Plan	2020 T€ Plan
-1.280	-1.116	-771	-773	-773

Erläuterung der Einschätzungen

Der derzeitige Stand des Bebauungsplanverfahrens "Stöckheim-Süd" lässt die Vermutung zu, dass die GGB ab dem Geschäftsjahr 2018 Erlöse aus dem Verkauf der neuen Bauflächen erzielen kann, sodass mindestens die Jahresergebnisse 2018 und 2019 positiv beeinflusst würden. Jedoch bleibt es wegen der ungewissen Zeitplanung für die Ausschreibung und Durchführung der Maßnahmen zur Ersterschließung der Bauflächen zunächst bei der negativen Ergebnisprognose.

Abgesehen von den zu erwartenden allgemeinen Preissteigerungen und den Steigerungen der Löhne und Gehälter werden sich bei den Personal- und allgemeinen Verwaltungsaufwendungen keine nennenswerten Veränderungen einstellen.

Im Geschäftsjahr 2017 läuft die Zinsbindung für das laufende Bankdarlehen aus. Die Restschuld wird sich auf 12,15 Mio. € belaufen. Gemäß Liquiditätsplanung wird die Fremdfinanzierung in entsprechender Höhe langfristig benötigt. Allerdings ist derzeit noch offen, ob die Verlängerung des laufenden Darlehens oder die Tilgung dieses Darlehens mit Hilfe eines neu aufgenommenen Darlehens wirtschaftlicher sein wird.

Darüber hinaus werden im Geschäftsjahr 2017 keine neuen Darlehen aufgenommen. Zwar sind die Verkaufspreise für Gewerbegrundstücke aus Gründen der Wirtschaftsförderung in der Regel nicht kostendeckend (Finanzierungslücke von derzeit rund 2.640 T€ für die noch verfügbaren Bauflächen), sodass das Risiko von Liquiditätslücken besteht. Bis zum Geschäftsjahr 2019 jedoch lassen sich die geplanten Investitionen durch die aktuellen Liquiditätsreserven und die Einnahmen aus dem Verkauf des Wohnbaugebietes "Stöckheim-Süd" decken. Die weitere Geschäftsentwicklung wird maßgeblich bestimmt durch die künftigen Aktivitäten der GGB - eine geeignete Strategie wird gemeinsam mit der Stadt Braunschweig und dem Aufsichtsrat der GGB festgelegt.

Großen Einfluss auf die Jahresergebnisse haben regelmäßig die Abschreibungen auf Umlaufvermögen. Bisher führte ausschließlich die Vermarktung von Gewerbebaugrundstücken zu Abschreibungen. Wegen der steigenden Folgekosten könnte jedoch auch die Vermarktung von neuen Wohnbaugebieten in einfachen Lagen mit niedrigen Bodenrichtwerten zu Abschreibungen führen, wenn die Nachfrage gering ist oder niedrige Verkaufspreise zur Förderung des Wohnstandortes Braunschweig gewählt werden.

Angesichts der hohen Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken und stabiler Marktpreise für Gewerbebaugrundstücke wird jedoch erwartet, dass für die aktuell in der Vermarktung befindlichen Gewerbebaugrundstücke und für die am Standort "Stöckheim-Süd" bevorstehende Vermarktung von Wohnbaugrundstücken keine Abschreibungen erforderlich sein werden.